Der Deutschenhass der Immigranten, S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 35 – 1. September 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Verrennt sich aus Verzweiflung in Randthemen: SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz

Bild: pa

Der Verlierer

Schulz hat keine Chance – schuld daran ist die Entwicklung seiner Partei

Der „Schulz-Effekt" ist vollständig verpufft. Es könnte sogar noch schlimmer kommen als vor ihm. Der Kandidat steckt im Treibsand.

Das Fernsehduell mit Angela Merkel diesen Sonntag sei die letzte Chance für Martin Schulz, noch einmal in die Offensive zu kommen. So lautet die Einschätzung der meisten Medien gut drei Wochen vor der Wahl.

Allerdings rechnet niemand mehr damit, dass es dem SPD-Kandidaten gelingt, auf die Siegerstraße zurückzukehren, auf der er sich im Februar wähnte. In der jüngsten Umfrage von Infratest dimap landet seine SPD mit 22 Prozent exakt dort, wo sie vor einem Jahr stand. Der „Schulz-Effekt" ist also komplett verpufft und könnte sogar ins Negative drehen.

Der Merkel-Herausforderer steckt regelrecht im Treibsand. Bleibt er ruhig, nimmt ihn niemand wahr. Greift er an, wirkt er unangemessen aggressiv und verrennt sich – wie mit seinem Spruch, er stehe für die (VW-)Golffahrer und nicht für Golfspieler.

Schulz wollte hier ein wenig punkten mit billiger Sozialneid-Polemik. Er übersah, dass Golf längst Massensport ist und nicht mehr das Hobby weniger besonders Betuchter. Der Golfverband wusch Martin Schulz postwendend den Kopf.

> Massenzuwanderung trifft vor allem einst treue Wähler der SPD

Auch wenn er jetzt gegen die Millionentransfers im Fußball angeht (was geht die Politik das an?) oder die US-Atomraketen in Deutschland anprangert – alles, was Kandidat Schulz zu „seinem" Wahlkampfthema machen will, wirkt wie krampfhaft zusammengesuchtes Zeug.

Interessanterweise widmen sich die deutschen Medien kaum der Frage, worin die sozialdemokratische Misere in ihrem Kern wurzelt. Nur in der Person des Kandidaten? Oder in der Großen Koalition? Sicher nicht: Es ist das Beschweigen von Problemen, die besonders jenen „kleinen Leuten" Sorge bereiten müssen, welche früher die Stammwählerschaft der SPD bildeten.

Wie die Massenzuwanderung: Die ergießt sich über kurz oder lang in die günstigeren Wohnviertel, wo die „kleinen Leute" leben und bereits ahnen, mit wem sie demnächst zusätzlich um erschwinglichen Wohnraum konkurrieren müssen. Auf dem Arbeitsmarkt drängen die Immigranten vorrangig in Stellen für Niedrigqualifizierte oder sie belasten den Sozialstaat. Beides trifft vor allem Menschen, die früher wie selbstverständlich SPD gewählt haben. Auch sind es die ärmeren Stadtteile, in denen ethnisch-religiöse Konflikte infolge der Massenzuwanderung zunehmen werden.

All das deckt die SPD, die von einer bodenständigen Arbeiter- zu einer grünlinks abgehobenen Akademikerpartei mutiert ist, nach Kräften zu, statt es beim Namen zu nennen. Da nützt es der Partei wenig, dass die CDU hier nicht besser agiert, denn die Union kann den Wahlkampf allein auf die Person der Kanzlerin stützen, an der alle Versäumnisse abzuperlen scheinen.

So sitzt sie fest, die älteste Partei Deutschlands. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Rentenverrat

Eines ist sicher: die Rente." Als der damalige CDU-Arbeitsminister Norbert Blüm das 1986 verkündete, dürfte er daran sogar geglaubt haben. Doch als er diese Aussage am 10. Oktober 1997 in einer Bundestagsdebatte trotzig wiederholte, war deren Wahrheitsgehalt schon zumindest zweifelhaft. Würde ein Politiker heute von der sicheren Rente reden, dürfte man ihn als Lügner bezeichnen. Denn seit den 90er Jahren ist die gesetzliche Alterssicherung erodiert. Daran sind nicht nur demografische und soziale Faktoren schuld. Auf systemzerstörerische Weise wurden gesamtgesellschaftliche Lasten auf Kosten allein der gesetzlich Versicherten bewältigt, Milliarden an Versicherungsgeldern zweckentfremdet.

Lag das Rentenniveau einst bei 70 und noch vor 20 Jahren bei 55, liegt es heute bei 47 Prozent. Prognosen zufolge dürfe es bis zum Jahr 2035 weiter auf 35 Prozent des durchschnittlichen Arbeitseinkommens absinken. Damit lässt sich der gewohnte Lebensstandard nicht einmal ansatzweise halten. Zudem gibt es die Standardrente erst nach 45 Beitragsjahren. Wer studiert oder Kinder erzogen hat, wird unweigerlich zum Sozialfall. Private Alterssicherung ist auch keine Lösung. Riester-Verträge machen nur die Versicherungen reich, und andere Vorsorgeformen werden durch die Nullzinspolitik ad absurdum geführt.

Den Rentnern von heute geht es verdientermaßen gut. Düster sieht es hingegen für die Ruheständler von morgen aus. Wie die „Bild" anschaulich darstellt, werden die Interessen der heute 20- bis 50-Jährigen von der Politik nicht ausreichend berücksichtigt. Es ist höchste Zeit, wieder Gerechtigkeit zwischen den Generationen herzustellen. Alles andere ist Verrat an den Jungen.

Erdogans Freunde in der EU

Ungarn und Rumänien arbeiten gegen die Interessen der Union

Während sich der Konflikt zwischen mehreren EU-Mitgliedsländern und der Türkei dramatisch zuspitzt, hat deren Präsident Recep Tayyip Erdogan in einigen vorwiegend osteuropäischen EU-Ländern immer noch viele Freunde, die ihm manche Tür in Brüssel offen halten.

Die besten Beziehungen unterhält Erdogan zum Ungarn Viktor Orbans. Es ist kein Geheimnis, dass die harten Regierungsmethoden Erdogans dem ungarischen Ministerpräsidenten gefallen. Orban zögert auch nicht, sich über die mögliche EU-Mitgliedschaft der Türkei zu äußern. Er sagte, Ungarn werde weder Aufschübe noch Unterbrechungen diesbezüglich dulden, denn er sei sich sicher, dass die Türkei zu Europa gehöre, auch mit Erdogan an der Spitze. Orban unterstützt sogar dessen Strategie, die EU zu destabilisieren. In einer zunehmend türkenfeindlichen Atmosphäre innerhalb der EU ist ein verbündetes EU-Mitgliedsland wie Ungarn sehr wichtig, da in der EU bei wichtigen Fragen Einstimmigkeit notwendig ist.

> Orban: »Türkei gehört zu Europa«

Der zweite große Freund Erdogans in Europa ist Rumänien. In Bukarest wird auf seine Initiative die größte Moschee Europas außerhalb der Türkei entstehen, obwohl in der Hauptstadt Rumäniens nur 9000 Muslime leben. Auf Erdogans Betreiben könnten es jedoch bald mehr werden, denn immer mehr Boote mit Immigranten, die aus der Türkei kommen, erreichen jetzt Rumänien über das Schwarze Meer, weil für diese Route der „EU-Türkei-Deal" nicht gilt. Erdogans wichtigster Verbündeter in Rumänien ist jedoch nicht Staatspräsident Klaus Johannis, sondern dessen sozialistischer Widersacher Viktor Ponta, dessen Partei die Regierung im Lande stellt. Für die rumänischen Sozialisten ist nicht die EU das große „Projekt" des Landes, sondern die Türkei. *B.B.*

Auch für Hinterbliebene

Ehegatten und Kinder verstorbener Wolfskinder können Antrag stellen

Kaum bekannt ist die Tatsache, dass auch hinterbliebene Ehegatten und Kinder verstorbener Wolfskinder die von der Bundesregierung kürzlich beschlossene Anerkennungsleistung als Zwangsarbeiter (die *PAZ* berichtete) unter bestimmten Voraussetzungen beantragen können. Darauf haben Vertreter des Vereins Edelweiß hingewiesen. Im Internet können unter der Adresse „http://www.bva.bund.de/DE/Organisation/Abteilungen/Abteilung_VII/Zwangsarbeiter/zwangsarbeiter_node.html" sämtliche nötigen Formulare und Merkblätter heruntergeladen werden. Die Ausfüllhilfen sind auf Englisch, Polnisch, Russisch, Ungarisch und Rumänisch verfügbar.

Stellen Hinterbliebene anstelle des verstorbenen Betroffenen einen Antrag, müssen sie beglaubigte Kopien der Geburtsurkunde des Kindes oder der Heiratsurkunde sowie die beglaubigte Kopie der Sterbeurkunde der von Zwangsarbeit betroffenen Person vorlegen. Auch Vertreter, Betreuer oder sonstwie Bevollmächtigte müssen entsprechende behördliche Nachweise einreichen. Zu beachten ist, dass Hinterbliebene die Anerkennungsleistung nur erhalten können, wenn der Leistungsberechtigte selbst am oder nach dem 27. November 2015 verstorben ist. Das ist der Tag, an dem der Deutsche Bundestag die Anerkennungsleistung in Höhe von 2500 Euro beschlossen hat.

> Ausschlussfrist ist der 31. Dezember

Das bedeutet: Nur Ehegatten und Kinder derjenigen ehemaligen Zwangsarbeiter können die Anerkennungsleistung erhalten, deren betroffener Angehöriger nach diesem Stichtag verstorben ist. Ist der Angehörige hingegen einen Tag früher verstorben, gehen sie leer aus.

Zu beachten ist ferner: Die Ausschlussfrist ist der 31. Dezember dieses Jahres. Anträge, die später eingehen, werden nicht mehr berücksichtigt. *Manuela Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Billionen Zloty Reparationen

Warschau – Nachdem die polnische Regierungspartei PiS Anfang August mit Reparationsforderungen an Deutschland 72 Jahre nach Kriegsende für Verstimmung bei den deutschen Partnern gesorgt hatte, legen die Sejm-Abgeordneten Stanislaw Piets und Malgorzata Gosiewska (beide PiS-Partei) mit Reparationsforderungen an Russland nach, das für die Verbrechen der Sowjetunion zahlen solle. Laut Piets müsste Moskau Gold in Billionenwert für die Zerstörung von Eigentum und Kulturgütern zahlen. Die Russen hätten nicht nur kulturelle Werke geplündert, sondern auch die Industrie zerstört. Die genaue Höhe der Entschädigung aus Russland sollte sorgfältig berechnet werden. Der russische Sicherheitspolitiker Alexej Puschkow bezeichnete den polnischen Vorstoß als „wahnsinnig“. *MRK*

Annäherung bei Kurilen-Frage

Moskau/Tokio – Die Verhandlungen über die Zukunft der südlichen Kurileninseln zwischen Russland und Japan nähern sich langsam ersten Ergebnissen. Während die gemeinsamen Großprojekte auf dem sibirischen Festland mehr Ausblick als konkrete Gegenwart bleiben, zeichnet sich seit jüngsten Gesprächen zu den umstrittenen Inseln eine Annäherung ab. Zusammenarbeit bei der Fischerei und beim Tourismus bilden hier den Kern. Freilich hakt es schon bei letzterem wieder, denn selbst ein einfacher Landgang treibt den argwöhnisch auf die Wahrung ihrer formalen Souveränitätsrechte bedachten Juristen beider Seiten offenbar den Angstschweiß auf die Stirn. Daher ist nach jüngsten Verlautbarungen zunächst nur Kreuzfahrttourismus ohne Anlandungen geplant. Absurd erscheint diese Beschränkung angesichts der Tatsache, dass für medizinische Maßnahmen und im Rahmen des Umweltschutzes durchaus Landgänge von Japanern möglich sein sollten, wie diese auch bisher schon den japanischen Heimatvertriebenen zugestanden wurden. *T.W.W.*

Astana verbietet den Hidschab

Astana – Die Regierung Kasachstans will das Tragen streng islamischer Kleidung verbieten. Diese passe nicht zu den kasachischen Traditionen und gefährde die allgemeine Sicherheit, ließ Religionsminister Nurlan Jermekbajew verlauten. Die Träger solcher Kleidung brächten auf diese Art ihre Ablehnung der in der Gesellschaft herrschenden Prinzipien und geistigen Wertvorstellungen zum Ausdruck, versuchten, Druck auf andere auszuüben und riefen Unmut bei den übrigen Bürgern hervor. Das öffentliche Tragen von Hidschabs und anderen einschlägigen Kleidungsstücken sei daher künftig verboten. Die Forderung nach einem solchen Verbot war in der Bevölkerung immer wieder erhoben und schließlich von Präsident Nursultan Nasarbajew als Gesetzgebungsverfahren eingebracht worden. Nach Vorstellung des Präsidenten soll das Verbot auch das Tragen von Bärten und knöchellangen Hosen bei Männern umfassen, die bisher im Lande unüblich waren und erst in jüngster Zeit durch islamistische Kräfte importiert wurden. *T.W.W.*

Ein Richter schlägt Alarm

Der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Jens Gnisa, spricht in seinem Buch Klartext

Jens Gnisa ist Direktor des Amtsgerichts Bielefeld und Vorsitzender des Deutschen Richterbundes. In seinem Buch „Das Ende der Gerechtigkeit. Ein Richter schlägt Alarm“ kritisiert er unter anderem scharf die Asylpolitik Angela Merkels. Die Bevölkerung verliere immer mehr das Vertrauen in den Rechtsstaat.

Der Deutsche Richterbund (DRB) ist mit über 16 000 Mitgliedern der mit Abstand größte Berufsverband der Richter und Staatsanwälte in Deutschland. Gegenüber dem Internetportal „Legal Tribune Online“ nannte Gnisa sein Buch „Das Ende der Gerechtigkeit“ seinen „persönlichen Zwischenruf“. Es sei mit keinem Gremium des DRB abgesprochen. „Aber“, fügte er hinzu, „man nimmt mich öffentlich vor allem als Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes wahr. Das lässt sich nicht völlig trennen. Und es sind ja auch Forderungen des DRB eingeflossen.“ Auf die Frage, ob er das Buch absichtlich kurz vor der Bundestagswahl veröffentlicht habe, erklärte er: „Ja. So ein Debattenbuch muss in einer Phase auf den Markt kommen, in der verstärkt politisch diskutiert wird.“

Tatsächlich verdient das Buch eine große Leserschaft – auch über den Wahltag hinaus. Gnisa scheut sich nicht in seinem Debattenbeitrag, immer wieder auch politisch klar Stellung zu beziehen, wo er den Rechtsstaat bedroht sieht, und benennt auch die aus seiner Sicht Verantwortlichen. „Rechtsfreie Räume: Der Staat weicht zurück“, „No-Go-Areas und deutsche Ghettos“, „Risiken durch Flüchtlinge“, „Duldung aus Ratlosigkeit“, „Sozialhilfe trotz Illegalität“, „Fahrlässig unterschätzt: Clans und Reichsbürger“, „Rückzug: Die Justiz verliert ihr Gesicht“, „Vom Sparstrumpf erdrosselt“, lauten Kapitelüberschriften. Ohne falsche Zurückhaltung geht er mit Politikern ins Gericht. Diese würden sich das Recht so zurechtbiegen, „wie sie es gerade gebrauchen“ könnten. „Ob das die Finanzierung der Staatsschulden ist oder die abrupt gestrichenen Laufzeitverlängerungen für Kernkraftwerke oder der Ankauf der Schweizer Steuer-CDs – all das waren rechtswidrige Aktionen“, erklärt Gnisa. „Nur“, fügt er hinzu, „wie lautet der alte Spruch: Wo kein Kläger, da kein Richter“.

»Phasenweise Kapitulation des Staates«

Die Zuwanderung sei ein wesentlicher Faktor der Zunahme von Kriminalität in Deutschland. „Doch die Politik, welche die Parole der Willkommenskultur ausgegeben hat, spricht darüber nur ungern“, konstatiert der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes.

Lange Liste des Staatsversagens unter Merkel

Scharf geht er mit der Zuwanderungspolitik der Bundeskanzlerin ins Gericht. „Angela Merkel“, schreibt Gnisa, „hat aus humanitären Motiven den Flüchtlingen Tür und Tor geöffnet, und dabei aber nicht nur auch Kriminelle und sozial Entwurzelte ins Land gelassen. Sie hat darüber hinaus einer noch viel größeren Bedrohung den Weg gebahnt: der phasenweisen Kapitulation des Staates.“

Denn nichts anderes als eine Kapitulation bedeute es, wenn der Staat es größtenteils aufgegeben habe, die Identitäten der Ankömmlinge ernsthaft zu überprüfen. Bis heute habe es der Staat zudem nicht geschafft, dem Sozialbetrug durch Asylsucher einen Riegel vorzuschieben. „Und er hat es vor allem nicht vermocht, diejenigen abzuschieben, die keinen echten Asylgrund haben oder aber sogar gefährlich für die Bürger Deutschlands sind. Der Fall des Berliner Attentäters Anis Amri hat das auf tragische Weise deutlich gemacht. Diese Liste weiteren Staatsversagens ist lang“, so Gnisa.

Unter anderem nennt er die Silvesternacht 2015/2016 in Köln, als rund 1000 Männer aus dem nordafrikanisch-arabischen Raum dort Frauen sexuell belästigten und ausraubten. Mitten in Deutschland gebe es kriminelle Clans, die in unsicheren Stadtvierteln unverblümt ihren Geschäften nachgingen. „Die Bürger fühlen sich nicht mehr sicher in ihrem eigenen Land – das fördert das Misstrauen in den Rechtsstaat, ein erster, gefährlicher Schritt in Richtung Demokratieverlust“, hält der Richter fest.

»Die Bevölkerung verliert das Vertrauen in den Rechtsstaat«

In einem spannenden Abschnitt seines Buches beschreibt Gnisa einen letztlich erfolgreichen „Aufstand gegen Abschiebung“, den er im Juli 2015 erlebte. Es ging um eine 18-jährige Albanerin. „30 Anhänger des Arbeitskreises Asyl protestierten gegen einen Abschiebungsbefehl, den eine Richterin meines Haues erlassen hatte“, berichtet er. „Als sie mich erblickten, skandierten die Demonstranten ‚Nazi! Nazi!‘ – nur, weil ich der Direktor des Amtsgerichts war.“ Gnisa schildert, wie unter anderem Arzt-Atteste die Abschiebung verzögerten, und erklärt die Ohnmacht der Polizei. Am Ende musste der Abschiebungsbefehl aufgehoben werden. „Noch heute macht mich der Vorfall wütend“, schreibt er.

Es komme in Gerichtsverfahren „immer wieder mal vor, dass die von Abschiebung betroffenen Parteien triumphierend erklären, das Urteil interessiere sie nicht, da sie ohnehin nicht abgeschoben würden“. Die „Nichtanwendung des Rechts“ durch den Staat im Ausländerrecht habe sich „geradezu katastrophal“ ausgewirkt. Gnisa beschreibt in seinem Buch aber nicht nur die Misere des gefährdeten Rechtsstaats, er weist auch auf, was Politik und Justiz ändern müssten. *Michael Leh*

***Jens Gnisa: „Das Ende der Gerechtigkeit. Ein Richter schlägt Alarm“**, Herder-Verlag, Freiburg 2017, gebunden mit Schutzumschlag, 288 Seiten, 24 Euro*



Amtsgerichtsdirektor, DRB-Vorsitzender und Autor des Buches „Das Ende der Gerechtigkeit“: Jens Gnisa Bild: pa

Bewusste Irreführung

»Polizeiexperte« war wegen geplanten Raubmordes verurteilt

Bei der Wochenzeitung „Die Zeit“ klaffen journalistischer Anspruch und Realität nicht selten weit auseinander. So war es alles andere als seriös, was „Zeit online“ am 7. Juli seinen Lesern darbot: ein Interview zum G 20-Gipfel mit dem als „Polizeiexperten“ vorgestellten Thomas Wüppesahl. Den meisten „Zeit“-Lesern dürfte dessen Name nicht bekannt oder nicht mehr in Erinnerung gewesen sein. Vorgestellt wurde er nur so:

„Thomas Wüppesahl ist ehemaliger Polizist und war von 1987 bis 1990 Bundestagsabgeordneter für die Grünen. Er gründete die Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten, die sich für Bürgerrechte einsetzt. Wüppesahl ist als Experte für Polizeiarbeit sehr umstritten.“

Mit keiner Silbe wurde darüber informiert, dass der Interviewte 2005 vom Landgericht Hamburg wegen geplanten Raubmordes zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt worden war. „Der Spiegel“ schrieb 2005: „Laut Staatsanwaltschaft plante Wüppesahl, einen Geldboten in Berlin zu überfallen, den Mann zu erschießen und ihm dann mit einem Fleischerbeil den Arm abzuhacken, um an einen festgeketteten Geldkoffer zu kommen. Der Plan flog auf, weil ein Mitwisser zur Polizei ging.“ Der „Focus“ hatte bereits 2004 über den Fall berichtet: „Die Polizei nahm Wüppesahl fest, als er für 600 Euro eine 9-Millimeter-Pistole (Typ Luger) und ein Fleischerbeil kaufen wollte.“ Wüppesahl soll in Geldnot geraten sein, unter anderem wegen Spielschulden. Die Haft saß er in Gefängnissen in

Presserat weist Beschwerde dagegen zurück

Hamburg, Berlin und Düppel ab. Im Oktober 2007 wurde er nach zwei Dritteln der Haftzeit entlassen. Aus dem Polizeidienst wurde er entfernt.

In dem „Zeit“-Interview zum G 20-Gipfel mit der Überschrift „Das ist doch Türkei“ verkündete Wüppesahl zum Beispiel: „Der Polizeieinsatz war außerhalb jeder Rechtsstaatlichkeit“ oder die Polizei „war der Aggressor“. „Die meisten Vermummten bei solchen Veranstaltungen sind doch die Polizeibeamten“, erklärte er auch.

Dass Wüppesahl früher im Gefängnis saß und warum, wurde den „Zeit“-Lesern bewusst verschwiegen. Denn sonst hätte von vornherein niemand mehr diesen sehr speziellen „Polizeiexperten“ ernst genommen.

In einer Beschwerde an den Deutschen Presserat wurde die „Zeit“ wegen des Verstoßes gegen die Wahrhaftigkeit (Pressekodex Ziffer 1) und die journalistische Berufsethik gerügt.

Der Presserat wies die Beschwerde jedoch zurück. Es sei „nicht ersichtlich“, dass die Verurteilung des Interviewten im Jahr 2005 „in einem direkten thematischen Zusammenhang mit den Inhalten des Interviews“ stehe. Der Interviewte habe seine Strafe „abschließend verbüßt“. Gemäß Richtlinie 8.1. Absatz 3 des Pressekodex solle im Interesse der Resozialisierung „nicht identifizierend über Täter“ berichtet werden, insbesondere „wenn die Berichterstattung nicht die Straftat“ betreffe. „Hier überwiegt das Resozialisierungsinteresse des Täters eindeutig das begründete Informationsinteresse der Leser“, so der Presserat. Ein Verstoß gegen die „presseethischen Grundsätze“ durch die „Zeit“ könne daher nicht festgestellt werden. *M.L.*

Jeder hat die Wahl

Bundestagswahl auch für Auslandsdeutsche

Aufgrund der immer deutlicher werdenden Wichtigkeit der anstehenden Bundestagswahl soll auf folgende Tatsache aufmerksam gemacht werden: Zur Wahl am 24. September sind auch Deutsche berechtigt, die schon länger im Ausland leben. Dies gilt nicht für einen kurzfristigen Auslandsaufenthalt, bei dem die Wahl durch normale Briefwahl organisiert werden kann. Jedoch Menschen, die keinen festen Wohnsitz in Deutschland haben, aber die deutsche Nationalität besitzen, können an der Wahl teilnehmen.

Wahlantrag im Internet abrufbar

Weltweit sind unzählige Deutsche verstreut, die an ihrer deutschen Nationalität festgehalten haben. Besonders seit der „Wiedervereinigung“ haben viele Deutsche, welche in Polen, Russland (Königsberg) oder Litauen wohnen, wieder einen regulären deutschen Personalausweis bekommen. Sie alle sind in Deutschland wahlberechtigt.

Um dieses Wahlrecht in Anspruch zu nehmen, ist vor jeder Wahl erneut ein Antrag auf Eintragung ins Wählerverzeichnis zu stellen. Der Antrag ist unter folgendem Link abrufbar: www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/dc589523-d709-4c43-adbc-9342dda468ad/bwo_anlage-2_ausfuellbar.pdf. Der Antrag kann online oder manuell ausgefüllt und ausgedruckt werden. Nach der Unterschrift muss der Antrag spätestens diesen Freitag, 1. September, an folgender Adresse eingegangen sein: Datenerfassung für den Bundeswahlleiter, Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Bonn, Postfach 170377, 53029 Bonn.

Nach fristgerechtem Eingang dieses Antrags werden dem Wahlberechtigten die notwendigen Wahlunterlagen zugesandt, und er kann durch Briefwahl an der Wahl teilnehmen. Die ausgefüllten Briefwahlunterlagen sollten dann einige Tage vor dem Wahltermin am 24. September im zuständigen Amt vorliegen.

Es ist zu empfehlen, Wahlbriefe aus dem außereuropäischen Ausland per Luftpost zu versenden. Dazu benötigt man einen Luftpostaufkleber (Priority/Prioritaire), den man auch im Internet findet. *Gregor-Maria Röhr*

Mitten hinein in die blauäugige Visage

Purer Rassismus schlägt den Deutschen von immer mehr muslimischen Zuwanderern entgegen

Geradezu bestens integriert seien die Muslime in Deutschland, heißt es in einer jüngst veröffentlichten und vielfach publizierten Studie der Bertelsmann-Stiftung. Nichts könnte falscher sein. Die Neigung zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit bringen die islamischen Zusanderer schon aus ihren Heimatgesellschaften mit.

Eines vorweg: Deutsche geben nun einmal die perfekten Opfer ab. Man stelle sich doch einmal diese Sorte Mensch vor. Geradezu abartig reich sind die. Dass sie das keine Spur verdient haben, wissen sie selbst am besten. Mit weinerlichen Visagen laufen sie permanent durch die Gegend, faseln von Umweltzerstörung, Nazi-Großeltern und Frauenunterdrükkung. Juckt es einen da nicht in der Faust, der erstbesten Kartoffel eine zu verpassen? Mitten hinein in die blauäugige, belämmerte Visage. Die freuen sich doch praktisch, wenn man das tut, und als nächstes schämen sie sich ne Runde, weil sie nicht nett genug zu einem waren. Echt jetzt, Ist das nicht oberkrass, Alter?

In einer ARD-Dokumentation („Hart und herzlich – eine türkische Lehrerin gibt nicht auf") wird eine Gruppe Schüler mit Migrationshintergrund gefragt, ob sie deutsche Freunde hätten. Die Jungen und Mädchen gehen auf eine Schule in Gelsenkirchen. Der Ausländeranteil beträgt 70 Prozent. Die befragten Halbwüchsigen gehören offensichtlich zu den Vorzeigeschülern der Bildungsstätte. Nett und adrett sitzen sie da. Auf die Frage nach deutschen Freunden schauen sie allerdings gerade so, als hätte man ihnen verschimmeltes Pausenbrot angeboten. Alle schütteln den Kopf. Eine Schülerin bekennt in perfektem Deutsch, dass sie sich vor Deutschen ekelt: „Die essen Schweinefleisch und so." Eine zumindest zeitweilige Endlösung für die Deutschenfrage hat das schwarzhaarige Mädchen, mit der goldenen Kreole im linken Ohr, auch parat. Sie versteigt sich zu der Aussage: „Wenn die Deutschen mal für einen Tag komplett verschwinden würden, würde es eh niemand merken."

Dieses Gedankenspiel gefällt auch einem anderen Migranten: Deniz Yücel – allseits bedauerter deutsch-kurdischer Märtyrer-Journalist, derzeit unter Terrorverdacht in türkischer Haft – schrieb in der linken „Taz" zum Thema Geburtenschwund: „Der baldige Abgang der Deutschen aber ist Völkersterben von seiner schönsten Seite. Eine Nation, deren größter Beitrag zur Zivilisationsgeschichte der Menschheit darin besteht, dem absolut Bösen Namen und Gesicht verliehen zu haben; eine Nation, die seit jeher mit grenzenlosem Selbstmitleid, penetranter Besserwisserei und ewiger schlechter Laune auffällt, diese freudlose Nation also kann gerne dahinscheiden."

Der aggressive Hass auf ein Volk, das einen in seiner Mitte aufgenommen hat, ist die extremste Form misslungener Intergration. Mehr an Versagen geht nicht. In Deutschland ist es anscheinend zehntausendfach und in allen Bereichen der zugewanderten Multi-Kulti-Gemeinde aus dem Orient passiert. „Almanhass" heißt ein Hashtag, ein Schlagwort, beim Kurznachrichtendienst Twitter. Alman heißt auf Türkisch deutsch. Als der Hashtag Anfang letzten Jahres erstmals die Runde machte, sprangen Hunderte darauf an. Deutsche werden als Schweine und dumpfe Nazis beschimpft. Als „Opfer" sollen sie. „geschlachtet" werden.

> Der aggressive Hass auf alles Deutsche ist die extremste Form misslungener Integration, die sich denken lässt



„Deutsche schlachten": Ist das nur derber Humor? Bild: Colourbox

Die „Opfer" reagieren, wie es die Schwachen oft tun. Sie erklären das Ganze zu einem großen Scherz. „Dass die Internet-Community einen etwas derben Humor besitzt, ist ja mittlerweile bekannt", hieß es gerade beschwichtigend in der „Bild". Immerhin können sich die Deutschen damit trösten, dass sie nicht die einzigen sind, die in der Verachtungskette ziemlich weit unten rangieren. Der Rassismus ist in den orientalischen Gesellschaften tief verankert.

Für den deutschen Althistoriker Egon Flaig waren es die Araber, die der Menschheit neben so praktischen Erfindungen wie dem Ziffernsystem auch den Hautfarben-Rassismus nahebrachten. Für Griechen und Römer bestimmte noch dass Schiksal den gesellschaftlichen Status, wissen wir aus seiner „Geschichte der Sklaverei". Gleich ob jemand aus Germanien oder Mauretanien stammte, als Sklave fand sich wieder, wem die Götter missgünstig gesonnen waren. Arabische Geografen beschrieben dann um das Jahr 1000 nach Christus erstmals Schwarzafrikaner als „übelriechend und stinkend, mit mangelhaftem Verstand und verkommenen Leidenschaften." Für den persischen Arzt und Universalgelehrten Avicenna – in seinem Namen wird in Deutschland ein Preis für multikulturelle Verständigung vergeben (!) – waren Schwarze „Sklaven von Natur, denen es an Selbstkontrolle und Beständigkeit des Geistes fehlte".

Die tiefe Verachtung für Schwarzafrikaner ist geblieben. Noch heute werden sie auf Arabisch umgangssprachlich Abed genannt. Das Wort heißt gleichzeitig Sklave. Andere potenziell zweit- und drittklassige Bevölkerungsgruppen sind hinzugekommen. Die Zuwanderer-Krawalle, die sich mittlerweile von den Asylsucherheimen auf die deutschen Innenstädte ausgeweitet haben zeugen davon: Muslime mobben Christen, Sunniten pöbeln gegen Schiiten, Araber verachten Schwarzafrikaner, tschetschenische und afghanische radikale Moslems bedrängen liberale Syrer. Die Juden hassen praktisch alle von ihnen.

Josef Schuster, Präsident des Zentralrates der Juden, sprach jetzt erstmals von seiner wachsenden Sorge über die starken Zuwanderung aus islamischen Ländern. Vor allem unter muslimischen Schülern seien antisemitische Vorurteile weit verbreitet. Auf Schulhöfen und auf Sportplätzen würde „Jude" als Schimpfwort verwendet. Aber wahrscheinlich ist auch das nur eine spezielle Form orientalischen Humors. *Frank Horns*

MELDUNGEN

Turku-Täter war in Deutschland

Osnabrück – Der 22-jährige Marokkaner, der am 18. August im finnischen Turku mit einem Messer zwei Frauen getötet und acht weitere Menschen verletzt hat, war laut „Neuer Osnabrücker Zeitung" („NOZ") Anfang November 2015 als „Flüchtling" nach Deutschland eingereist. Nach Angaben des finnischen Gerichts handelt es sich dabei um Abderrahman Bouanane, der 2015 zunächst in die Erstaufnahmeeinrichtung Bramsche-Hesepe bei Osnabrück gelangte. Danach wurde er mehrfach in andere Lager verlegt und war in Schlägereien in den Unterkünften beteiligt. Bouanane verschwand zeitweise, tauchte wieder auf und war seit Mai 2016 in Deutschland für die Behörden gar nicht mehr auffindbar, so die „NOZ". *H.H.*

Arbeitnehmer meist zufrieden

Berlin – Über 80 Prozent der deutschen Arbeitnehmer sind mit ihrem Leben weitestgehend zufrieden. Das geht aus einer repräsentativen Erhebung des Center for Disability and Integration der Universität St. Gallen im Auftrag der Barmer Ersatzkasse hervor, für die 8000 Arbeitnehmer befragt wurden. Der Studie zufolge stimmen 50 Prozent vorbehaltlos der Aussage zu, dass ihr Leben in den meisten Bereichen den eigenen Idealvorstellungen entsprechen würde. Allerdings schmälern die fortschreitende Digitalisierung am Arbeitsplatz genauso wie Mobbing und Diskriminierung die Lebenszufriedenheit, ihr Einfluss ist dennoch deutlich geringer als der von „beruflichen Ressourcen" wie flexiblen Arbeitszeiten, einem guten Verhältnis zum Chef oder dem Privileg, selbstbestimmt arbeiten zu dürfen. Auch Familie und Kinder sind ein wichtiger Gradmesser für Lebenszufriedenheit. *J.H.*

Zweiter Fall Niedersachsen?

Thüringer Koalition vor dem Aus – Alles hängt an einer Stimme

Ein Bündnis aus SPD, Grünen und Linkspartei ist vor den Bundestagswahlen in weite Ferne gerückt. Die Bundesvorsitzende der Linken, Katja Kipping, warf dem SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz vor, er würde sich nicht eindeutig zu einem rot-rot-grünen Projekt bekennen und damit signalisieren, dass er keinen echten Politikwechsel wolle.

Die Stimmung im Lager links der Mitte ist schlecht, und das hängt vor allem mit Auseinandersetzungen in Thüringen zusammen. Dort regiert mit Bodo Ramelow der einzige Ministerpräsident der Linkspartei in einer Koalition mit SPD und Grünen. Die Partner haben sich über ihr Vorhaben einer Gebietsreform dermaßen zerstritten, dass niemand mehr im Falle einer Abstimmung darüber für eine Mehrheit im Landtag garantieren mag. Sollte ein einziger Abgeordneter aus dem Bündnis mit Nein stimmen, hätte Ramelow bei seinem Prestigeprojekt keine Mehrheit mehr.

Vorgesehen war eine Reduzierung der 17 Landkreise und 850 Gemeinden, von denen am Ende nur 200 übrig bleiben sollen. Die CDU und die Grünen sind dagegen. Hartnäckig machen in Erfurt Gerüchte über anstehende Parteiwechsel die Runde. Vor allem bei den Grünen und der SPD wächst die Furcht vor einem zweiten Fall Niedersachsen. Dort hatte die rot-grüne Mehrheit vor Kurzem ihre Mehrheit verloren, weil eine Abgeordnete von den Grünen zur CDU gewechselt war.



Bodo Ramelow Bild: CF

Vor rund zwei Wochen stoppte nun ein Kleiner Parteitag die Zustimmung der Grünen zur Gebietsreform in Thüringen. Ministerpräsident Ramelow zog die Reißleine, indem er eine Verschiebung der Reform auf das Jahr 2021 durchsetzte, vor allem, um die Grünen zu beruhigen. Doch es gab umgehend neuen Ärger. Unter anderem sollte auf Drängen der Linken der Posten eines Staatssekretärs im Innenministerium von Holger Poppenhäger (SPD) geschaffen werden, der für die Projektsteuerung verantwortlich zeichnen sollte.

Die Wahl fiel schließlich auf den Landrat des Unstrut-Hainich-Kreises, Harald Zanker (SPD), der zuletzt als vehementer Befürworter des Projekts auffiel. Mit den Koalitionspartnern abgestimmt war diese Personalie nicht, wie Umweltministerin Anja Siegesmund (Grüne) auf Twitter schrieb.

Grünen-Fraktionschef Dirk Adams musste offenbar schwer auf die Zähne beißen, gab aber zu, die Kommunikation als unglücklich zu empfinden. Mit Häme reagierte die AfD-Fraktion. „Offensichtlich hat die SPD den letzten Mohikaner, der unter den Landräten noch hinter der Gebietsreform stand, für seine Vasallentreue belohnt", sagte der kommunalpolitische Sprecher Jörg Henke.

Viele Augen richten sich in diesen Tagen auf ein abtrünniges AfD-Mitglied. Der Erfurter Rechtsanwalt Oskar Helmerich verließ seine Partei nach einem Streit mit Björn Höcke. Nun gehört er der SPD-Fraktion an. Er ist die eine Stimme, die Ramelow noch im Amt hält. *Peter Entinger*

Großmoschee in Sulzbach

Der saarländische Ort droht zur Salafistenhochburg zu werden

Die alte Post im saarländischen Sulzbach soll zur größten salafistischen Moschee in Deutschlands Südwesten umgebaut werden. Der geplante Umbau, den der Stadtrat und die zuständige Baubehörde bereits durchgewinkt haben, erregt jetzt die Gemüter im sonst eher beschaulichen kleinsten der bundesdeutschen Flächenstaaten. Träger der geplanten Moschee ist nämlich die Islamische Gemeinde Saar (IGS), die bereits in Saarbrückens Stadtteil Burbach und für die arabischen Medizinstudenten in Homburg zwei arabischsprachige Moscheen betreibt, die in der Vergangenheit öfters wegen Hasspredigten für Aufsehen gesorgt haben.

So hatte ein Gastprediger aus Jordanien 2016 in der IGS-Moschee in Burbach Folgendes gepredigt: „Der Prophet hat uns die Eroberung von Konstantinopel prophezeit, dieses wurde 800 Jahre nach ihm erobert. Wir werden Rom erobern, wie es der Prophet uns prophezeit hat, mit Zustimmung derer oder zum Trotz." Die Predigt wurde auf der Webseite des „Middle East Media Research Institute" (Memri), einer Organisation, die islamische Medien beobachtet mit dem Ziel, islamistische Positionen zu dokumentieren, festgehalten. Rom ist für Islamisten ein Symbol für „den Westen" und zudem als Hauptstadt der Katholiken ein besonderes Feindbild für den radikalen Islam.

800 Quadratmeter Fläche stehen im alten Postgebäude in Sulzbach für das islamische Zentrum zur Verfügung, das 200 Besuchern Platz bieten soll. 600 000 Euro veranschlagt die muslimische Gemeinde für den Umbau. Woher das Geld kommt, sagt sie nicht.

Dass die alte Post überhaupt in den Besitz des zwielichtigen Trägervereins kommen konnte, liegt am Bürgermeister der Stadt, Michael Adam. Der Christdemokrat hatte vom Vorkaufsrecht der Stadt keinen Gebrauch gemacht. Das werfen immer mehr besorgte Bürger ihrem Bürgermeister nun vor. Dieses gilt umso mehr, als es in Sulzbach ohnehin schon seit Langem eine stadtbekannte salafistische Szene gibt.

> Träger ist die radikale Islamische Gemeinde Saar

Der CDU-Bürgermeister erhält jedoch Rückendeckung vom SPD-Stadtverbandsvorsitzenden Dieter Heckmann, der ein naives Islamverständnis hat und von einem toleranten, friedlichen Miteinander träumt. Diesen Traum trennen leider Welten von den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes. Selbst die dem linken Spektrum zugeordnete „Aktion 3. Welt Saar" hatte vor der IGS gewarnt und in einer spektakulären Stellungnahme nach dem „Charlie Hebdo"-Attentat 2015 klargestellt, dass es zwar moderate Muslime gibt, aber der Islam nicht moderat ist.

Seitdem in Sulzbach ein ägyptischer Gastimam konservativ denkende Muslime über die Landesgrenzen des Saarlandes hinaus anzieht, fürchten viele Sulzbacher, dass der Postumbau diese Attraktivität noch steigern wird. Abgesehen vom Umbau der alten Post in eine Moschee und ein Islamzentrum plant die 2010 gegründete IGS auch noch, die bereits seit den 1970er Jahren bestehende Moschee in Brefeld, einem rund zur Hälfte von Türkischstämmigen bewohnten Stadtteil Sulzbachs, zum Salafismus zu bekehren.

Die etwa 60 Mitglieder der IGS werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Allerdings heißt es im letzten Lagebericht der Behörde, dass die Sulzbacher Salafisten nicht missionarisch unterwegs seien. *Bodo Bost*

13 Milliarden für ein Schiff

Diesen Sommer hat die US Navy den Flugzeugträger »Gerald R. Ford« übernommen

Die USA haben jüngst einen weiteren Rekord aufgestellt. Die „Gerald R. Ford“ ihrer Seestreitkräfte ist nicht nur das teuerste, sondern auch das größte Kriegsschiff der Geschichte. Doch nicht nur wegen seines hohen Preises von 13 Milliarden US-Dollar ist der Flugzeugträger in die Kritik geraten.

Flugzeugträger, auch kleinere, sind eindrucksvolle Schiffe. Sie dienen mit ihrem durchgehenden Flugdeck als schwimmende Basis für Kampfflugzeuge und Hubschrauber. Den Schutz übernimmt typischerweise eine gemischte Kampfgruppe aus U-Booten, großen Kriegsschiffen und schnellen Versorgern.

Weltweit sind 46 Flugzeugträger im Einsatz. Die United States Navy (USN) betreibt die meisten und auch die größten Schiffe dieser Art. Das sind zehn nuklear betriebene Flugzeugträger mit jeweils rund 90 000 Tonnen Wasserverdrängung und einem bis zu 90 Maschinen starken Bordgeschwader. Hinzu kommen neun Amphibische Angriffsschiffe mit Flugdeck und eigenem Bordgeschwader aus Senkrechtstartern, Hubschraubern und Kipprotorflugzeugen. Außerdem erlaubt ein Dock das Aussetzen von großen Luftkissen-Landungsbooten.

Die „Gerald R. Ford“ basiert auf der älteren „Nimitz“-Klasse, verdrängt voll ausgerüstet rund 100 000 Tonnen und hat 13 Milliarden US-Dollar gekostet. Wie ihre älteren Geschwister kann sie bis zu 90 Kampfflugzeuge an Bord nehmen. Jedoch sind gegenwärtig die Bordgeschwader auf US-Trägern aus Kostengründen nur rund 60 Maschinen stark.

Weltweit sind 46 Flugzeugträger im Einsatz

Die am 22. Juli von der USN übernommene „Gerald R. Ford“ ist nicht unumstritten. Sie wird drei Jahre später fertig als geplant und ist wesentlich teurer geworden. Viele Systeme des stark automatisierten Schiffes funktionieren nicht zufriedenstellend, speziell die neuen Magnetkatapulte. Die ersetzen die Dampfkatapulte, die den Flugzeugen Starthilfe geben. Mit Blick auf Anzahl und Größe der einzelnen Schiffe spielen die USA gewissermaßen in ihrer eigenen Liga.

Großbritannien verfügt zurzeit über zwei Flugzeugträger und den Hubschrauberträger „Ocean“ (L12). Die beiden Träger verdrängen 65 000 Tonnen und sind 280 Meter lang. Von den beiden Einheiten der „Queen Elizabeth“-Klasse ist das der Klasse ihren Namen gebende ältere zurzeit in der Erprobung und wird wohl 2020 in Dienst gestellt. Das Schwesterschiff „Prince of Wales“ ist noch im Bau befindlich.

Der einzige russische Träger, die „Admiral Kusnezow“, wurde noch zu Sowjetzeiten gebaut und ist etwa genauso groß. Er ist seit 1991 in Dienst. Im Gegensatz zu den US-Trägern hat er keine Katapulte, sondern eine Sprungschanze am vorderen Ende des Flugdecks, über welche die Kampfflugzeuge starten können. Üblicherweise sind rund 20 Kampfflugzeuge der Typen Suchoi Su-33 und Mikojan-Gurewitsch MiG-29 an Bord sowie eine Reihe von Hubschraubern. Hinzu kommen Startschächte für zwölf Seezielflenkwaffen im Vorderdeck. Die „Admiral Kusnezow“ war mehrmals vor Syrien im Einsatz. Einsatzbereitschaft und Kampfwert des Schiffes sind geringer als die westlicher Schiffe. Gegenwärtig wird es überholt, aber aus Kostengründen nicht modernisiert. 2006 gab die russische Marine bekannt, einen nuklear betriebenen 100 000-Tonnen-Träger bauen zu wollen, hat aber bisher keinen Auftrag erteilt.

Bis auf Weiteres wird also die französische Marine die einzige europäische Marine bleiben, die einen nuklearen Flugzeugträger betreibt. Die „Charles de Gaulle“ ist etwas kleiner als die „Kusnezow“, verfügt aber über zwei Dampfkatapulte und hat ein 40 Flugzeuge starkes Geschwader an Bord. Italien hat zwei leichte Träger für Senkrechtstarter und Hubschrauber in Dienst, Spanien einen. Die Türkei lässt in Spanien ein mit der spanischen Einheit baugleiches Schiff bauen. Zudem hat Spanien zwei Schiffe dieses Typs an Australien verkauft.

Indien und China haben jeweils frühere sowjetische Schiffe in Dienst, China ein Schwesterschiff der „Admiral Kusnezow“. Beide Länder bauen große Träger im eigenen Land. Am 26. April hat der erste vollständig in China gebaute Flugzeugträger das Dock verlassen. Brasiliens Marine besitzt einen früheren französischen Flugzeugträger, der aber nur sporadisch aktiv ist. Japan nutzt vier 20 000 Tonnen große Hubschrauberträger zur U-Boot-Jagd und zwei kleinere als Amphibische Angriffsschiffe. Ägypten verfügt über zwei Hubschrauberträger. Die Marinen Thailands und Südkoreas verfügen über je einen Leichten Träger. *Friedrich List*



Wurde am 22. Juli 2017 in Dienst gestellt als Ersatz für die am 1. Dezember 2012 außer Fahrt und am 3. Februar 2017 offiziell außer Dienst gestellte „Enterprise“ (CVN-65): die „Gerald R. Ford“ (CVN-78) Bild: CF

Zeitzeugen



Bild: CF

Eugene Burton Ely – Der amerikanische Flugpionier startete am 14. November 1910 als erster von einem Schiff. Er war auch der erste Flieger, der auf einem Schiff landete – am 18. Januar 1911 auf dem Panzerkreuzer „Pennsylvania“. Ely hatte ursprünglich als Autoverkäufer und Rennfahrer gearbeitet, bevor er Schauflieger wurde. Er erhielt im Oktober 1910 die 17. Fluglizenz der USA. Ende 1911 kam er bei einem Flugunfall ums Leben.

Joseph M. Reeves – Der US-amerikanische Admiral ist der Gründervater der US-Trägerwaffe. Reeves diente zunächst auf Schlachtschiffen und ließ sich nach dem Ersten Weltkrieg zum Flugbeobachter ausbilden. 1925 wurde er Chef der Marineflieger. Unter seiner Regie entstanden Taktiken und Einsatzverfahren, die sich im Zweiten Weltkrieg bewähren sollten. 1936 pensioniert, kehrte er bei Kriegsbeginn in den aktiven Dienst zurück.

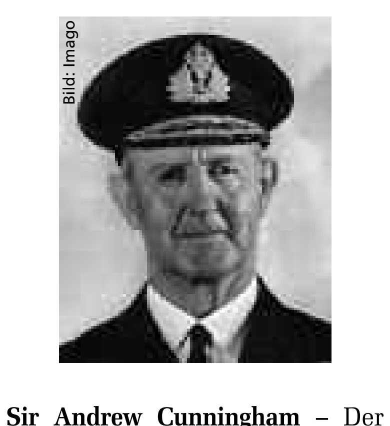


Bild: Imago

Sir Andrew Cunningham – Der Befehlshaber über die britische Mittelmeerflotte im Zweiten Weltkrieg ließ im November 1940 24 torpedotragende „Swordfish“-Doppeldecker einen Nachtangriff auf die in Tarent ankernde italienische Flotte fliegen. Die verlor die Hälfte ihrer Schlachtschiffe.

Nagumo Chuichi – Der Admiral befehligte den japanischen Flottenverband, der am 7. Dezember 1941 die US-Pazifikflotte in Pearl Harbor auf Oahu angriff. Gegen den Rat seiner Offiziere ließ er den Hafen selbst intakt. Danach operierte er in Südostasien und im Indischen Ozean. Im Juni 1942 verlor er in der Midway-Schlacht alle Träger und einen Großteil der erfahrenen Marineflieger. Davon sollte sich Japan nicht mehr erholen.



Bild: CF

Vincent P. De Poix – Der US-amerikanische Marineflieger des Zweiten Weltkriegs brachte es schließlich bis zum Admiral und Chef des Marinegeheimdienstes. Im Zweiten Weltkrieg diente er mit seiner Jagdstaffel auf der „Enterprise“ (CV-6), dem Träger mit der längsten Einsatzzeit und den meisten Auszeichnungen. Als die „Enterprise“ (CVAN-65), der erste Atomträger der Welt, 1961 zur Flotte trat, war er ihr erster Kapitän.

»Berlin«-Klasse statt »Arche Naumann«

Deutschland hat notorisch Pech mit seinen Flugzeugträgern. Kein einziger hat jemals seine Indienststellung erlebt. Gegen Ende des Ersten Weltkriegs sollte der Passagierdampfer „Ausonia“ ein durchgehendes Flugdeck und einen Hangar erhalten, aber die Pläne wurden durch das Kriegsende Makulatur. Die „Graf Zeppelin“ erlebte immerhin 1938 einen spektakulären Stapellauf, verbrachte den Krieg dann aber unfertig als Wohnschiff und Holzlager.

In den 90er Jahren sollte die schrumpfende Bundeswehr trotzdem global Flagge zeigen können. Daher beauftragte der damalige Generalinspekteur Klaus Naumann die Marine mit „vertieften Überlegungen“ zu einem Führungs- und Unterstützungsschiff. Daraus wurde eine Studie für ein 196 Meter langes und 20 000 Tonnen verdrängendes Schiff mit Flugdeck, Hangarplatz für acht Hubschrauber, einem Lazarett mit zwei Operationssälen, einem Dock für zwei Landungsboote und Kapazität für 700 Soldaten zusätzlich zur Besatzung. Auch

Deutsche Trägerträume

waren eine Roll-on-Roll-off-Fähigkeit und Transportkapazität für bis zu 271 Fahrzeuge vorgesehen. Hinzu kam die Ausrüstung, als Führungsschiff für einen Flottenverband oder eine Landeoperation zu fungieren. Die Kosten hätten 500 bis 620 Millionen D-Mark betragen.

Gegen dieses als „Arche Naumann“ verspottete Projekt regte sich denn auch schnell Widerstand. So sprach sich der damalige CDU-Abgeordnete Thomas Kossendy gegen das Vorhaben aus, weil er „Verdrängungseffekte“ befürchtete, also Einsparungen bei anderen Projekten. Der damalige Marineinspekteur Hans-Rudolf Böhmer wollte lieber mehrere andere Kriegsschiffe beschaffen als ein großes. Anfang Mai 1995 zog Verteidigungsminister Manfred Wörner dann die Reißleine und verkündete, es gäbe „keinen politischen Handlungsbedarf für eine Entscheidung“. Statt des Hubschrauberträgers gab die Marine schließlich die Einsatzgruppenversorger der „Berlin“-Klasse in Auftrag. *F.L.*

Schlachtschiff-Nachfolger

Der Flugzeugträger wurde zum kampfkräftigsten Kriegsschiffstypen

Der Gedanke, Flugzeuge oder andere Fluggeräte von Schiffen aus starten zu lassen, ist so alt wie die Fliegerei selbst. Am 14. November 1910 um 15.30 Uhr startete der US-Amerikanische Flugpionier Eugene Burton Ely als erster von einem Schiff. Er hob mit einem Curtiss-Doppeldecker von einer Plattform auf dem Vordeck des Leichten Kreuzers „Birmingham“ ab.

Den ersten Angriff mit Bordflugzeugen führten die Japaner durch. Im September 1914 griffen japanische Doppeldecker-Schwimmerflugzeuge des Mutterschiffs „Wakamiya“ den österreichisch-ungarischen Kreuzer „Kaiserin Elisabeth“ und das reichsdeutsche Kanonenboot „Jaguar“ vor Tsingtau sowie Landziele in der Hauptstadt des deutschen Schutzgebiets Kiautschou an.

Die Royal Navy baute den Kreuzer „Furious“ zum ersten Flugzeugträger überhaupt um. Deren Flugzeuge flogen den ersten Angriff von Trägerflugzeugen der Kriegsgeschichte und bombardierten 1917 den deutschen Luftschiffhafen bei Tondern.

Im Zweiten Weltkrieg errangen die USA die Vormachtstellung

Noch während des Ersten Weltkrieges entstanden in Großbritannien, Japan und den USA die ersten echten Flugzeugträger durch Umbauten aus größeren Kriegsschiffen oder Versorgern. In den frühen 20er Jahren folgten die ersten Träger, die von Anfang an für diesen Zweck geplant worden waren. Großbritannien, Japan und die USA blieben bis in den Zweiten Weltkrieg hinein Schrittmacher der Entwicklung.

Während des Kriegs löste der Flugzeugträger das Schlachtschiff als wichtigstes Kriegsschiff der Flotte ab. Die Royal Navy schaltete 1940 die in Tarent liegende italienische Schlachtflotte durch einen Nachtangriff von Trägerflugzeugen aus. Am 7. Dezember 1941 legte ein Angriff von japanischen Trägerflugzeugen die US-Pazifikflotte in Pearl Harbor weitgehend lahm. Den Seekrieg im Pazifik fochten US-amerikanische und japanische Trägerkampfgruppen miteinander aus. Im Nordatlantik machten leichte Träger Jagd auf deutsche U-Boote. Die USN, die während des Krieges 24 große Träger und 145 kleinere baute, errang die Vormachtstellung, die sie bis heute innehat. *F.L./PAZ*

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Steuermittel für Linksradikale

Berlins rot-rot-grüner Senat fördert zweifelhafte Gruppierungen im »Kampf gegen Rechts«



„Schieflastigkeit der Programme“: Einige hundert Linke protestierten in Berlin-Kreuzberg gegen das Verbot der linksradikalen Internetplattform „linksunten.indymedia.org“ durch das Bundesinnenministerium am 25. August

Bild: Imago

Der Berliner Senat stellt für den „Kampf gegen Rechts“ seit Jahren Millionensummen bereit. Antworten auf parlamentarische Anfragen deuten allerdings darauf hin, dass Fördergelder andererseits Linksextremisten und radikalen Moslems zugutekommen.

Als Kleinkrieg unter Parlamentariern und „PR-Gag“ haben Hauptstadtmedien ein Phänomen bezeichnet, das bereits seit dem Frühjahr im Berliner Abgeordnetenhaus zu beobachten war. Wenn die Grünen-Abgeordnete June Tomiak an den Senat Anfragen zum Rechtsextremismus stellte, zog der AfD-Fraktionsvize Ronald Gläser nach und reichte entsprechende Anfragen zum Linksextremismus ein. Das parlamentarische Duell zwischen der Grünen und dem AfD-Abgeordneten hat inzwischen ein sehr aufschlussreiches Bild über den politischen Extremismus in Berlin geliefert.

So gab es nach Angaben des Senats im Jahr 2016 in Berlin 1226 links motivierte und 1588 rechts motivierte Straftaten. Sieht man allerdings von den sogenannten Propagandadelikten ab, die zum Großteil nur für den rechtsextremen Bereich eine Bedeutung haben, dann zeigt sich, dass die Zahl der linksextremen Gewalttaten doppelt so hoch ist wie die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten. Im Fall der Sachbeschädigungen geht es sogar um den Faktor drei.

Zumindest bislang erweckt die rot-rot-grüne Koalition allerdings nicht den Eindruck, als wolle sie das Problem des Linksextremismus entschlossen angehen. Der damalige CDU-Fraktionschef Florian Graf scheiterte im Juli 2016 sogar dabei, SPD, Grüne und Linke für eine Unterschrift unter einem Berliner Konsens gegen Linksextremismus zu gewinnen. Inzwischen in der Opposition, hat die CDU im Juni dieses Jahres einen „Aktionsplan gegen linke Gewalt“ ins Parlament gebracht.

Ob dieser bei Rot-Rot-Grün auf eine positive Resonanz stößt, wird sich erst nach der parlamentarischen Sommerpause erweisen. Tatsächlich musste der Senat inzwischen einräumen, dass es aktuell kein einziges gefördertes Projekt gebe, das sich speziell gegen den Linksextremismus richtet.

AfD-Anfrage fördert obskure Praxis bei Zuschüssen zutage

Die AfD-Fraktion hat noch auf einen weiteren problematischen Aspekt der Senatspolitik im Kampf gegen den politischen Extremismus aufmerksam gemacht. Antworten auf parlamentarische Anfragen lassen nämlich sehr stark am Sinn einer Reihe von Projektförderungen im „Kampf gegen Rechts“ zweifeln. Als eines von mehreren Beispielen nennt die Berliner AfD-Fraktion die Förderung für das Projekt „Reachout“, das immerhin über eine halbe Million Euro aus Steuermitteln erhält. Der Verein mit acht Mitarbeitern kooperiert nach Angaben der AfD über „Berlin gegen Rechts“ mit offen radikalen Gruppen wie der autonomen Antifa und der Interventionistischen Linken.

Auf scharfe Kritik trifft auch die Senatsförderung für den Verein „Inssan“, der vom Senat immerhin mit 60 000 Euro unterstützt wird. Laut AfD ist selbst der Senat der Ansicht, dass der Verein mit der Muslimbruderschaft verbandelt zu sein scheint. Die Muslimbrüder werden wiederum im Berliner Verfassungsschutzbericht ausführlich erwähnt.

Auch sogenannte „Bezirksregister“ zur Erfassung rechtsradikaler Vorfälle erhalten in der Regel pro Monat jeweils mehr als 1000 Euro aus Steuermitteln. Am Beispiel des Bezirks Pankow belegte der AfD-Abgeordnete Herbert Mohr, dass im „Bezirksregister“ sogar Infostände seiner Partei oder ein Bezirksparteitag als rechtsextreme Vorfälle dargestellt werden. Gleichzeitig hat sich in Pankow eine starke linksradikale Szene („North East Antifa“) etabliert, die sich sogar ganz offen damit brüstet, bei Versammlungslokalen der AfD die Scheiben eingeworfen zu haben.

Wie aus einer Antwort des Senats hervorgeht, sind die Arbeitsansätze einzelner Förderprojekte zuletzt im Jahr 2010 extern wissenschaftlich evaluiert (überprüft) worden. In diesen sieben Jahren sind immerhin mehrere Millionen Euro zur Projektförderung geflossen. Eine nochmalige externe Bewertung ist recht vage für die Zeit der aktuellen Legislaturperiode angekündigt.

Die beiden Oppositionsparteien CDU und AfD haben zur Zukunft der Förderprogramme vollständig konträre Ansichten. Berlins AfD fordert das Streichen der Gelder oder ersatzweise klare Vergaberichtlinien und Erfolgskontrollen. Der CDU-Verfassungsschutzexperte Stephan Lenz sieht in der AfD-Kritik dagegen eine Diskreditierung „bewährter Präventionsarbeit gegen den Rechtsextremismus“. Allerdings spricht sich der Unionspolitiker dafür aus, die „Schieflastigkeit der Programme“ dringend zu beenden.

AfD-Fraktionsvize Gläser hält dagegen wenig von der Idee, mit Steuergeldern künftig auch einen „Kampf gegen Links“ zu finanzieren. „Viel wirksamer wäre es, den genannten linken Vereinen das Geld zu entziehen. Wenn die Leute, die dort beschäftigt sind, plötzlich einer richtigen Arbeit nachgehen müssten, dann hätten sie keine Zeit mehr für Klassenkampf auf Steuerzahlerkosten“, so Gläser.

Norman Hanert

Der linke Rand spielt Mitte

Von Theo Maass

Zwei Tage nach dem 30. Jahrestag des Todes von Rudolf Heß wollten Rechtsextremisten und ganz alte „Unverbesserliche“ mit einer Demonstration in Spandau an dieses Ereignis erinnern. Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) ließ sich angesichts dessen zu der Entgleisung herab: „Die freiheitlich demokratische Grundordnung gilt leider auch für Arschlöcher.“

Den rund 800 Teilnehmern der Heß-Demonstration standen etwa gleich viele Gegendemonstranten gegenüber. Die wollten die „Mitte“ der Gesellschaft repräsentieren. Jeder mag selbst beurteilen, ob die VVN/BdA, das „Bündnis gegen Rechts“, das „Stadtteilzentrum Spandau – Sozial-kulturelle Netzwerke Casa e.V.“, der „Runde Tisch Spandau für Demokratie und Toleranz“, die „Mahnwache Spandau“, Cotyar Hagi (Linksfraktion Spandau), die Evangelische Kirche in Spandau, das Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“, die Katholische Pfarrgemeinden in Spandau, Bündnis 90/Die Grünen Spandau, der „Türkische Bund Berlin-Brandenburg“, die IG BAU, der DGB-Kreisverband Spandau und die Linkspartei des Ortes eher die Mitte der Gesellschaft oder deren linken Rand repräsentieren. 250 Heß-Demonstranten erreichten Spandau jedenfalls nicht, weil bisher unbekannte Täter einen Anschlag auf die Regionalbahn verübt hatten. Die blockierten Rechtsaußen-Demonstranten versammelten sich daher im Berliner Vorort Falkensee.

Die eigentliche Heß-Demo in Spandau konnten die Linksextremisten nach einigen hundert Metern stoppen. Diese feierten sich anschließend ob ihres Erfolgs. Der RBB interviewte einige halbwegs bürgerlich aussehende Gegendemonstranten, die dort ihrer Empörung über Heß Ausdruck verleihen konnten. Erstaunlich ist bei der großen Anzahl der Organisationen, die zu den Protesten gegen den Heß-Marsch aufgerufen hatten, dass ziemlich wenige Menschen kamen. Die Polizei „kapitulierte“ dennoch alsbald vor den Blockierern, anstatt den Ablauf der äußerst zweifelhaften, aber angemeldeten und legalen Demonstration zu gewährleisten.

Im Grunde ist der gesamte Auflauf jedoch längst ein Anachronismus, eine pervers-bizarre „Tradition“ beider Seiten, des linken wie des rechten Randes, die sich gegenseitig ihr Mütchen kühlen. Die „Amadeu-Antonio-Stiftung“ der früheren Stasi-Zuträgerin Anetta Kahane machte dieser Tage längst das neue Ziel linksradikaler Attacken kenntlich: „Der Rechtspopulismus ist im Moment eine größere Bedrohung als der Rechtsextremismus.“

Na also: „Antifa“ als Speerspitze gegen andersdenkende Demokraten. Das hat immerhin eine blutige Tradition seit dem „Antifaschistischen Schutzwall“, der einst quer durch Deutschland lief.

Potsdam fördert Moschee

Umstrittener Islamverein erhält tausende Euro

Der Potsdamer Ordnungsbeigeordnete Mike Schubert (SPD) hat Pläne für größere Räumlichkeiten für die Al-Farouk Moschee präsentiert. Demnach soll der Verein der Muslime in Potsdam an seinem bisherigen Sitz im Stadtzentrum bleiben und dort ein ehemaliges Heizhaus mieten können, das an die bisher genutzten Räumlichkeiten in der Straße Am Kanal angrenzt.

Für seine Freitagsgebete nutzt der Verein seit vergangenem Herbst die Veranstaltungshalle der „Biosphäre“ in Potsdam-Bornstedt. Durch eine Anfrage im Stadtparlament war in diesem Zusammenhang bekannt geworden, dass die Stadt jede Woche rund 1500 Euro für Miete und Reinigung übernimmt, damit die Freitagsgebete in der Tropenhalle stattfinden können.

Bereits im Mai hat Brandenburgs Kulturministerium öffentlich gemacht, dass es in diesem Jahr insgesamt rund 90 000 Euro für Projekte muslimischer Gemeinden zur Verfügung stellen will. Allein die Potsdamer Gemeinde soll davon 30 000 Euro erhalten.

Die Brandenburger AfD hat inzwischen mehrmals mit Infoständen gegen diese Zweckentfremdung des öffentlichen Straßenraums ebenso wie gegen die Verwendung von Steuermitteln für die Freitagsgebete protestiert. Auch mit der nun präsentierten Lösung verstößt die Stadt Potsdam aus Sicht von AfD-Landesvorstandsmitglied Steffen Kotré gegen das staatliche Neutralitätsgebot. Kotré kritisiert, dass laut den bekannt gewordenen Planungen dem Moscheeverein für die Nutzung der Räume durch das stadteigene Vermietungsunternehmen keine ortsübliche Miete in Rechnung gestellt werde. Diese betrage rund elf Euro je Quadratmeter.

Gebetshaus sorgte bereits bundesweit für Schlagzeilen

Inklusive der Strom- und Wasserkosten brauche der Moscheeverein aber nur die Hälfte zu zahlen, so Kotré. Laut AfD sehen Anwohner bereits die bisherigen Aktivitäten des Moscheevereins in ihrem Wohnumfeld skeptisch. Einige beklagten auch Rücksichtslosigkeit einiger Muslime.

Die Gemeinde der Potsdamer Al-Farouk-Moschee war im vergangenen Jahr bundesweit in die Schlagzeilen geraten. Der ARD-Journalist Constantin Schreiber hatte in seinem Buch „Inside Islam“ den Vorwurf erhoben, dass bei den Freitagsgebeten in Potsdam integrationshemmende Predigten gehalten worden seien und eine sehr strenggläubige Sicht des Islam vermittelt werde. *N.H.*

Mietpreisbremse verpufft

Ausnahme bei Wärmedämmung treibt die Kosten in die Höhe

Die Mieten in Berlin sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. Dies geht aus einer Auswertung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) hervor. Danach wurden im ersten Halbjahr 2017 bei Wohnungsneuvermietungen im Durchschnitt 9,95 Euro je Quadratmeter (kalt) verlangt. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist dies ein Anstieg von 9,7 Prozent. Bundesweit ermittelte das Institut durch die Auswertung von Inseraten eine Erhöhung um 4,4 Prozent auf 7,90 Euro je Quadratmeter.

Der deutliche Anstieg in der deutschen Hauptstadt liefert Kritikern, welche die Einführung einer Mietpreisbremse für eine wirkungslose Symbolpolitik halten, ein weiteres Argument. Berlin versucht als erstes Bundesland, bereits seit dem 1. Juni 2015 den Anstieg der Mieten mit einer Preisbremse einzudämmen. Im Auftrag des Mietervereins hatte bereits 2016 das Forschungsinstitut „Regio Kontext“ ermittelt, dass die Mieten in Berlin im Schnitt um 31 Prozent höher seien als zulässig.

In der Praxis haben sich bei der Mietpreisbremse gleich mehrere Konstruktionsfehler herausgestellt: Die Deckelung der Mieten gilt zum Beispiel nicht für Neubauten, die nach dem 1. Oktober 2014 erstmals angeboten wurden. Ausgenommen sind ebenso Gebäude, die umfassend modernisiert wurden. Der Berliner Mieterbund hat inzwischen darauf aufmerksam gemacht, dass sich die energetische Modernisierung, sprich die Wärmedämmung, immer öfter als kräftiger Preistreiber auswirkt. Der Nutzen, etwa durch die Einsparung von Heizkosten, sei dagegen oft gering und stehe meist in keinem Verhältnis zu den Mieterhöhungen.

Mieterbund warnt vor der Verdrängung von Altmietern

Der Verband untermauert seine Aussage mit einer eigenen Studie. Der zufolge erhöht sich die Nettokaltmiete nach der Modernisierung im Schnitt um etwa 2,50 Euro je Quadratmeter beziehungsweise um 190 Euro im Monat. Dem stehen Einsparungen beim Heizenergie-Verbrauch von durchschnittlich 35 Kilowattstunden je Quadratmeter und Jahr gegenüber.

Bei einer 70 Quadratmeter großen Wohnung beträgt die Energieersparnis nach der energetischen Sanierung im Schnitt nur etwa 200 Euro im Jahr. Die Mieterhöhung nach der Modernisierung beläuft sich dagegen im Regelfall auf 1300 Euro pro Jahr. Der Berliner Mieterverein warnt vor einer massiven Verdrängung von Altmietern infolge dieser Erhöhungen. *N.H.*

MELDUNGEN

Personenkult in Kasachstan

Astana – Der Flughafen der kasachischen Hauptstadt Astana wurde in Nursultan-Nasarbajew-Flughafen umbenannt. Es erscheint zunehmend nur noch als eine Frage der Zeit, bis man auch die Hauptstadt selbst nach dem noch immer herrschenden Gründungspräsidenten des Landes umbenennt, wie bereits vorgeschlagen wurde. Zur Auswahl stehen bislang „Nursultan", „Nasarbajew" oder „Nursultan Nasarbajew". Nasarbajew führte das Land bereits in der Spätphase der Sowjetunion. Ihm werden Unterdrükkung der Opposition und Lenkung der Medien vorgeworfen. Nasarbajew pflegt einen wachsenden Personenkult. *T.W.W./PAZ*

Timoschenko unter Beschuss

Kiew – In Umfragen liegt die ehemalige ukrainische Ministerpräsidentin Julia Timoschenko mit ihrer Oppositionspartei „Batkwischtschina" drei bis fünf Prozent vor dem amtierenden Präsidenten Petro Poroschenko, der wegen der angeblichen Raketenlieferung an Nordkorea in der Kritik steht. Weil auf der Seite von Timoschenkos Partei in einem sozialen Netzwerk am selben Tag, an dem der Artikel über die Raketenlieferungen in der „New York Times" erschien, Fragen veröffentlicht wurden, die vermuten lassen, dass die Mutmaßungen der Wahrheit entsprechen, ist Timoschenko nun selbst unter Beschuss geraten. Ihr wird vorgeworfen, den Skandal für eigene politische Zwecke nutzen zu wollen. Verdächtig machten sie auch ihre Reisen nach Washington und, dass es ihr wichtig gewesen sei, noch vor dem ukrainischen Präsidenten Donald Trump zu treffen. Kiew erinnert nun an die freundschaftlichen Beziehungen Timoschenkos zu Wladimir Putin und an ihre umstrittenen Gasverträge. *MRK*

Es geht um mehr als einen Hühnerhals

Der Grenzkonflikt zwischen China und Bhutan gefährdet den Zusammenhalt von BRICS und SOZ

Wenn sich Anfang dieses Monats Vertreter der BRICS-Staaten Brasilien Russland, Indien, China und Südafrika in Xiamen in der chinesischen Provinz Fujian zu ihrem diesjährigen Gipfel treffen, dann wissen sie schon bei der Anreise, dass sie es dabei mit einer ungewöhnlichen Schwierigkeit zu tun haben werden. Denn Indien und China fechten derzeit einen Streit miteinander aus, der über den unmittelbaren Anlass hinaus von Bedeutung sein könnte.

Es geht um die gemeinsame Grenze im Himalaya, in einem Hochtal unmittelbar westlich der Grenze von Bhutan. Dieses kleine Königreich ist nun der Stein des Anstoßes. Die Chinesen nämlich wollen von Norden her von der Stadt Donglang die Straße weiterführen, die bislang dort endet. Die Volksrepublik will damit das Doklam-Plateau erschließen. Die vorgesehene Trasse führt in nur zwei Kilometer Entfernung an einer Kaserne Bhutans vorbei und zudem am Jamperi-Bergrücken. Diesen betrachtet Bhutan zur Gänze als sein Staatsgebiet, das Reich der Mitte dagegen beharrt darauf, dass sein Territorium bis zur Kammlinie reiche.

Nun ist Indien die traditionelle Schutzmacht Bhutans, und schon entwickelt sich ein regionales Zerwürfnis zu einem internationalen Streit. Denn Bhutan rief Indien zu Hilfe. Neu-Delhi war gleich zur Stelle, denn der Jamperi-Rücken deckt den sogenannten „Hühnerhals", einen engen Durchgang zwischen Nepal und Bangladesch, der für Indien den einzigen Zugang zu seinem nordöstlichen Territorium bildet. Außerdem ist Indien schon allein deswegen mit im Spiel, weil das kleine Bhutan in einem Vertrag von 1949 zugestimmt hat, dass seine außen- und verteidigungspolitischen Belange von seinem großen Nachbarn im Süden wahrgenommen werden sollen.

Die Chinesen sehen das wieder ganz anders, entsprechend ihren eigenen Interessen. Sie sagen, Indien habe mit der ganzen Sache nichts zu tun, denn indisches Staatsgebiet sei davon nicht berührt, es gehe ausschließlich um einen Grenzstreit zwischen China und Bhutan. Wäre das wirklich der Fall, so wäre der Streit schnell entschieden. Indien hatte vor dem BRICS-Gipfel im Rahmen des Sicherheitsforums der Staatengruppe, das Ende Juli tagte, vorbereitende Gespräche über den Hühnerhals angeregt, doch China lehnte das ab.

> Die USA möchten Indien gegen China aufhetzen, und Russland möchte sich nicht zwischen beiden entscheiden müssen



Verhandeln über neuen Grenzkonflikt: Indiens Premier Narendra Modi (l.) und Chinas Präsident Xi Jingping (r.) Bild: pa

China und Indien werden durch eine 3500 Kilometer lange Grenze geteilt, die sich über den ganzen Himalaya zieht. Allerdings wurde diese Grenze bei der Dekolonialisierung nach dem Zweiten Weltkrieg von den Engländern schlampig und missverständlich gezogen, sodass es darüber im Jahre 1962 zu einem Krieg kam. Seither gab es immer wieder Spannungen und Scharmützel.

Der Streit um Bhutan berührt denn auch außer dem Hühnerhals weitergehende Fragen, die mit dem unmittelbaren Anlass nichts zu tun haben. Die Stabilität in der BRICS-Staatengemeinschaft ist die eine, eine andere hat mit der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) zu tun. Diese hat neben China und Indien sowie Russland noch die fünf weiteren Mitglieder Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Pakistan, die vier Staaten mit Beobachterstatus Mongolei, Iran, Afghanistan und Weißrussland sowie die sechs Dialogpartner Armenien, Aserbaidschan, Kambodscha, Nepal, Sri Lanka und Türkei. Die SOZ repräsentiert vier Zehntel der Weltbevölkerung und hat Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen.

Mit der Frage, wie Moskau auf den Zank im Himalaya reagieren solle, beschäftigte sich die russische Online-Zeitung „Vz.ru". „Indisch-chinesische Gebietsstreitigkeiten haben eine lange Geschichte, doch nach Indiens Beitritt zur Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit beunruhigen sie Russland besonders. Beim Gipfeltreffen dieser russisch-chinesisch-mittelasiatischen Organisation am 8. und 9. Juni war Indiens und Pakistans Mitgliedschaft beschlossen worden – eine Woche später fingen die chinesischen Militäringenieure an, eine Autostraße auf der Doklam-Hochebene zu bauen."

Trotzdem sieht die Zeitung Anlass zur Hoffnung: „Sowohl in Peking als auch in Neu-Delhi gibt es genug Politiker, die begreifen, dass es für China und Indien besser wäre, keine Feinde, sondern Partner zu sein. Dabei sollten sie keinen Provokationen Dritter nachgeben: Es ist ja klar, dass etwa die USA an antichinesischen Stimmungen in Indien sehr interessiert wären und eine Antipathie gegenüber China unter den Indern fördern – wie einst die Engländer."

Der „Vz.ru"-Kommentator analysiert weiter: „Sowohl Neu-Delhi als auch Peking haben Vertrauen zu Moskau. Ausgerechnet deshalb könnte und sollte Russland auf einen Ausbau der geopolitischen Kooperation zwischen China und Indien hinarbeiten, aber auch darauf, Widersprüche und gegenseitige Vorwürfe zu reduzieren und Streitigkeiten zu regeln. Die drei Länder haben die Möglichkeit, in Asien ein stabiles gemeinsames Sicherheitssystem aufzubauen ..." Der Bau der Neuen Seidenstraße durch China könnte dabei die Probe aufs Exempel sein.

Inzwischen tun die USA alles, um einen weiteren Keil zwischen China und Indien zu treiben. Mitte Juli, während der Krise im Himalaya, führten sie zusammen mit Indien und Japan im Golf von Bengalen Manöver durch, bei denen der Kampf gegen U-Boote geübt werden sollte. Wer damit gemeint war, ist offensichtlich: Indien veröffentlichte einen Plan zur ständigen Überwachung der Straße von Malakka, nicht nur für chinesische Schiffe eine der wichtigsten Meeresstraßen weltweit, die vom Südchinesischen Meer in den Indischen Ozean führt. Die Chinesen wiederum entsandten einige Einheiten ihrer Kriegsflotte. Ein Kommandeur des US-Geschwaders sagte der „New York Times" mit Blick auf die Chinesen: „Sie werden wissen, dass wir (USA, Indien und Japan) zusammengehen." *Florian Stumfall*

Am Scheideweg

Außen hui, innen pfui – Frankreichs Präsident Macron in der Krise

Der neue französische Staatspräsident Emmanuel Macron ist gerade einmal 100 Tage im Amt und schon bröckelt seine Popularität. In seiner Heimat werden bereits Vergleiche mit Matteo Renzi gezogen. Der Italiener galt ebenfalls als ein Wunderkind der europäischen Sozialdemokratie, stolperte aber im vergangenen Jahr über eine Wahlrechtsreform.

Nach mehreren Umfragen ist Macron inzwischen unpopulärer, als es sein Vorgänger François Hollande zu diesem Zeitpunkt seiner Amtszeit war. Seit 1995, als Jacques Chirac rapide an Beliebtheit verlor, hat kein französischer Präsident in den Umfragen einen derartigen Abstieg erlebt.

Der 39-Jährige war in der vergangenen Legislaturperiode eine Zeit lang Minister von Hollandes Gnaden, hatte sich aber dann mit seinem einstigen Ziehvater überworfen und eine eigene Bewegung gegründet. Die Wahlen im Frühjahr gewann er gegen Marine Le Pen vom Front National. Während die Ergebnisse im europäischen Ausland euphorisch aufgenommen wurden, wiesen französische Kommentatoren auf die geringe Wahlbeteiligung hin.

Macron, so analysiert die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", werde von den Franzosen als Sparkommissar wahrgenommen. Einige Einschnitte, etwa beim Wohngeld habe er schon angekündigt, andere sollen folgen. Der Präsident wolle die staatliche Neuverschuldung unter die Maastricht-Grenze von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) drücken. Dies alles hat Macron während des Wahlkampfes



Emmanuel Macron Bild: Imago

auch schon angedeutet. Medial wusste er sich aber vor allem als telegener Erneuerer in Szene zu setzen. Er war noch gar nicht offiziell im Amt, da demonstrierten bereits die in Frankreich traditionell mächtigen Gewerkschaften gegen seine Reformvorhaben.

„Kein Präsident kann in Frankreich gleichzeitig einen Sparkurs verordnen und populär bleiben", schreibt die „FAZ". Die Ankündigung der Regierung, das Wohngeld für Studenten und sozial Schwache um fünf Euro im Monat zu kürzen, gelte bereits als ein Signal für die bevorstehenden Daumenschrauben. Geplant sei auch eine Reform der staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für schwer vermittelbare Arbeitslose. Zudem hat Macron auch angekündigt, die Pensionsleistungen für Beamte reformieren zu wollen. Und auch das Wahlrecht möchte er reformieren. Die Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen war gering, die an den darauffolgenden Parlamentswahlen katastrophal. Dies liegt auch daran, dass sich zahlreiche Franzosen nicht repräsentiert fühlen.

Aufgrund des Mehrheitswahlrechts erhält der Front National in aller Regel nur eine Handvoll Sitze, obwohl er über ein Stammwählerpotenzial von mehreren Millionen verfügt. Macron hatte angekündigt, alle Franzosen mitnehmen zu wollen. Doch die Konservativen sperren sich dagegen, und auch in seiner Mitte-Links-Bewegung „En Marche" gibt es Murren. Die Tageszeitung „Le Monde" sieht Macron bereits am Scheideweg: „Wenn er seine eigenen Leute nicht überzeugen kann, wird es keine erfolgreiche Präsidentschaft werden." *P.E.*

Neue Wege nach Europa

Schwarzes Meer als Zuwandererroute – Rumänien schottet sich ab

Das umstrittene Flüchtlingsabkommen mit der Türkei hat in West- und Mitteleuropa zu einem vorrübergehenden Rückgang der Immigrantenzahlen gesorgt. Die einstige „Balkanroute" über Griechenland, Bulgarien oder Mazedonien sowie Serbien und Ungarn nach Westeuropa wird derzeit kaum noch genutzt. Stacheldraht, Zäune und Kontrollen an den Grenzen zu Mazedonien schrecken Flüchtlinge ab.

Doch ausgestanden ist die Krise mitnichten, organisierte Schleuserbanden haben neue Wege gefunden. „Immer mehr illegale Migranten", zitierte das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" rumänische Medien. Die Zahl der im Land aufgegriffenen Flüchtlinge habe sich dieses Jahr im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht. Mehrmals in den letzten Wochen seien auf rumänischen Straßen Lastwagen voller Flüchtlinge gestoppt worden. Kürzlich entdeckte die rumänische Küstenwache im Schwarzen Meer ein Flüchtlingsboot mit 69 Menschen an Bord, das offenbar aus der Türkei kam. Die rumänische Zeitung „Evenimentul zilei" erklärte das Schwarze Meer schon zur „neuen Ägäis für Flüchtlinge".

Rumänien, das aktiv in der europäischen Grenzschutzmission Frontex eingebunden ist, hat bisher lediglich 710 Zuwanderer aufgenommen, die meisten aus Syrien, Irak und Jemen. Bereits vor einem Jahr hatte Präsident Klaus Johannis in einem Interview mit der Deutschen Welle erklärt, Rumänien wolle eine bestimmte Anzahl Flüchtlinge aufnehmen, würde seine Grenzen aber gegen illegale Einwanderer schützen: „Es gab Versuche von Flüchtlingsgruppen, von Serbien nach Rumänien zu kommen und von da weiterzuziehen, aber wir haben das verhindern können. Genauso

> Das Schwarze Meer ist die »neue Ägäis für Flüchtlinge«

werden wir es verhindern, falls jemand über das Schwarze Meer nach Rumänien kommen wollte", sagte Johannis. Er hielt es für unwahrscheinlich, dass Menschen versuchen würden, über das Schwarze Meer einzureisen, weil es „viel schwieriger zugängig ist als zum Beispiel das Mittelmeer."

Dies könnte eine folgenschwere Fehleinschätzung gewesen sein. Auf dem Höhepunkt der Einwanderungskrise auf der Balkan-Route im Jahr 2015 hatte Rumänien zwar die Verteilung von Flüchtlingen in EU-Staaten nach verpflichtenden Quoten abgelehnt, zugleich aber die „freiwillige" Aufnahme von 1785 Zuwanderern zugesagt. Anders als Ungarn und die Slowakei hat Rumänien nicht gegen die Flüchtlingsquote geklagt. Nun will das Land maximal 2000 Personen aufnehmen.

Gegen einen Immigranten-Ansturm will man sich allerdings wehren und steht dabei in Kontakt mit dem Nachbarn Bulgarien. Denn sollte das Schwarze Meer tatsächlich zur neuen Schleuserroute werden, steht auch die bulgarische Küste im Blickpunkt. Die Regierung in Sofia hat bereits konkrete Maßnahmen unternommen. Ein Stacheldrahtzaun riegelt den Grenzabschnitt zur Türkei fast vollständig ab, zudem erklärte die Regierung, dass rund 600 Soldaten, Spezialkampftruppen und Drohnen zum Einsatz an den Grenzen kommen sollen.

Bulgariens Verteidigungsminister Krassimir Karakatschanow schlug in der Zeitung „Die Welt" harte Töne an. Mit „hoch spezialisierten Kampftruppen" seien die Grenzen zu sichern, und er forderte, bewaffnete Soldaten gleich an allen EU-Außengrenzen zu postieren. „Wir können nicht zulassen, dass weiterhin illegale Migranten massenweise nach Europa kommen", sagte er. *Peter Entinger*

Es mangelt nicht nur an Fähigkeiten

Viele Asylsucher wollen gar nicht arbeiten, sondern suchen Alimentierung

Im Sommer 2016 hat der Bund mit viel Geld den Weg für kommunale Integrationsvorhaben von Asylbewerbern frei gemacht. Nach rund einem Jahr stellt die Stadt Leipzig nun ein Beschäftigungsprojekt bereits wieder ein.

In Zusammenarbeit mit einem kommunalen Eigenbetrieb wollte Leipzig 100 Immigranten in das Projekt „Saubere Stadt“ einbeziehen. Für ein halbes Jahr sollten Asylbewerber in Parks und in den Straßen Leipzigs Abfälle sammeln, parallel vorgesehen waren Angebote zum Deutschlernen und zur beruflichen Integration. Laut der zuständigen Sozialamtsleiterin ist nun aber schon nach weniger als einem Jahr absehbar, dass das Integrationsangebot bald ausläuft.

Das Sozialamt hat dem Projekt zwischen vergangenem Dezember und diesem Juni insgesamt 395 Personen zugewiesen. Begonnen haben die Maßnahme aber nur 112, also weniger als ein Drittel der Zugewiesenen. Hierfür gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Ein Teil der Zugewiesenen erfüllte offenbar gar nicht die notwendigen Bedingungen, fiel bereits in den Zuständigkeitsbereich der Jobcenter oder war schon in anderen Programmen untergebracht.

Der Leipziger Fall lässt daher vermuten, dass sich der Kontrollverlust und die Überlastung der Behörden, die im Zuge der „Flüchtlingswelle“ zu beobachten waren, mittlerweile als Dauerzustand etabliert haben. Es bleibt allerdings eine beachtliche Zahl von Asylbewerbern übrig, die dem Projekt aus nicht nachvollziehbaren Gründen ferngeblieben ist. Unter Überschriften wie „Flüchtlinge schwänzen Arbeitsprojekt“ hat der Abbruch des Beschäftigungsprojekts mittlerweile sogar bundesweit für Aufsehen gesorgt.

Sollte der Leipziger Fall auch nur einigermaßen die gesamtdeutsche Lage widerspiegeln, dann deutet sich ein weiteres massives Problem als Folge der Masseneinwanderung der letzten Jahre ab. Bereits das zunächst in Aussicht gestellte Jobwunder durch den erhofften Zustrom von Fachkräften hat sich als realitätsfernes Wunschdenken herausgestellt. Nun deutet sich sogar an, dass ein nicht unerheblicher Teil der Asylbewerber offenbar nicht einmal über staatliche Beschäftigungsprogramme aktivierbar ist.

> Leipziger Arbeitsprojekt steht vor dem Aus, da weniger als ein Drittel der vom Sozialamt zugewiesenen Asylsucher erschien

Grundlage des vor dem Aus stehenden Leipziger Projekts ist das Arbeitsmarktprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahme“ (FIM), das die Große Koalition bereits im Sommer 2016 beschlossen hatte. Mit dem Programm sollen über Bundesmittel 100 000 sogenannte Ein-Euro-Jobs für Personen mit guter Bleibeperspektive geschaffen werden. Zum Teil sollen dabei Asylbewerber zu Arbeiten in ihren Unterkünften, etwa zu Reinigungsarbeiten, herangezogen werden. Die Gesamtintention des FIM-Programms ist allerdings durchaus kritisch zu sehen.

Die Bemühungen zur Integration in den deutschen Arbeitsmarkt sollen nämlich anlaufen, bevor überhaupt ein rechtskräftiger Asylentscheid vorliegt. Ähnliches ist auch bei den Integrationskursen für Asylbewerber zu beobachten, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) finanziert. Der Bund lässt sich diese Vorhaben mehrere hundert Millionen Euro kosten.



Für viele Asylsucher offenkundig nicht ihr Ding: Gemeinnützige Arbeit Bild: Imago

Naheliegend ist die Frage, ob diese Mittel nicht sinnvoller angelegt wären, die Asylverfahren schneller zum Abschluss zu bringen, um sich auf die anerkannten Asylanten konzentrieren zu können. Auch anderswo fehlen diese Mittel. So plant der Bundesinnenminister Thomas de Maizière, bei der Bundesagentur für Arbeit massiv Personal abzubauen.

Auch Deutschlands Verwaltungsgerichtsbarkeit steht angesichts einer Flut von 250 000 Asylklagen vor dem Kollaps und müsste durch die Länder dringend besser ausgestattet werden.

Anstatt hier Abhilfe zu schaffen, verfestigt sich mit Vorhaben wie den Integrationskursen und den FIM-Projekten der Eindruck, dass letztendlich allen Asylbewerbern eine Bleibeperspektive eröffnet werden soll, unabhängig davon, wie berechtigt sich am Ende der Asylantrag herausstellt.

In dieses Bild passt, dass im August vergangenen Jahres in einem Großteil Deutschlands die sogenannte Vorrangprüfung für die Dauer von drei Jahren ausgesetzt wurde. Der Sinn dieser Prüfung war es, Lohndumping zu verhindern und Langzeitarbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt eine Chance zu geben, indem vorrangig Deutsche und EU-Bürger bei freien Stellen berücksichtigt werden.

Der Journalist Ferdinand Knauß hat unlängst in der „Wirtschaftswoche“ kritisch darauf aufmerksam gemacht, dass auf der Internetpräsenz des Bundesarbeitsministeriums im Zusammenhang mit der Aussetzung der Vorrangprüfung nun davon die Rede ist, „Flüchtlingen mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung die Arbeitsaufnahme zu erleichtern.“ Zu Recht merkt Knauß dabei an, dass der Begriff „Flüchtling“ damit so weit gedehnt wurde, dass mittlerweile auch Personen mit abgelehntem Asylantrag oder nichtzuerkanntem Flüchtlingsstatus darunter fallen. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Berlusconi will »Neue Lira«

Rom – Silvio Berlusconi, Chef der italienischen Partei „Forza Italia“, hat laut der Zeitung „Il Giornale“ die Möglichkeit ins Spiel gebracht, dass sein Land eine nationale Parallelwährung zum Euro auf den Markt bringt. Laut dem früheren Ministerpräsidenten von Italien solle das Geld „Neue Lira“ heißen. Italien kann seine Wettbewerbsfähigkeit unter den Bedingungen der Gemeinschaftswährung kaum aufrechterhalten. Da die Möglichkeit verbaut ist, Ausfuhren durch die Abwertung des eigenen Geldes zu befeuern, trudelt das Land immer stärker in die Krise. Experten halten einen Ausstieg Roms aus dem Euro in naher Zukunft für möglich (die *PAZ* berichtete). *H.H.*

674 Tonnen Gold heimgeholt

Frankfurt/Main – Drei Jahre früher als geplant hat die Bundesbank den Transport von 300 Tonnen deutschem Gold von New York nach Frankfurt abgeschlossen, 374 wurden aus Paris nach Deutschland verbracht. Damit lagern von den 3378 Tonnen Gold 1710 in Frankfurt (50,6 Prozent), 1236 Tonnen in New York und 432 Tonnen in London. In Paris liegt nichts mehr. Weitere Heimholungen sind nicht geplant. *H.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.987.131.436.798 €
Vorwoche: 1.987.096.710.459 €

Verschuldung pro Kopf:
24.180 €
Vorwoche: 24.180 €

(Dienstag, 29. August 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Extrawurst bei den Einlagen

EU-Kommission will Frankreichs Banken wohl Rabatt gewähren

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Finanzexperte seiner Partei, Carsten Schneider, hat auf Bemühungen französischer Banken aufmerksam gemacht, eine Ausnahme bei der Ausstattung des nationalen Einlagensicherungsfonds eingeräumt zu bekommen. In einem Gastbeitrag für die österreichische Zeitung „Der Standard“ wies der SPD-Finanzexperte darauf hin, dass Banken aus Frankreich fordern, statt der Zielausstattung von 0,8 Prozent der gesetzlich garantierten Einlagen, lediglich 0,5 Prozent in den Einlagesicherungsfonds einzahlen zu müssen.

Laut Schneider wollen die Finanzinstitute dabei auf eine Ausnahmeregelung zurückgreifen, die bereits im Jahr 2013 auf Initiative Frankreichs geschaffen worden ist. Demzufolge kann die EU-Kommission eine Absenkung der Zielquote genehmigen, wenn das betreffende Land eine hohe Konzentration am Bankensektor aufweist. Tatsächlich bringen es die fünf größten Banken Frankreichs auf einen Marktanteil von insgesamt rund 85 Prozent.

Offenbar haben französische Behörden bereits einen entsprechenden Antrag in Brüssel eingereicht. Laut Schneider verdichten sich die Hinweise, dass die EU-Kommission dem Wunsch der Franzosen nachkommt.

Die Glaubwürdigkeit der EU-Bankenunion hat bereits durch Sonderregelungen für Italien gelitten. Im Fall der Bank Monte dei Paschi di Siena war erneut der Staat zu einer vorsorglichen Rekapitalisierung eingesprungen. Auch im Fall zweier angeschlagener venezianischer Banken wurden vor einigen Monaten erneut Steuergelder und staatliche Garantien verteilt. Sollte Brüssel nun auch Frankreich niedrigere Einzahlungen beim Einlagensicherungsfonds zugestehen, dann erhielten die französischen Großbanken einen massiven Wettbewerbsvorteil gegenüber der Konkurrenz aus anderen EU-Ländern.

> Nachlass von 0,3 Prozentpunkten beim Sicherungsfonds

Profitieren könnte auch der Standort Frankreich im Wettbewerb um Banken, die wegen des Brexits ihre Geschäfte aus London abziehen wollen. Im Ringen um die Brexit-„Beute“ ist man in Paris inzwischen offenbar auch bereit, die Finanztransaktionssteuer, ein lange verfolgtes Lieblingsprojekt französischer Politik, wieder fallen zu lassen. Bereits im Juli hatte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble bestätigt, dass Frankreich die Verhandlungen zu dieser Umsatzsteuer auf Börsentransaktionen erst einmal auf Eis legen will, um den weiteren Verlauf der Brexit-Verhandlungen abzuwarten. Nach jahrelangen Verhandlungen wollten Frankreich, Belgien, die Bundesrepublik, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, die Slowakei, Slowenien und Spanien eigentlich schon im Juni eine Finanztransaktionssteuer beschließen, die 2018 in Kraft treten sollte. Nach Einschätzung des europapolitischen Magazins „Euractiv“ will der französische Präsident nun allerdings alles vermeiden, was Frankreich als Finanzstandort unattraktiver macht.

Beim Buhlen um internationale Banken muss Paris – wie auch Frankfurt – die Konkurrenz von Luxemburg und Irland fürchten, die von vornherein erklärt haben, bei der Finanztransaktionssteuer nicht mitmachen zu wollen. Bereits im Jahr 2012 hatte der damalige Präsident Nicolas Sarkozy in Frankreich eine Börsensteuer eingeführt, die beim Handel mit französischen Aktien fällig wird. *N.H.*

Erfolgreiche Sanierung

Saudi-Arabien halbierte im ersten Halbjahr das Haushaltsdefizit

Das Haushaltsdefizit des größten Erdölproduzenten der Erde sank im ersten Halbjahr auf 72 Milliarden Rial (gut 16,3 Milliarden Euro) teilte das saudische Ministerium der Finanzen mit. 2016 hatte Riad noch für dieses Jahr ein Haushaltsdefizit von umgerechnet 45 Milliarden Euro eingeplant. Dieser Wert konnte nun wesentlich unterschritten werden. Zur Finanzierung des Defizits lieh sich Saudi-Arabien auf dem lokalen Markt und zum ersten Mal auf dem internationalen Markt 17,5 Milliarden US-Dollar.

Als Gründe werden „eine Verbesserung der Verwaltung der öffentlichen Finanzen und die Auswirkungen der Reformen im Rahmen der Vision 2030“ genannt. Das Programm „Vision 2030“ zielt darauf ab, die Wirtschaft des Landes zu diversifizieren und dadurch die Abhängigkeit vom Ölpreis zu reduzieren.

Die „Vision 2030“ ist ein umfassendes Wirtschaftsprogramm mit vielen Umstrukturierungen, das von dem neuen starken Mann Saudi-Arabiens, Kronprinz Mohammed ben Salman, ins Leben gerufen wurde. „Das Ziel der saudischen Regierung ist es, mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen“, sagte ein hoher Beamter des Finanzministeriums.

Die Stabilisierung der Ölpreise im Bereich von 40 bis 50 US-Dollar pro Barrel sei die zweite Voraussetzung der Haushaltskonsolidierung, erklärte der Sprecher.

Allerdings schlugen die militärischen Abenteuer des Königreichs gegen das Schiitentum vor allem im Jemen unter seinem neuen Kronprinzen auch wirtschaftlich zu Buche – und zwar negativ. Um schneller auf entsprechende Entwicklungen reagieren zu können, soll ab sofort nicht mehr halbjährlich, sondern vierteljährlich bei den öffentlichen Finanzen Bilanz gezogen werden. Dazu gehört auch eine Politik größerer Transparenz, der sich das Königreich unter seinem 30-jährigen Kronprinzen verschrieben hat.

> Stabilisierung des Ölpreises, Senkung der Sozialausgaben

Die Schlüsselmaßnahme der großen Wirtschaftsreform wird nach dem Muster des benachbarten Emirats Katar die Überführung von fünf Prozent des saudischen Ölriesen Aramco in einen Staatsfonds sein, der dann der größte der Welt sein wird.

Aufgrund riesiger finanzieller Reserven und einer rigorosen Sozialpolitik konnte die Lücke von knapp 100 Milliarden Dollar im Staatshaushalt des letzten Jahres relativ leicht weggesteckt werden. Die Regierung stoppte vor allem einige der an Gigantomanie grenzenden Bauvorhaben, was dazu führte, dass die größte saudische Baufirma Saudi Oger praktisch pleiteging. Auswirkungen auf die Sozialausgaben des Königreichs hatte diese Pleite kaum, denn Arbeitslosengeld gibt es im islamischen Königreich nach den Regeln der saudischen Wahhabiten nur für Angehörige der eigenen Nation, entlassene Arbeiter fremder Nationen haben keinen Anspruch auf Sozialleistungen.

Saudi Oger hatte vor allem ausländische Arbeiter aus Pakistan und Bangladesch in die Arbeitslosigkeit entlassen. Diesen bleibt jetzt nur eine Rückkehr in die Mittellosigkeit ihrer Herkunftsländer oder ins europäische Asylrecht, das soziale Sicherheit auch jenen bezahlt, die nie zuvor gearbeitet haben. Allerdings wurden in Saudi-Arabien auch erstmals Ministergehälter gesenkt und bislang unbekannte Steuern eingeführt. Seit rund 50 Jahren war das Wort „Steuer“ für die Saudis ein Fremdwort. *Bodo Bost*

Bürgerkriegsgefahr

Von Friedrich-Wilhelm Schlomann

Vor fünf Jahren kursierte eine vertrauliche CIA-Studie, die Unruhen bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Aufständen von Türken in Deutschland für nicht unwahrscheinlich erachtete. Damals lachte man in deutschen Politikerkreisen über dieses Papier, heute scheint man allmählich aufzuwachen – zumindest in einigen Bundesländern.

Bereits zu DDR-Zeiten erhielten türkische Gastarbeiter im westlichen Teil Deutschlands von einer Stelle in Leipzig zahlreiche Schriften, welche die Bundesregierung und generell die westliche Lebensart beschimpften. Nicht immer war das erfolglos, zumal die Empfänger sich in ihrer Mentalität oft schlechter behandelt fühlten als ihre italienischen oder spanischen Arbeitskollegen.

In der Bundesrepublik leben mehr als drei Millionen Menschen türkischer Herkunft, von denen rund die Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Gewiss werden manche ihren hiesigen Wohnort als ihre wahre Heimat ansehen, der größte Teil aber scheint den Parolen Erdogans zu folgen. Während der jüngsten Zeit hat die ohnehin massive Hasspropaganda Ankaras gegen Deutschland in ihrem Umfang durch die verschiedensten Medien und auch in ihrer Diktion stark zugenommen. Behauptungen, Merkel sei schlimmer als Hitler, sind inzwischen üblicher Jargon geworden. Dass etwa die „Süddeutsche Zeitung“ in einer ganzseitigen Anzeige diese Propaganda der türkischen Regierung übernahm, beweist, dass man vielerorts keinerlei Gespür für die aufkommenden Gefahren hat.

Hatte der türkische Geheimdienst MIT bisher versucht, von deutschen Stellen eingesetzte Dolmetscher für sich zu gewinnen, bemüht er sich neuerdings, den deutschen Verfassungsschutz durch Einschleusung entsprechender „Bewerber“ zu unterwandern. Der hessische Verfassungsschutz stellte unlängst eine türkische Polizistin als Sicherheitsrisiko dar, dennoch geschah von höherer Ebene – wieder einmal – nichts. Geleitet werden diese verschiedenen Infiltrations-Bemühungen primär durch die türkischen Konsulate in Frankfurt am Main und Mainz. Ende Juli sah sich der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, angesichts dieser Situation gezwungen, den türkischen Geheimdienst in Deutschland offen als „Gegner“ zu bezeichnen.

Sorgen bereitet Kennern ebenfalls, dass die Hasspropaganda Ankaras die aufgehetzten Türken zu größeren gewalttätigen Unruhen verführen könnte. Der erst kürzlich erschienene, überaus seriöse Verfassungsschutzbericht Österreichs sieht türkische Protestaktionen und aufstandsartige Auseinandersetzungen kommen. Dort heißt es, die Gefährdung des öffentlichen Lebens der Alpenrepublik sei „im gegenwärtigen Zeitpunkt als hoch einzuschätzen“.

Das mag für Deutschland heute und wohl auch für morgen noch nicht zutreffen. Dennoch sollten die verantwortlichen Stellen sich mit der Möglichkeit eines Aufstands von vielleicht 100 000 fanatischen Türken etwa im Ruhrgebiet und der Gegenmaßnahmen der zumeist unvorbereiteten Polizei auseinandersetzen.

Nach einer trotz aller Warnungen erfolgten Katastrophe wird bekanntlich niemand die Verantwortung übernehmen.

Die Wähler seien gewarnt

Von Hermann Paul Winter

Lange Zeit liebäugelte die CDU mit einer schwarz-gelben Koalition nach der Bundestagswahl im September. Seit Anfang August hat sich diese Option eher zerschlagen. Prompt warben Unionspolitiker für die Machtperspektive Schwarz-Gelb-Grün, die Jamaika-Koalition. Ein „spannendes Zukunftsprojekt“ sei sie für Deutschland, befand der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther (CDU). CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn sprach sich ebenfalls für ein Jamaika-Bündnis aus, falls es eine Mehrheit dafür gäbe.

Ungeachtet dessen, dass die Kanzlerin im Falle einer solchen Koalition kaum an die Grenzen ihrer peinlichen Anpassung an linke Ideologien gelangen würde, lassen die asylpolitischen Forderungen, welche die Grünen hierzu beisteuern würden, Schlimmes erahnen. Der Wähler muss gewarnt sein!

Das Wahlprogramm der Grünen gibt deren moralische Überheblichkeit wieder und die Absicht, die Bedingungen für die drei Schutzformen – Asylberechtigung, Flüchtlingsschutz und subsidiärer Schutz – zu demontieren.

> Was die Grünen in der Regierung anstellen würden

Den Asylsuchenden solle der Wechsel vom Asyl- ins Einwanderungsrecht ermöglicht werden. Menschen, die zu uns kommen, seien Menschen, die zu uns gehörten, manche kürzer, manche länger, manche für immer. Das verändere unsere Gesellschaft. Kulturen, Religionen, Lebensstile würden vielfältiger. Es werde eine Weiterentwicklung unserer Gesellschaft geben, die Vielfalt als Bereicherung begreift. Utopia lässt grüßen!

Deutschland benötige großzügige Aufnahmekontingente als klares und beruhigendes Signal an die Ankömmlinge, dass eine reale Chance auf Aufnahme besteht. Der Zugang zu den sozialen Sicherungssystemen müsse weiter geöffnet werden. Im Zusammenhang mit Straftaten wolle man Mythenbildung und Legenden vorbeugen. Natürlich habe der Rechtsstaat im Falle von Straftaten zu reagieren. Wer aber monate- oder jahrelang in Gemeinschaftsunterkünften warte, sei auf Dauer nur schwer „erreichbar“.

Die Formel „Wer kein Aufenthaltsrecht erhält, wird abgeschoben“ klinge verführerisch einfach, so die Grünen. Doch sie ließen außer Acht, dass es auch um Menschen gehe, die seit Jahren hier lebten. Gute Integration müsse ein Abschiebehindernis sein. Rückführungen sollten in der Regel freiwillig erfolgen. Überdies solle das Herkunftsland keine Rolle spielen, wenn es darum geht, ob Menschen eine Chance erhalten.

Für den Fall von Verhandlungen über eine Jamaika-Koalition dürfte sich die Sieben-Prozent-Partei harte Bedingungen zurechtlegen – nicht nur, um die Verhandlungspartner und unser Land auf der Grundlage ihrer wenigen Wählerstimmen zu dominieren, sondern auch, um sich von der Kanzlerin der politischen Beliebigkeit die Mehrheitsbeschaffung üppig honorieren zu lassen.



Koalition aus Union, FDP und Grünen: Kaum ein „spannendes Zukunftsprojekt“

Bild: action press

Frei gedacht



Mehr Immigranten in die Bundeswehr

Von Eva Herman

Was kennzeichnet eine sterbende Kultur? Richtig: Als erstes Zeichen kommt die demografische Krise: Sobald die Seele eines Volkes beschlossen hat auszusterben, sobald zu wenig Kinder geboren werden über Jahrzehnte, ist der Untergang eigentlich schon besiegelt. Ebenso die Kultur: Hat das Aufbauende den Zenit überschritten, ist auch die bloße Besitzstandswahrung der guten Errungenschaften schon vorüber, so geht es dem Ende entgegen, todsicher. Schließlich ist da noch das Militär, die irdische Überlegenheitszelle einer jeden Gesellschaft. Hat diese nicht mehr genügend freiwillige Verteidiger, die sich zum Schutze des eigenen Volkes selbst erklären, so dürfte die letzte Melodie der Volksseele angestimmt sein. Diese traurigen Töne zagen nun über unserem Land wie einst schon über Rom. Und nun plötzlich die brandaktuelle Nachricht: Die Bundeswehr hat wieder Zulauf.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

So meldete RP Online, die Internetseite der „Rheinischen Post“, Ende vergangenen Monats: Bewerberboom bei der Bundeswehr! Im ersten Halbjahr 2017 gebe es schon fast so viele Einstellungen bei der Bundeswehr wie im gesamten Vorjahr, so die Meldung. Das Verteidigungsministerium erwarte, dass die Bewerberzahl in den kommenden Monaten sogar noch deutlich über das Vorjahresniveau steigt. Ach, ja? Wie kommt denn diese plötzliche Wende nach Jahren endloser Öde und Vereinsamung? Man berichtete in diesem Zusammenhang weiter über ein höheres Bildungsniveau, was man damit erklärt, dass dies wohl vor allem mit der wachsenden Zahl der Abiturienten auf dem Arbeitsmarkt zu tun habe. Über die rasant wachsende Zahl von Immigranten wird in den Ausführungen hingegen so gut wie nichts gesagt. Diese Maßnahme allerdings wäre gerade in diesem speziellen Fall mehr als geboten.

Aber von vorne: Nachdem es jahrelang bergab gegangen war bei der Bundeswehr, nachdem sichere Strukturen, die zuverlässig für Ordnung und Sicherheit gesorgt hatten, zunehmend zerschlagen wurden, nachdem auch immer offensichtlicher der Nachwuchs fehlte, schlug letztes Jahr das Bundesverteidigungsministerium Alarm. Die Streitkräfte litten an akutem Personalmangel und suchten dringend neue Soldaten, hieß es. So arbeiteten im Juni 2016 rund 166 000 Berufs- und Zeitsoldaten in den deutschen Streitkräften – damit konstatierte man die kleinste Bundeswehr aller Zeiten. Auch bei den zivilen Beschäftigten habe es nicht viel besser ausgesehen, hieß es. Der Personalkörper sei überaltert, bis 2030 werde rund die Hälfte der heute aktiven Beamten und Angestellten in den Ruhestand wechseln, so „Welt Online“ letztes Jahr. Und so entschloss man sich kurzerhand zu einer neuen Personalstrategie, die recht ungewohnte Zielgruppen ins Visier nahm.

Eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums offenbarte neue Pläne Anfang Juli 2016. Sie sagte anlässlich der veröffentlichten Zahl von 26 Prozent Immigrantenanteil in der Bundeswehr wörtlich: „Die Bundeswehr braucht motivierte und qualifizierte Mitarbeiter. Die Integration aller Menschen ist wichtig für uns. Dabei kommt es uns nicht auf die Herkunft an.“ Ein vertrauliches Papier, das im Auftrag von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vorgelegt wurde, trug den Titel „Strategieprogramm 2025“. Hierin geht es um „Menschen über dem 30. Lebensjahr als Anwärter der militärischen Laufbahnen“. Und es geht um Bewerber, „die bisher wegen fehlender formaler Voraussetzungen nicht unmittelbar in ein Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis integriert werden konnten“. Vor allem sollten Möglichkeiten „der Öffnung für EU-Staatsbürger als Soldaten“ geprüft werden. Im Klartext, so der Bericht: „Die Bundeswehr will künftig auch Quereinsteiger, Schulabbrecher ohne Hauptschulabschluss und Ausländer aus der Europäischen Union aufnehmen“.

Das ganze Projekt stand augenscheinlich unter erheblichem Zeitdruck, alles wurde in Windeseile umgesetzt. So wurde bereits im Frühjahr 2017 erörtert, welche Gesetze, Vorschriften und Erlasse hierfür geändert werden müssten. Große, öffentliche Diskussionen zum Thema waren selten, hätten sie doch nur störende Auslöser mit sich geführt. Das wollte man offenbar vermeiden. Intern waren bereits entschiedene Gegenstimmen laut geworden. So wird der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberstleutnant André Wüstner, zitiert. Bei aller Offenheit für neue Konzepte sei Soldat kein Beruf wie jeder andere: „Gerade die soldatische Identität hat eine enorme nationale Ausprägung – trotz europäischen Wertesystems.“ Ein vorsichtiger Hinweis auf die Problematik, wie integer, wie loyal Immigranten innerhalb der deutschen Bundeswehr gegenüber dem deutschen Volk tatsächlich wirken können.

So heißt es denn auch in Paragraf 7 des Soldatengesetzes: „Der Soldat hat die Pflicht, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.“ Voraussetzung für dieses besondere Treueverhältnis von Staat und Soldat ist laut Paragraf 37 die deutsche Staatsbürgerschaft. Nur in Einzelfällen, so das Gesetz, kann das Verteidigungsministerium Ausnahmen zulassen und Berufs- und Zeitsoldaten ohne deutschen Pass einstellen – „wenn dafür ein dienstliches Bedürfnis besteht“. In Paragraf 8 heißt es weiter: „Der Soldat muss die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes anerkennen und durch sein gesamtes Verhalten für ihre Erhaltung eintreten.“ Wäre da schließlich noch Paragraph 12 zum Thema Kameradschaft: „Der Zusammenhalt der Bundeswehr beruht wesentlich auf Kameradschaft. Sie verpflichtet alle Soldaten, die Würde, die Ehre und die Rechte des Kameraden zu achten und ihm in Not und Gefahr beizustehen. Das schließt gegenseitige Anerkennung, Rücksicht und Achtung fremder Anschauungen ein.“

> **Die Autorin**: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Wie hoch der Anteil moslemischer Soldaten bei der Bundeswehr ist, lässt sich derzeit nicht genau sagen, denn niemand muss seine Religionszugehörigkeit angeben. Doch es dürften mehrere Tausend sein. Mindestens 1600 Moslems hätten noch letztes Jahr in Uniform gedient, hieß es offiziell. Um zu erkennen, dass der plötzlich rasante Zuwachs beim Bund jedoch etwas mit dem Zuzug von Millionen muslimischer Immigranten und den neuen Gesetzesänderungen zu tun haben dürfte, dafür braucht man wohl kein Abitur.

Im November 2016 sorgte sich der politisch korrekte „Tagesspiegel“ unter dieser Überschrift um Deutschlands Sicherheit: „Muslime in der Bundeswehr – Kameraden oder Islamisten?“ Anlass war eine Meldung des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) über 60 islamistische Verdachtsfälle in der Bundeswehr, inzwischen spricht man auch hier von mehreren Hundert. So sagte MAD-Präsident Christof Gramm: „Wir sehen das Risiko, dass die Bundeswehr als Ausbildungscamp für gewaltbereite Islamisten missbraucht werden kann.“ Im Zusammenhang mit Terroranschlägen sagte Gramm weiter: „Was ist, wenn ein in der Bundeswehr ausgebildeter Islamist so etwas macht und wir haben nichts gemerkt?“

Der Tenor der allgemeinen Sorge bei Geheimdiensten wie auch im Innenministerium lautet also: Die Bundeswehr darf nicht zum Ausbildungscamp für Islamisten werden. Hunderte sind bereits da. Wer so manche ernstgemeinten Ausrufe extremistischer Muslime über Deutschlands Zukunft auf sich wirken lässt, dem kann ein leichtes Schwanen über das kommen, was uns künftig erwarten könnte.

Habemus Papam

Ein Teil von Mannheim ist Papst – Ausstellung zeigt Macht und Einfluss der frühen Kirchenväter

Gelobet sei Mannheim: Im Zeughaus der Reiss-Engelhorn-Museen ist mit „Die Päpste und die Einheit der lateinischen Welt“ die weltweit erste Schau über das Papsttum zu sehen.

Das Papsttum ist eine der ältesten bestehenden Institutionen. Bevor sich Protestanten und Katholiken voneinander absetzten, lenkten allein die Päpste die geistlichen Geschicke der lateinischen, also westlichen Christenheit. Aber wie ist das Papsttum entstanden? Welche Höhen und Tiefen hat es vor der Ausbreitung der Reformation durchlebt? Im Mannheimer Museum Zeughaus erzählen rund 330 erlesene Dokumente und Objekte von den ersten 1500 Jahren des Papsttums. Weit über 200 Heilige Väter und Gegenpäpste amtierten in dieser Zeit. Die niemals unterbrochene Abfolge reicht von Petrus bis Clemens VII., der von 1523 bis 1534 Papst war.

Der Evangelist Matthäus berichtet, Jesus habe seinem Jünger Simon Petrus eine besondere Verantwortung übertragen: „Du bist Petrus (der Fels), und auf diesem Felsen werde ich meine Kirche errichten.“ Die Apostelfürsten Petrus und Paulus erlitten 64 oder um 67 unter Kaiser Nero in Rom den Märtyrertod. Als Beleg dafür gilt eines der zentralen Dokumente des frühen Christentums: der „Erste Clemensbrief“. Gezeigt wird die älteste überlieferte Abschrift des Briefes, die im 4. Jahrhundert in koptischer Sprache verfasst wurde. Die Urschrift wird dem römischen Bischof Clemens I. zugeschrieben, der vermutlich von 92 bis 101 amtierte.

Wegen des Martyriums der beiden Apostel in Rom beansprucht die römische Gemeinde den Vorrang gegenüber allen anderen Kirchen. Der römische Bischof wird seit dem 4. Jahrhundert auch „Papst“ (Vater) genannt. Das Papsttum fußt darauf, dass sich jeder Heilige Vater als Erbe der von Christus auf Petrus übertragenen Aufgaben betrachtet. Daraus leitete der 366 bis 384 amtierende Damasus den Vorrang des Papstes gegenüber allen anderen Bischöfen ab.

Eindrucksvolle Objekte veranschaulichen die frühe Verehrung von Petrus und Paulus. Das Fragment eines Sarkophags (4. Jh.) zeigt links die Gefangennahme des Paulus, während rechts Jesus die Himmelsschlüssel an Petrus übergibt. Die Elfenbeinschnitzerei eines Reliquienkästchens (um 450) zeigt die früheste Darstellung des Grabdenkmals Petri. Über ihm ließ Kaiser Konstantin, der 306 bis 337 herrschte, die alte Peterskirche errichten. Diese ersetzten die Päpste im 16. Jahrhundert durch den Bau der heutigen Peterskirche.

Auf den 492 bis 496 amtierenden Gelasius I. geht der päpstliche Anspruch auf den Vorrang gegenüber Kaisern und Königen zurück. Doch zunächst sah die Realität anders aus. Der Papst war vom Kaiser abhängig. Wiederholt suchte der sich sogar seinen Heiligen Vater selbst aus. So setzte Heinrich III. anno 1046 drei streitende Päpste ab und bestimmte den Bamberger Bischof Suidger zum neuen Heiligen Vater, der den Namen Clemens II. annahm. Sein Papstgrab im Bamberger Dom ist das einzige nördlich der Alpen. Mannheim zeigt die Nachbildungen des Sarkophags und der zugehörigen Clemensskulptur sowie originale Funde aus dem Clemensgrab, darunter die kniehohen Pontifikalstrümpfe aus Seide und Haare des Papstes.

Radikal formulierte Gregor VII. anno 1075 in seinen als „Dictatus Papae“ berühmt gewordenen 27 Sätzen den Vorrang des Papstes in Kirche und Welt. Sie sind in einer Abschrift (12. Jh.) ausgestellt. Da heißt es über den Papst, „dass sein Urteil von niemandem widerrufen werden darf und er selbst als einziger die Urteile aller aufheben kann; dass er von niemandem gerichtet werden darf; dass es ihm erlaubt ist, Kaiser abzusetzen“. Seinem „Dictatus Papae“ ließ Gregor Taten folgen: Er setzte 1076 König Heinrich IV. ab, der daraufhin den Gang nach Canossa antrat, um sich dem Papst zu unterwerfen.

Im 13. Jahrhundert trieben die Päpste ihre Macht und Selbstherrlichkeit auf die Spitze. Bildnisse präsentieren uns die wichtigsten Persönlichkeiten. Ein Fragment des Apsismosaiks aus der alten Peterskirche zeigt den 1198 bis 1216 amtierenden Innocenz III. Bei seinem Amtsantritt predigte er, der Papst sei zwar geringer als Gott, aber größer als jeder Mensch. Auch der 1294 bis 1303 amtierende Bonifaz VIII. propagierte aus eigenem Machtwillen die Oberhoheit des Papsttums: „Was immer an Ämtern, Auszeichnungen, Würden und Ansehen das Römische Kaiserreich oder Königreich innehat, fließt aus seiner Gnade, seinem Wohlwollen und seiner Erlaubnis.“

Die um 1300 geschaffene älteste Papstbüste überhaupt stellt uns Bonifaz vor. Er trägt die „Tiara“ genannte spitze Kopfbedeckung mit den drei Kronreifen. Sie ist erst unter ihm als Würdezeichen der Päpste bezeugt. Die nach Jesu Vorbild vor der Brust im Segensgestus erhobene Rechte ist eine Neuerung in der päpstlichen Darstellung. Ebenso die von Petrus übernommenen Schlüssel zum Himmelreich, die Bonifaz in der Linken hält.

Bald nach dem Tod von Bonifaz setzte der Niedergang des Papsttums ein. Die Päpste begaben sich ins Exil nach Avignon und waren vom Wohlwollen des französischen Königs abhängig. Dann zog das Große Abendländische Schisma herauf: Drei Nachfolger Petri amtierten gleichzeitig. Abhilfe brachte das Konstanzer Konzil (1414–1418). Die Konzilsväter wählten Martin V. zum allgemein anerkannten Papst.

Unter den Päpsten florierte die Kunst

Stefan Weinfurter, Leiter des Ausstellungsprojekts, berichtet: „Das nun folgende Jahrhundert war bestimmt von den Bemühungen der Päpste, die alte Ordnung und die territorialen und materiellen Grundlagen des Kirchenstaats wiederherzustellen.“ Die alte Macht erreichten die Päpste zwar nie wieder. Aber dank ihrer Förderung stieg Rom mit Künstlern wie Raffael und Michelangelo zum Mittelpunkt der Künste auf. *Veit-Mario Thiede*

Bis 31. Oktober in den Reiss-Engelhorn-Museen, Museum Zeughaus, C5, Mannheim, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 11 bis 18 Uhr. Eintritt: 15,50 Euro. Telefon (0621) 2933771, Internet: www.paepste2017.de. Der Katalog aus dem Verlag Schnell & Steiner kostet im Museum 29,95 Euro, im Buchhandel 39,95 Euro



Bild: Galleria Nazionali di Arte Antica di Roma, Palazzo Barberini

Papst-Verherrlichung durch Renaissancemaler Raffael: Leo X. mit den Kardinälen Giuliano de' Medici und Innocenzo Cybo

Grantelnde Migranten

Die bunte Multikulti-Welt ist längst im Kino angekommen. Das liegt auch daran, dass jetzt eine Generation von Zuwanderer-Kindern in der Branche ihr Brot verdient. Das geht manchmal gut wie bei dem libanesisch-stämmigen schwedischen Schauspieler und Regisseur Fares Fares, der 2003 mit „Kops“ einen internationalen Komödienerfolg einfuhr. In Deutschland wurde 2013 der Münchener Schauspieler mit tunesischen Wurzeln, Elyas M'Barek, mit „Fuck ju Göthe“ auf einen Schlag bekannt. Und aus Österreich kommt jetzt eine Komödie, mit welcher der iranisch-stämmige österreichische Regisseur Arash T. Riahi erst etwas gegen den Strom politisch korrekter Erwartung schwimmt, um am Ende doch voll in der Sympathiewelle für fremde Kulturen zu baden.

Die Migrantigen nennt Riahi seinen Film, der am 7. September in den Kinos startet, wobei das Wortspiel mehr verspricht als es hält. Die zwei Freunde Benny (Faris Rahoma) und Marko (Aleksandar Petrovic), die sich für eine TV-Doku als Migranten aus einem Wiener Problembezirk ausgeben, sind keine mürrischen Grantler. Ihr Schmäh, mit dem sie die Doku-Regisseurin (Doris Schretzmayer) an der Nase herumführen, in der Hoffnung, durch erfundene Zuwanderer-Klischees etwas Geld zu machen, hält sich in Grenzen. Nachdem sie mit ihren Räuberpistolen einen Wiener Problembezirk aufgemischt haben, endet alles wieder in der üblichen völkerumgreifenden Umarmung. *tws*



Bild: Camino

Beste Kumpel im Ausländerghetto: Benny (l.) und Marko

Geschminkte Schlagzeilen

Neue ZDF-Serie: Als der Feminismus an der Redaktionstür ankam

Der Vorspann gibt die Richtung vor: Ein Lippenstift fliegt wie ein Torpedo durchs Bild, bohrt sich tief in eine dicke Zigarre, die in 1000 Teile zerbröselt. Frauenpower gegen Altherren-Mief, so sieht es aus, wenn das ZDF anno 2017 den Journalismus der 70er Jahre angreift. Wer tief ins Fernsehmuseum steigt und nach Vorgängerinnen sucht, trifft dort auf Marianne Koch, die 1970 in „Die Journalistin“ noch kleinen menschlichen Geschichten auf der Spur war – Journalismus fürs Herz, die Aufbruchstimmung jener Jahre blieb außen vor.

1989 recherchierte Renan Demirkan als Azade Celik immerhin schon ziemlich knallhart in „Reporter“. Nun also die sechsteilige Serie „Zarah“ (ab 7. September, jeweils 21 Uhr, ZDF): Eine rothaarige Feministin, die sich mit kritischen Artikeln einen Namen gemacht hat, erstürmt in ziemlich kurzen Hosen, den Hot Pants, die Männer-Bastion der Zeitschrift „Relevant“ und haut ihre provokanten Texte in eine Schreibmaschine. Facebook gab es noch nicht. Und in Archiven wurde noch mit Zeitungspapieren geraschelt. Kann das funktionieren?

Das Autoren-Ehepaar Eva und Volker A. Zahn verwertet alle Themen, die in den 70er Jahren relevant waren. Abtreibung, Machotum, die aufkommende RAF, häusliche Gewalt, das Schweigen in vielen Familien und mittendrin die bisexuelle Zarah Wolf, die die selbstgefällige Männerphalanx aufmischt wie eine Sturmhaubitze. Wer die Abläufe in Redaktionen kennt, hält die Luft an, wenn Zarah mal eben die Druckmaschinen stoppen lässt, um hinter dem Rücken des Chefredakteurs ein Titelbild auszutauschen. Hunderttausende kostet so ein Knüller – und wahrscheinlich auch den Kopf des Redakteurs.

Natürlich ging es auch in den 70er Jahren nicht zu wie bei „Zarah“, aber es hätte so sein können. Das Tableau einer Redaktion, in der die Chefsekretärin im engen Etuikleid ihren Chef verteidigt als sei er Gottvater persönlich, ist allemal unterhaltsam. Und Politik-Redakteure, die ein Barzel-Zitat ungleich wichtiger finden als eine Reportage über häusliche Gewalt, sind heute noch realistisch. „Heldenreise“ nennt sich der Drehbuch-Trick, eine Protagonistin gegen allerlei Widerstände zum Erfolg zu schicken. Manchmal wird auf Zarahs Marsch durch die Instanzen dick aufgetragen, wenn etwa die Heldin in der feministischen Ursuppe herumrudert, manchmal wünschte man sich unter all den Machos auch ein paar nette Männer, einfach so wegen der Quote.

Und öfter wirkt der schneidige Ehrgeiz der Karrierefrau so knallhart und aufgesetzt, dass man jegliche Vorschuss-Sympathien zurückziehen möchte. Diese Frau ist kein Goldfisch im Haifisch-Becken, die kann selber beißen. Trotzdem unterhält die Serie und wirft ein Schlaglicht darauf, was in den letzten 45 Jahren erreicht wurde. Alice Schwarzer, Wibke Bruhns und wie die Frauen der ersten Stunde hießen, könnten beruhigt einschalten. Schon wegen der Quote. *Anne Martin*



Bild: ZDF/Georges Pauly

Eisenhart: Reporterin Zarah Wolf (Claudia Eisinger)

Mauer-Singvögel

Großes Straßenmusikfest an den Resten des Berliner Grenzwalls

Sie ist 1,3 Kilometer lang und war einst Teil der Grenze zwischen Ost- und West-Berlin – die East-Side-Gallery zwischen Oberbaumbrücke und Ostbahnhof. Heute ist die ehemalige Hinterlandmauer mit ihren rund 100 großformatigen Bildern ein beliebter Anziehungspunkt für Touristen aus aller Welt. Und das Areal hinter der Mauer, wo einst Grenzsoldaten mit Hunden patrouillierten, ist zu einer der größten und schönsten Freilicht-Partyplätze der Stadt geworden. Hier liegt man mit Blick auf die Spree im Liegestuhl, tanzt und feiert – so auch am 2. und 3. September bei den East-Side-Music-Days. Es ist inzwischen Berlins größtes Festival für Straßenmusik, wo sich für lau mögliche Stars von morgen präsentieren.

Schöner kann ein Spätsommerwochenende in Berlin kaum sein: Entlang der Spree zwischen dem modernen East-Side-Park und der historischen Oberbaumbrücke, die die Berliner Stadtbezirke Friedrichshain und Kreuzberg verbindet, treten rund 80 internationale und hochkarätige Straßenmusiker auf. Sie kommen aus Deutschland und Europa, aus Afrika und Mexiko. So vielfältig die Künstler, so bunt ist der Sommercocktail ihrer Musik. Das Genre reicht von Jazz und Soul über Rock 'n' Roll und Hip-Hop bis hin zu Folk, Elektropop, Indierock und Swing.

Alle Auftritte der Musiker auf den insgesamt acht Bühnen sind für das Publikum kostenlos und bieten echte Straßenmusik-Atmosphäre. Das heißt, die Künstler spielen mit Ausnahme der Hauptbühne am Bootsanleger an der Mercedes-Benz-Arena ohne aufwendige Technik und Strom und begegnen ihren Zuhörern auf Augenhöhe. Auch in diesem Jahr gibt es die traditionelle Aftershow Party im Kreuzberger Fluxbau. Am Sonnabend spielen dort ab 22.30 Uhr bei freiem Eintritt die Berliner Duo-Bands Nosoyo und Prada Meinhoff.

So skurril und exotisch die Veranstaltung, so extravagant ist auch das Rahmenangebot. Die Gastronomen etwa tischen neben Berliner Currywurst auch belgische Pommes, Allgäuer Kässpatzen, uruguayischen Empanadas, veganen Gyros, rohen Keksteig aus Prenzlauer Berg und anderes auf.

Die East Side Music Days werden bereits zum dritten Mal die Berliner aller Altersgruppen verzaubern. In den vergangenen beiden Jahren zog es jeweils rund 40 000 Gäste ans Spreeufer zwischen Kreuzberg und Friedrichshain. Michael Hapka, Veranstalter der East-Side-Music-Days zeigt sich glücklich, ein so einzigartiges Festival in der Berliner Musik- und Festivallandschaft etabliert zu haben. „Der Kiez entlang des Spreeufers lebt von seiner Kreativität, und Straßenmusik ist quasi omnipräsent. Unser Festival bringt genau diese Vielfalt an einem Wochenende zusammen und wird auch in diesem Jahr das Publikum mit zahlreichen phantastischen Musiknummern und der entspannten Atmosphäre begeistern.“ *Barbara Eising*

Mehr Informationen: www.eastsidemusicdays.com

Bild: Ansicht Entertainment Group

Heiße Rhythmen an der Mauer des Kalten Krieges

Aktion »Big Raushole« scheiterte

Mit der Entführung von Hanns Martin Schleyer wollte die Rote Armee Fraktion den Staat erpressen

44 Tage der Lähmung. Des wirren Aktionismus. 44 Tage der Ohnmacht und Angst im Herbst des Jahres 1977. Sie begannen vor 40 Jahren am Morgen des 5. September mit der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, spitzten sich dramatisch mit der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut" zu und endeten mit der Ermordung Schleyers am 18. Oktober 1977.

Das Losungswort für die Aktion „Big Raushole" war der Titel eines Schlagers: „Mendocino". Für die Entführer, Peter-Jürgen Boock, Sieglinde Hofmann, Willy Peter Stoll und Stefan Wisniewski war es das Zeichen, dass Hanns Martin Schleyer sein Büro in Köln verlassen hatte und sich auf dem Weg in seine Dienstwohnung befand. Die Entführer warteten am späten Nachmittag des 5. September in einem Café. Als die Losung telefonisch genannt wurde, bauten sie die Falle auf. In die fuhren der Mercedes des Arbeitgeberpräsidenten, gesteuert durch dessen Fahrer Heinz Marcisz, und der Wagen mit den Personenschützern, den Polizeibeamten Reinhold Brändle, Helmut Ulmer und Roland Pieler.

Kurz vor Schleyers Wohnung musste der Fahrer scharf bremsen – auf der Straße stand ein Kinderwagen. Daneben ein rückwärts auf die Straße gefahrener Mercedes. Schleyers Wagen stoppte, der Polizeiwagen fuhr auf. Das Kommando der Rote Armee Fraktion (RAF) eröffnete das Feuer. Fahrer Heinz Marcisz und die Personenschützer starben im Kugelhagel, Hanns Martin Schleyer wurde entführt.

Bei der unmittelbar darauf ausgelösten Fahndung war man sich sicher, das Versteck der Entführer bald ausfindig zu machen. Tatsächlich wurde der VW-Bus, in dem Schleyer abtransportiert worden war, bereits am nächsten Tag in einer Tiefgarage gefunden. Die zu dem Stellplatz gehörende Wohnung allerdings war leer. In dem Bus fand sich ein Zettel, auf dem ein RAF-Kommando erklärte, Schleyer entführt zu haben. Es verschleppte sein Opfer in eine Wohnung des Kölner Hochhauses Zum Renngraben 8.

Am folgenden Tag lag im Briefkasten eines Dekans in Wiesbaden ein Umschlag mit der Aufschrift „an die Bundesregierung". Darin steckten zwei Fotos von Schleyer, auf einem hielt er ein Schild: „Gefangener der RAF". Das „kommando siegfried hausner" verlangte in einem Schreiben „die gefangenen aus der raf, andreas baader, gudrun ensslin, jan-carl raspe, verena becker, werner hoppe, karlheinz dellwo, hanna krabbe, bernd rösner, ingrid schubert, irmgard möller" freizulassen.

Bundeskanzler Helmut Schmidt entschied: Zeit gewinnen, kein Austausch. Die Regierung verhängte eine Nachrichtensperre.

Wahrscheinlich hat Schleyer die ersten zehn Tage nach seiner Entführung – zeitweise in einem mit Schaumstoff ausgekleideten Wandschrank – in der Wohnung Zum Renngraben 8 verbracht. Die Adresse war der Polizei frühzeitig bekannt. Nicht einmal 48 Stunden waren vergangen, als ein Revierbeamter eine verdächtige Wohnung entdeckte, bei der es mehr als einen Hinweis auf ein Versteck gab. Der Hauptmeister meldete seinen Verdacht und dann – geschah nichts. Die Meldung war in eine falsche Ablage gelegt worden.

Es entwickelte sich ein anhaltender Nervenkrieg. Die größte konzentrierte Fahndung der Bundesrepublik glich der Suche nach einer Nadel im Heuhaufen. Über Nacht wurden die eingespielten Strukturen der Polizei aufgegeben, alle Fäden liefen bei dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Horst Herold, zusammen. Oder auch nicht. Die Fahndung gestaltete sich zunehmend chaotisch. Eine Fristverlängerung der Entführer reihte sich an die nächste.

Vergeblich hatte der Sohn des Entführten, Hanns-Eberhard Schleyer, beim Bundesverfassungsgericht eine einstweilige Anordnung beantragt, welche die Bundesregierung zwingen sollte, auf die Forderungen der RAF einzugehen.

Die Entführer wechselten mehrfach mit ihrem Opfer das Quartier. Ab 16. September befand sich Schleyer in einem Haus in Den Haag. Die Polizei observierte das Versteck, griff aber erst zu, nachdem der Gefangene nach Brüssel verschleppt worden war. Dort blieb Schleyer bis zu 18. Oktober.

Das war der Tag, an dem die GSG 9 auf dem Flugplatz von Somalias Hauptstadt Mogadischu in das entführte Passagierflugzeug „Landshut" stürmte und dessen Passagiere befreite. Die Maschine war am 13. Oktober von einem Kommando der mit der RAF kooperierenden Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) entführt worden. Das hatten RAF und PFLP gemeinsam in Bagdad geplant. Sie wollten damit die Bundesregierung zusätzlich unter Druck setzen. Die jedoch gab nicht nach.

»Mit Terroristen ist nicht zu verhandeln« (Helmut Schmidt)

Nach einem Irrflug war die entführte „Landshut" schließlich in Mogadischu gelandet. Dort wurde sie von der GSG 9 bei deren erstem großen Einsatz gestürmt. Alle Passagiere und Besatzungsmitglieder konnten befreit werden. Der Flugkapitän war zuvor von den Entführern erschossen worden.

RAF-Häftling Jan-Carl Raspe erfuhr aus dem Radio von der Erstürmung. Über eine heimlich gebaute Wechselsprechanlage informierte er die Mithäftlinge. In derselben Nacht erschossen sich Andreas Baader und Jan-Carl Raspe mit Pistolen, Gudrun Ensslin erhängte sich. Irmgard Möller überlebte schwer verletzt. Die Waffen hatte ein Rechtsanwalt in den Hochsicherheitstrakt geschmuggelt.

Mit drei Schüssen in den Hinterkopf töteten die Entführer Hanns Martin Schleyer nach der Todesnacht von Stammheim. Wer schoss, ist nicht geklärt. Stefan Wisniewski und Rolf Heißler wurden als Schützen benannt. Der tote Schleyer wurde am 19. Oktober im Kofferraum eines im elsässischen Mülhausen abgestellten Audi gefunden. Den Ort hatte Silke Maier-Witt in einem Bekennerschreiben angegeben: „Wir haben nach 43 Tagen Hanns-Martin Schleyers klägliche und korrupte Existenz beendet. Herr Schmidt, der in seinem Machtkalkül von Anfang an mit Schleyers Tod spekulierte, kann ihn in der Rue Charles Peguy in Mülhausen in einem grünen Audi 100 mit Bad Homburger Kennzeichen abholen."

20 Mitglieder der RAF standen im Verdacht, an der Schleyer-Entführung beteiligt gewesen zu sein. 17 wurden verurteilt, zwei bei der Festnahme erschossen. Friederike Krabbe wurde nie gefasst und gilt als verschollen. *Klaus J. Groth*



Mithilfe eines Mercedes (rechts) und eines Kinderwagens (links) brachten die Entführer das Fahrzeug des Arbeitgeberpräsidenten und dessen Begleitfahrzeug zum Stehen: Polizisten am Tatort der Schleyer-Entführung in Köln-Braunsfeld

Bild: Imago

»Volk, Du tötest Deine Feinde!«

Vor 225 Jahren verübten französische Revolutionäre das sogenannte Septembermassaker

Vor 225 Jahren provozierten führende französische Revolutionäre eine Welle des Terrors gegen inhaftierte Gegner der Monarchie, in deren Verlauf wahrscheinlich jeder zweite Insasse der Pariser Gefängnisse massakriert wurde. Anschließend nutzten die Revolutionäre die hierdurch verursachte Atmosphäre des Schreckens zur Konsolidierung ihrer Macht.

Die Französische Revolution war von Anfang an durch Gewaltausbrüche geprägt, die ab dem Sommer 1792 eskalierten. Das lag sowohl am militärischen Druck von außen als auch an der scharfmacherischen Rhetorik mancher Wortführer der Umstürzler. Eine zentrale Rolle spielte in diesem Zusammenhang das sogenannte Manifest des Herzogs von Braunschweig (Manifeste de Brunswick) vom 25. Juli 1792. Darin drohte der Herzog zu Braunschweig und Lüneburg sowie preußische Feldmarschall Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel als Oberbefehlshaber der preußisch-österreichischen Truppen, die zum Einmarsch in das revolutionäre Frankreich bereitstanden, blutige Vergeltung sowie die Zerstörung von Paris an, falls weitere Übergriffe gegen König Ludwig XVI. und dessen Familie stattfänden. Das Manifest des späteren Verlierers der Doppelschlacht von Jena und Auerstedt führte nicht zu der erstrebten Mäßigung, sondern vielmehr zu einer Radikalisierung der Feinde der Monarchie, weil diese nun annahmen, Ludwig kollaboriere mit den Alliierten – zumal Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig-Wolfenbüttel zugleich auch die „Befreiung" des Monarchen ankündigte. So stürmten am 10. August 1792 Pariser Sansculotten, also militante Vertreter der „Volksherrschaft", und andere Aufständische im Auftrag der revolutionären Kommune das Palais des Tuileries, in dem Ludwig residierte, und brachten den König als Gefangenen in eine ehemaligen Festung der Tempel-Ritter.

Infolgedessen rückte das 82 000 Mann starke Hauptkontingent der Koalitionsarmee des Herzogs zu Braunschweig und Lüneburg in Richtung der französischen Hauptstadt vor. Wenig später, am 20. August 1792, kapitulierte Longwy nach kurzer Belagerung und ohne ernsthafte Gegenwehr. Ebenso fiel am 2. September die Festung von Verdun, nachdem die Verteidiger dort beschlossen hatten, die Waffen zu strecken.

»Wenn die Justiz versagt, hat das Volk die Pflicht, sich selbst zum Richter zu machen«

Hierdurch stieg die Angst der Pariser Revolutionäre vor Verrat in den eigenen Reihen ins Uferlose. Deshalb fielen die Aufrufe des Justizministers Georges Danton und des Jakobiner-Führers Jacques Nicolas Billaud-Varenne auf äußerst fruchtbaren Boden. Ersterer rief zur Selbstjustiz auf mit den Worten: „Wenn die Justiz versagt, hat das Volk die Pflicht, sich selbst zum Richter zu machen", während Letzterer kurz und bündig forderte: „Volk, Du tötest Deine Feinde!"

Daraufhin veranstalteten Nationalgardisten und Sansculotten sowie Angehörige des hauptstädtischen Pöbels noch am Tage des Falls von Verdun erste Massaker unter den Insassen der völlig überfüllten Gefängnisse. In die waren nach dem Tuilerien-Sturm nämlich zahlreiche Adlige, Hofbedienstete und Geistliche, die den Eid auf die republikanische Verfassung verweigert hatten, geworfen worden.

Am Nachmittag des 2. September 1792 traf es zunächst 24 Priester, die sich gerade auf dem Transport in die Haftanstalt von l'Abbaye befanden. Ein aufgebrachter Mob lynchte sie auf offener Straße. Danach begann ein Morden innerhalb des Gefängnisses. Weitere Kirchenmänner starben wenig später im Prison des Carmes sowie an zwei weiteren Orten.

Statt dem ebenso blutigen wie sinnlosen Treiben Einhalt zu gebieten, rechtfertigte der revolutionäre „Überwachungsausschuss" in einem Zirkular vom 3. September, das unter anderem die Unterschrift des prominenten Demagogen Jean Paul Marat trug, die Taten: „Die Commune von Paris beeilt sich, ihren Brüdern in allen Departments mitzuteilen, dass ein Teil der in den Gefängnissen verwahrten blutdürstigen Verschwörer durch das Volk zu Tode gebracht worden ist ... Ohne Zweifel wird die gesamte Nation nach der langen Reihe von Verrätereien, die sie an den Rand des Verderbens gebracht haben, sich beeilen, diese notwendige Maßnahme der öffentlichen Wohlfahrt anzunehmen, und gleich den Parisern werden alle Franzosen ausrufen: ‚Wir ziehen gegen den Feind, aber wir lassen keine Räuber hinter uns, die unsere Frauen und Kinder erwürgen.'"

Die Zahl der getöteten Opfer wird auf 1000 bis 1500 geschätzt

Die somit als Verbrechensprävention hingestellten Massaker gingen bis zum 7. September weiter – teilweise nun im Anschluss an hastig improvisierte Standgerichte. Durch Säbelhiebe, Bajonettstiche oder Schläge mit den verschiedensten Werkzeugen starben wahrscheinlich zwischen 1000 und 1500 Menschen. Wegen des chaotischen Ablaufs der Ereignisse liegen keine genaueren Zahlen vor. Auf jeden Fall traf es auch zahlreiche Insassen der neun Pariser Gefängnisse, die nicht wegen politischer, sondern aufgrund ganz gewöhnlicher krimineller Delikte inhaftiert worden waren. Ja, manchmal ermordeten die selbsternannten „Vollstrecker des Volkswillens" sogar eingesperrte Kinder im Alter zwischen zehn und 14 Jahren.

191 der wohl weit über 200 getöteten Geistlichen sprach Papst Pius XI. am 17. Oktober 1926 heilig, darunter den Erzbischof von Arles, Jean-Marie du Lau d'Allemans, den Bischof von Beauvais, François-Joseph de la Rochefoucald-Maumont, und das Oberhaupt der Benediktiner-Kongregation von Saint-Maur, Ambroise Chevreux.

Die meisten Todesopfer forderte das Septembermassaker in Paris. Allerdings fanden auch in Lyon, Caen, Reims, Marseille, Toulon und anderen Städten Akte der Lynchjustiz statt. Das letzte größere Vorkommnis dieser Art ereignete sich am 9. September 1792 bei Versailles. Hier stoppte der Mob einen Gefangenenkonvoi auf dem Wege von Orléans nach Paris und metzelte 44 arretierte Royalisten nieder. Dabei starben unter anderem der Herzog und vormalige Kommandeur der königlichen Garde, Louis Hercule Timoléon de Cossé-Brissac, der einstige Innen-, Marine- und Außenminister Antoine Claude Nicolas Valdec de Lessart sowie der bis zum August 1792 amtierende französische Kriegsminister, Charles Xavier Joseph de Franque Ville d'Abancour. Anschließend wurden die Köpfe der Toten am Zaun des Versailler Schlosses aufgespießt. Ein ähnlich grausames Schicksal erlitt Marie-Louise von Savoyen-Carignan, Fürstin von Lamballe, die engste Vertraute der Königin Marie Antoinette.

Kurz nach den Massakern fanden Wahlen zum Nationalkonvent statt, an denen wegen der angespannten Atmosphäre im Lande nur etwa jeder zehnte Stimmberechtigte teilnahm. Gleich auf seiner Eröffnungssitzung vom 21. September 1792 beschloss das aus den Wahlen hervorgegangene Parlament die Abschaffung der Monarchie sowie die Gründung der Republik. *Wolfgang Kaufmann*

Massives Argument wider gängige Vorurteile

Vor 175 Jahren legte Friedrich Wilhelm IV. mit Koadjutor Geissel den Grundstein für den Weiterbau des Kölner Doms

Mit seiner maßgeblichen Föderung der Fertigstellung des Kölner Doms handelte Preußens König Friedrich Wilhelm IV. entgegen dem weit verbreiteten Urteil, dass die protestantisch und ostelbisch geprägte traditionelle Ostmacht antikatholisch sei, seine rheinische Exklave im deutschen Westen stiefmütterlich vernachlässige und an der nationalen Frage desinteressiert sei.

Es klingt wie ein Widerspruch in sich: ein preußischer Romantiker. Preußen gilt als Paradebeispiel für nüchterne, sachliche und effiziente Verwaltung. Und doch war da mehr als kühle Vernunft, und mit dem vierten Friedrich Wilhelm kam 1840 ein romantischer Träumer auf den Thron. Das war nicht unproblematisch, denn Friedrich Wilhelm IV. träumte unter anderem vom Gottesgnadentum des Herrschers und daraus resultierend vom Absolutismus, über den die Zeit mittlerweile hinweggegangen war.

Ein weniger problematischer Traum des Königs war es, verbindend zu wirken. Damit stand er in der Tradition seines Hauses: Der Große Kurfürst hatte einst den ererbten Flickenteppich aus Kleinstaaten zu einem Staat vereinigt; Friedrich Wilhelm III. hatte die Vereinigung der Calvinisten und Lutheraner zur unierten Evangelischen Kirche in Preußen durchgekämpft. Friedrich Wilhelm IV. dachte über Preußen hinaus. Die Idee vom deutschen Nationalstaat hatte es ihm angetan.

Dem standen aber jede Menge Probleme entgegen und mit einem davon hatte der Romantiker auf dem Thron persönliche Erfahrungen: Dem Gegensatz zwischen dem vorwiegend protestantischen Norden und dem eher südlichen Katholizismus. Auf dem bayerischen Katholizismus fußte die Erfahrung des Preußenprinzen. 1819 hatte sein Vater ihn quer durch Deutschland auf Brautschau geschickt. Dabei war er nach Bayern gekommen, wo er sich in Prinzessin Elisabeth verliebt hatte. Doch die war katholisch – und das preußische Hausgesetz ließ eine Ehe mit einer Katholikin nicht zu. Es bedurfte langer Verhandlungen, bis ein tragfähiger Kompromiss gefunden werden konnte. Elisabeth und Prinz Friedrich Wilhelm heirateten 1823. Dabei verpflichtete sich die junge Kronprinzessin, Unterricht im Protestantismus mit dem Ziel eines Übertritts zu nehmen. Das tat sie dann auch, um schließlich 1830 „aus eigener Überzeugung“ – wie sie ausdrücklich betonte – zu konvertieren.

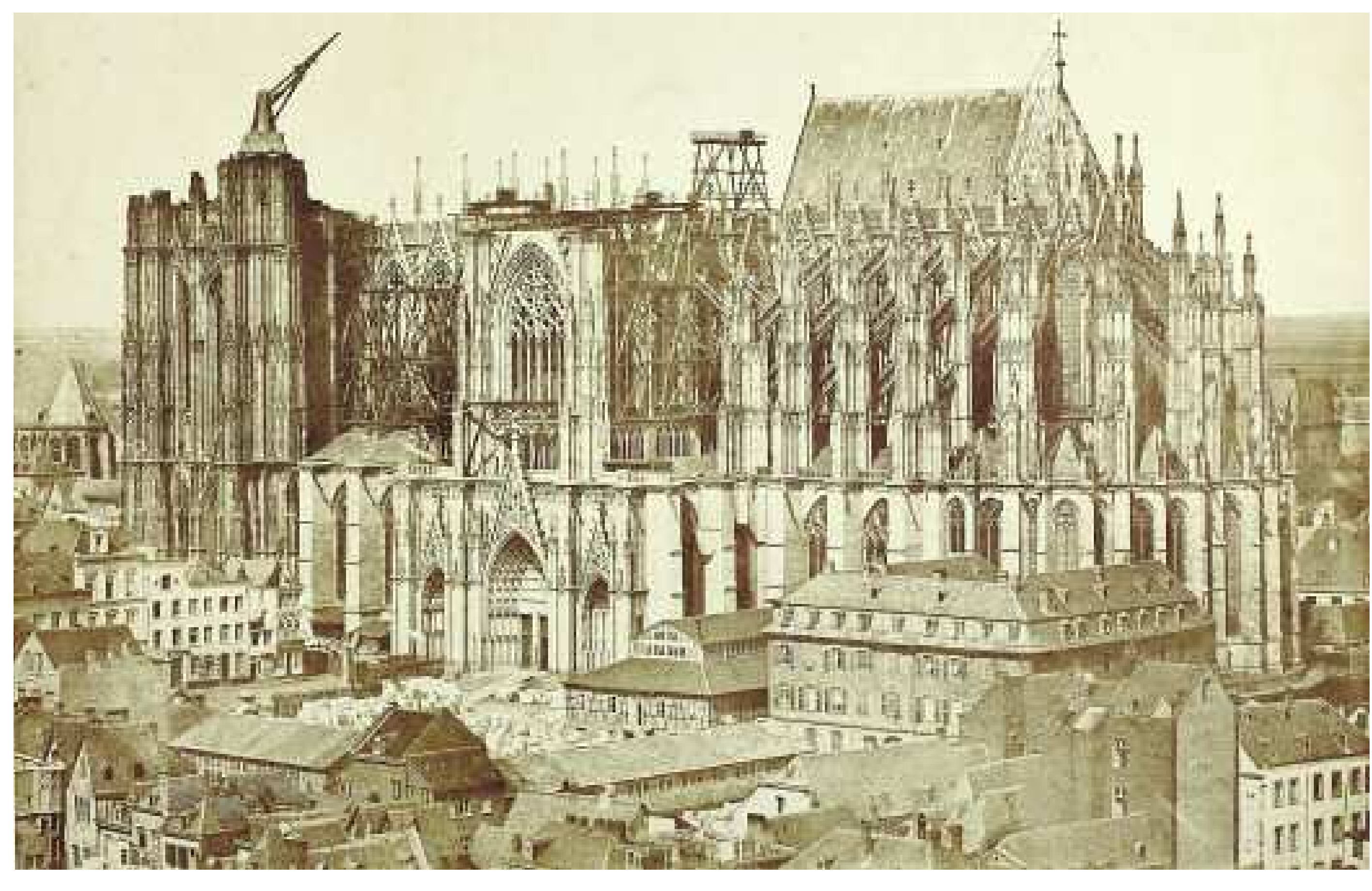
Die Konfessionsprobleme im Königshaus wurden vor allem vom Rheinland aus sehr interessiert beobachtet. Dieses urkatholische Gebiet war im Zuge der Neuordnung Europas nach den napoleonischen Kriegen auf dem Wiener Kongress 1815 preußisch geworden – und seitdem gab es heftige Reibereien, die im Mischehenstreit und daraus resultierend 1837 in der Inhaftierung des Kölner Erzbischofes gipfelten, die sogenannten Kölner Wirren. Friedrich Wilhelm III. hatte sich darin als strammer und sturer Protestant gezeigt. Friedrich Wilhelm IV., der 1840 auf den Thron kam, beendete den Konfessionsstreit, wobei er bedeutend mehr Toleranz – seit Friedrich dem Großen doch eigentlich eine preußische Tugend – bewies als sein Vater.

Als Romantiker liebte er Symbole und die große Geste – und beim Blick Richtung Köln sah er die riesige Bauruine, die dort seit über 300 Jahren das Stadtbild prägte. Sie war ein Überbleibsel der Gotik, die Mitte des 19. Jahrhunderts als Verkörperung des aufstrebenden Deutschtums galt und sehr in Mode war. Die Kölner allerdings machten kein großes Bohai mehr um ihren Dom. Sie hatten über 300 Jahre – von 1248 bis 1560 – daran gebaut, nun lebten sie seit fast 300 Jahren damit, dass nur der Chor, die Hälfte des Südturms, ein kleiner Teil des Nordturms und ein paar kleine Bruchstücke der Schiffe fertig geworden waren. Sie hatten sich daran gewöhnt, dass auf dem Stumpf des Südturms immer noch der mittelalterliche Baukran stand und das das Stadtbild prägte. Hin und wieder diskutierte man im Stadtrat darüber, ob man die unvollendeten Teile des Domes nicht abreißen solle, doch das hätte viel Geld gekostet und so ließ man es lieber. Außerdem war die Bauruine nicht ungenutzt geblieben. Sie diente vielmehr als Kirche. Da der Dom wie im Mittelalter üblich überdimensional geplant worden war, genügte der fertig gewordene Chor für die Gottesdienste. Und im damals 59 Meter hohen Südturm hingen zwei große Glocken. Das schien zu genügen. Köln war zufrieden.

Der Preußenkönig war es nicht. Er liebte Architektur und so hatte er mitbekommen, dass die Originalpläne der Domtürme wieder aufgetaucht waren. Der des Südturms war 1814 auf dem Speicher eines Darmstädter Gasthauses gefunden worden; der ebenfalls metergroße Aufriss des Nordturms war zwei Jahre später in einem Pariser Antiquariat entdeckt worden. Friedrich Wilhelm IV. hatte mit hoher Wahrscheinlichkeit Abbildungen der Zeichnungen gesehen und war davon beeindruckt gewesen.

Mit diesen Plänen konnte man weiterbauen, denn dass über das Kirchenschiff keine Unterlagen vorlagen, war kein unüberwindliches Hindernis. Es war bekannt, dass den mittelalterlichen Architekten die Kathedrale in Amiens als Vorbild gedient hatte, nur dass man das dreischiffige Original mit fünf Schiffen zu überbieten versucht hatte. Deshalb schreckten Friedrich Adolf Ahlert, der vom Landesherren und dem neu gegründeten Zentral-Dombau-Verein zu Köln mit der Bauleitung beauftragt wurde, die Lücken in der Überlieferung nicht. Er hatte genug Erfahrung mit Neogotik und beabsichtigte sowieso, zwar im „gotischen Stil“, aber doch mit damals modernen statt mittelalterlichen Methoden zu bauen

Am 4. September 1842 war es so weit. Der König war nach Köln gereist, um zusammen mit dem Koadjutor (Beistand) und späteren Erzbischof Johannes von Geissel im Südturm einen neuen Grundstein für den Weiterbau zu legen. In der Rede dazu sagte der König: „Es ist der Geist deutscher Einigkeit und Kraft. Ihm mögen die Kölner Dompforten Thore des herrlichsten Triumphes werden.“



Nach der Wiederaufnahme der Bauarbeiten: Der Kölner Dom im Jahre 1855

Bild: CF

Nun fuhren auf dem Rhein wieder Transportschiffe, die den am Drachenfels im Siebengebirge gewonnen Trachyt nach Köln zur Baustelle transportierten. Und da waren Mengen unterwegs. Insgesamt 300000 Tonnen Stein wurden verbaut, um die fünf Schiffe und die am Ende 157 Meter hohen Türme der Fassade zu vollenden.

1863, in Preußen regierte inzwischen Friedrich Wilhelms IV. nächstjüngerer Bruder Wilhelm I., fiel die Mauer, die jahrhundertelang den Chor vom Rest des unvollendeten Gotteshauses getrennt hatte. Der Bau präsentierte sich nun zum ersten Mal so, wie er einst geplant worden war. Der Raumeindruck war überwältigend und ist es heute noch, speziell, wenn die Sonne auf die bunten Fenster scheint und das Innere des Doms in ein fast mystisches Licht setzt. In den folgenden zwei Jahrzehnten wurden die Türme fertiggestellt, die den Sakralbau mit über 157 Metern zum damals größten Gebäude der Welt machten. 1880 wurde der Kölner Dom nach 623 Jahren vollendet. An dem dreitägigen Fest aus diesem Anlass nahm wieder der Landesherr höchstdaselbst teil. Der preußische König, mittlerweile auch Deutscher Kaiser, pries den fertiggestellten Bau als „hehres Denkmal zum Heile des Vaterlandes“.

Der Dom verkörperte nun neben dem alten auch das neue Deutschland im Zeitalter der Industrialisierung – und das hat ihn im Bombenhagel des Zweiten Weltkriegs gerettet. Friedrich Adolf Ahlert und sein Nachfolger Ernst Friedrich Zwirner hatten dem Dom nämlich nicht, wie es im Mittelalter geplant worden war, einen hölzernen Dachstuhl, sondern einen mit einer Eisenkonstruktion aufgesetzt. Die wiederum konnte bei 12000 Quadratmetern Dachfläche drei Millimeter starke Bleiplatten mit einem Gesamtgewicht von 600 Tonnen tragen. Ein hölzerner Dachstuhl wäre beim Bombardement abgebrannt, der eiserne hielt es aus, und so blieb der Dom in Köln stehen und ist bis heute eines der berühmtesten und schönsten Bauwerke in Deutschland. *Sibylle Luise Binder*

Der Westen fordert von Interpol zweierlei Maß

Schon vor der Verhaftung von Dogan Akhanlı tat sich die internationale Polizeiorganisation schwer mit ihrem Verhältnis zur Politik

Seit der Festnahme des in der Türkei geborenen und die deutsche Staatsbürgerschaft besitzenden Schriftstellers Dogan Akhanlı auf Ersuchen seines Geburtslandes ist Interpol einmal wieder in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt. Die Festnahme erfolgte nämlich auf der Basis einer von der Türkei initiierten sogenannten Red Notice (Roten Ausschreibung) von Interpol.

Nun mag man Interpol vorwerfen, sich mit der Red Notice zum Handlanger des Erdogan-Regimes bei der Bekämpfung seiner politischen Gegner gemacht zu haben. Doch das ist weniger als die halbe Wahrheit. Wenn Interpol dem ersten Teil des Akronyms gerecht werden will, dann darf es sich – anders als etwa Europol – nicht auf die Aufnahme von Polizeibehörden aus Staaten mit identischen politischen Systemen beschränken. Deshalb heißt es bereits im dritten Artikel der aus dem Jahre 1956 stammenden Statuten: „Jede Betätigung oder Mitwirkung in Fragen oder Angelegenheiten politischen, militärischen, religiösen oder rassischen Charakters ist der Organisation strengstens untersagt.“ Damit schien eine Zusammenarbeit zwischen nationalen Polizeibehörden über politische Systemgrenzen hinweg möglich.

Die restriktive Handhabung dieses Artikels, der den Missbrauch der Organisation zur Bekämpfung von unliebsamen politischen Gegnern und Oppositionsgruppen ausschließen sollte, stieß jedoch ausgerechnet im Westen auf Kritik. Zur Hochzeit von im Westen operierenden Untergrundorganisationen wie Rote Armee Fraktion oder Rote Brigaden wurde Interpol fehlendes Engagement im Kampf gegen den Terrorismus vorgeworfen. Die Erwartungshaltung des Westens ist klar: Im Kampf gegen das, was der Westen als Terrorismus bezeichnet, soll Interpol sich voll einbringen, im Kampf gegen das, was Regime wie das türkische als Terrorismus bezeichnen, hingegen strenge Zurückhaltung üben.

Interpol hat angesichts dieser Erwartungshaltung einen gar nicht einmal so faulen Kompromiss gefunden. Wenn ein Mitglied um die (vorläufige) Festnahme mit dem Ziel der Auslieferung ersucht, wird dieses Ersuchen per Red Notice an die anderen Mitglieder weitergeleitet. Diese Notices stellen jedoch im Gegensatz zum Europäischen Haftbefehl keine Rechtsgrundlage für Exekutivmaßnahmen dar. Jedes Mitglied hat die Entscheidung, ob es dem Ersuchen entspricht oder es bleiben lässt. Die Verantwortung liegt also beim jeweiligen Mitgliedsland, in diesem Falle also bei Spanien. *Manuel Ruoff*

Wie die »Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation – Interpol« entstand

Die zunehmende Mobilität im Zuge der Industrialisierung machte auch Verbrecher mobiler und ließ eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit der nationalen Polizeibehörden sinnvoll und erstrebenswert erscheinen. 1914 fand deshalb in Monaco der Erste Internationale Polizeikongress statt. Er verlief derart vielversprechend, dass zwei Jahre später ein zweiter in Bukarest folgen sollte, doch der Erste Weltkrieg machte einen Strich durch die Rechnung.

Stattdessen fand der Zweite Kriminalpolizeiliche Kongress erst 1923 in Österreichs Hauptstadt statt. Dass es dem Wiener Polizeipräsidenten Johannes Schober gelang, seine Kollegen ausgerechnet in seiner Stadt zu versammeln, lag zum einen an dem Renommee und diplomatischen Geschick des späteren Außenministers und Bundeskanzlers wie zum anderen an dem Interesse der anderen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie, durch eine Zusammenarbeit mit den Österreichern die noch in deren Hauptstadt liegenden polizeilich relevanten Unterlagen des Habsburgerstaates nutzen zu können. Am letzten Tag des Kongresses wurde die Gründung einer Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission (IKPK) mit Sitz in Wien beschlossen.

Nachdem die IKPK die Erfahrung hatte machen müssen, dass die Unterstützung vonseiten der österreichischen Polizei stark nachließ, wenn nicht der amtierende Präsident der Bundespolizeidirektion Wien an ihrer Spitze stand, wurde eine Personalunion beschlossen. Damit fiel den Österreichern und nach deren Anschluss den Nationalsozialisten die Besetzung des Präsidentenamtes zu. So übernahm schließlich 1940 Reinhard Heydrich als Chef der Sicherheitspolizei und des SD das Präsidium. Der Kommissionssitz wurde von Wien nach Berlin-Wannsee verlegt, wo die IKPK im selben Haus der Wannseekonferenz unterkam. Aufgrund der engen Verbindung ging mit dem Dritten Reich auch die IKPK in ihrer bisherigen Form 1945 unter. Ihre Akten waren fast vollständig ein Opfer des Krieges geworden.

Der Bedarf an einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit war jedoch nach wie vor vorhanden, und so wurde bereits 1946 auf einer Konferenz in Brüssel der Neuaufbau beschlossen. Kommissionssitz wurde Paris, denn die Regierung der im Zweiten Weltkrieg geschlagenen Siegermacht versuchte nach dem Kriege, möglichst viele internationale Organisationen in ihre Hauptstadt zu holen, und zeigte sich entsprechend großzügig.

Aufgrund der gemachten Erfahrungen wurde jedoch Wert darauf gelegt, dass der Gastgeber nicht erneut eine dominierende Rolle spielen konnte. Diesen Geist atmen auch die heute noch gültigen Statuten von 1956. Ihnen gemäß steht der Präsident, der kein Franzose zu sein braucht, an der Spitze eines Exekutivkomitees, das gemäß einem Gentlemen's Agreement von 1964 die Vielfalt der Mitgliedschaft widerspiegelt.

Mit ihren heutigen Statuten erhielt die bisherige Internationale Kriminalpolizeiliche Kommission auch ihren heutigen Namen „Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation – Interpol“. Aus der Kommission war mittlerweile eine Organisation geworden. Und „Interpol“ hatte sich mittlerweile derart durchgesetzt, dass es nun Bestandteil der offiziellen Bezeichnung wurde. Ursprünglich war das Akronym von „International Police“ nämlich nur die Telegrammadresse des Generalsekretariats gewesen. *MR.*

Der Moment der Woche

TERRORISMUS UND TOURISMUS IN DOPPELPACK REPORTAGE MARIÄ HIMMELFAHRT UMWELT WALDBRÄNDE UND KEIN ENDE JEROME CHARYN DONALD-SHOW

CHARLIE HEBDO

ISLAM, RELIGION DES FRIEDENS ...

... DES EWIGEN FRIEDENS!

Wie schockierend! Das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“ (hier die deutsche Ausgabe) wagt es auf der Titelseite seiner neuesten Ausgabe eine Verbindung zwischen Islam und den Terror in Spanien zu ziehen. Eine Protestwelle brach über die „islamophoben“ Karrikaturisten herein. Nur zur Erinnerung: Mit „Allah ist groß“-Rufen stürmten zwei Moslem-Terroristen am 7. Januar 2015 die Redaktion des Magazins. Im Kugelhagel ihrer Kalaschnikows starben zwölf Mitarbeiter. *FH*

Zbigniew Brzezinski statt Anne Will

Mit der Gegenseite über Politik diskutieren? Ein Abenteuer für Freunde des Schwarzbrotes

Politik ist viel zu wichtig, um sie der Propaganda der Mainstream-Medien zu überlassen. Also scheut sich PAZ-Autor Volker Kleinophorst nicht, ins Wortgefecht mit Motorradzeitschriften-Lesern, Gespenster-Diskutierern und Ehefrauen-Hörigen einzusteigen. Ein Frontbericht.

Den lieben langen Tag gerate ich mit meinem Umfeld in Diskussion zur politischen Situation und zur Wahrhaftigkeit der Medien. Diese „Gespensterdiskussionen“ sind ganz schön ermüdend, weil ja immer wieder das kommt, was schon den – ebenfalls – lieben langen Tag aus allen Propaganda-Rohren auf einen gefeuert wird. Man redet also mit den unterschiedlichsten Leuten, nur die sagen alle das Gleiche!

Erstens: Trump geht gar nicht.

Zweitens: Rechtspopulisten sind alles Nazis. Geht gar nicht.

Drittens: Flüchtlingen muss man helfen. Grenze? Geht gar nicht!

Frage ich dann nach, ob man es nicht komisch findet, dass die eigene so frei gebildete Meinung zu 100 Prozent dem entspricht, was in den Medien propagiert wird, heißt es: „Du hast ja eine hohe Meinung von deinen Kollegen. Willst du etwa behaupten in den Zeitungen stehen nur Lügen?“

Meine Antwort: „Nun ja, nicht nur. Bei einigen Themen allerdings schon. Vieles wird auch einfach unter den Teppich gekehrt. Desinformation wirkt am besten, wenn man nicht mehr weiß, was wahr und was Lüge ist, und deshalb alles glaubt.“

Das Gegenüber schaut skeptisch. „Und du kannst das beurteilen?

„Ja, ist immerhin mein Beruf. Ich hab schon viele Politiker getroffen und tue viel, es beurteilen zu können.“

Eine Prise Trotz kommt zur Skepsis.

„Deswegen kannst du doch trotzdem falsch liegen.“

„Klar, du aber auch. Vor allen Dingen mit viel weniger Informationen.“

Noch mehr Trotz.

„Ich hab schon die Informationen, die ich brauche.“

Natürlich fühlen sich alle bestens ins Bild gesetzt. Geheimwaffe des globalen Allwissens: Ganz schmal informieren, TV-Nachrichten, eine Mainstream-Tageszeitung und dann noch eine Motorradzeitschrift ...

Weise ich in Diskussionen darauf hin, man könne es mit dem Vertrauen in die Medien auch übertreiben, ich selbst hätte da schon mehr Informationen, wird es ablehnend. Kann nur Blödsinn sein. Sonst hätte man es ja schon gehört, oder es wär in der „Tagesschau“ gewesen. Beim Thema Feminismus kommt noch dazu: „Damit kann ich meiner Frau nicht kommen.“

> »Damit kann ich meiner Frau nicht kommen«

Sicher es gibt auch solche, die nachdenken, hingucken, sich äußern. Manche gestehen sogar ein, dass ich schon seit Jahren relativ gut Entwicklungen voraussage. Einige billigen mir sogar ein wenig politischen Sachverstand zu. Wen wundert es? Eigentlich sind Migrationsaktivitäten, Abschaffung der Nationalstaaten, Failed States alles alte Hüte aus der Mottenkiste der Geopolitik. Schon 1997 hat der gerade verstorbene amerikanische Strippenzieher Zbigniew Brzezinski in seinem Buch „Die einzige Weltmacht“ auf die strategische Bedeutung der Ukraine für die Politik der USA hingewiesen.

Überzeugungsarbeit ist trotzdem Schwarzbrot: Brzezinski? Zbigniew? Schrecklich kompliziert klingt ja schon allein dieser Name, da hält man sich doch lieber an Klaus Kleber und Anne Will. Lässt sich jemand von mir gedruckt oder im Netz wirklich mal ein paar Seiten zeigen, die ein anderes Bild der Wirklichkeit zeichnen, will man eigentlich gar nicht hinsehen. Ist eher so ein Art persönlicher Gefallen. Mehr als fünf Minuten hat man auch nicht dafür. Maximal. Einer von zehn ist überhaupt gesprächsbereit. Der Rest will einfach nicht.

Ich frage dann, wieso man eigentlich so ein großes Problem damit hat, mal dem zu vertrauen, was ich zu sagen habe – nach bestem Wissen und Gewissen und eben als journalistischer Insider. Schließlich werfe ich ja auch meine persönliche Integrität in die Waagschale. Beliebtheitspunkte sammelt man damit auch nicht gerade. Im Gegenteil: Man macht sich mit einer eigenen Meinung mittlerweile ziemlich unbeliebt.

Die schlichte Antwort der Gegenseite: Man mag meine Wahrheiten einfach nicht. Sie sind zu hart. Sie ziehen runter. Einer meinte gar: „Lach doch mal wieder.“

Klar, Wissen fordert Konsequenzen. Gemütlicher haben es die Nichtwissenden. Man kann auch seelig lachend darauf warten, dass einen die Realität in den Arsch beißt. Der Kabarettist Georg Schramm hat einmal erklärt, warum es trotzdem gut ist, nicht lokker zu lassen und den Dingen auf den Grund zu gehen: „Die Wut wird noch größer, aber die intellektuelle Verwirrung lässt nach.

Mit Mobbing und Morddrohungen

Zwangsehen sind ein Schande – Der Staat scheint nicht nur machtlos, er fördert den menschenverachtenden Brauch auch noch

Deutsche Toleranz, islamische Radikalität und wirkungslose Gesetze machen es möglich: Nach Schätzungen müssen jährlich 10 000 junge Menschen, vor allem Frauen, mit einer Person den Bund fürs Leben eingehen, die ihnen mit Gewalt aufgezwungen wird.

Manche Geschichten müssen chronologisch erzählt werden, um sie in ihrer Ungeheuerlichkeit zu begreifen. Diese zählt dazu. Sie handelt von vielen Tausend zumeist jungen Frauen, die gezwungen werden, ihr Leben mit einem ungeliebten Menschen zu teilen. Die Geschichte beginnt im Jahr 2004 mit dem Namen Ulrich Goll. Der damalige FDP-Justizminister des Landes Baden-Württemberg startete eine Gesetzesinitiative, um ein Verbot der Zwangsehe zu erreichen. Goll, der bereits als Integrationsbeauftragter für die Landesregierung gearbeitet hatte, konnte erschreckende Zahlen vorlegen, um die Dringlichkeit seines „Zwangsheirat-Bekämpfungsgesetzes“ zu belegen: Von Januar bis Oktober 2005 suchten allein in Baden-Württemberg 213 Frauen und zwei Männer Hilfe wegen drohender oder erfolgter Zwangsverheiratung. Die meisten waren unter 19 Jahre alt. Hatten sie Angaben zur Religionszugehörigkeit gemacht, waren sie zu 95 Prozent muslimischen Glaubens. In den meisten Fällen waren es die Eltern, die ihren Kindern eine ungewollte Ehe aufzwangen.

Ernstzunehmende Möglichkeiten, bei den Familientragödien einzuschreiten, hatte der Staat auch in den nächsten Jahren nicht. Golls Gesetzesentwurf dümpelte im Bundestag und im Bundesrat. Er wurde vertagt, verschoben, überarbeitet. Gesetzespingpong. Dann, 2011, wurde endlich Gesetz, was Gesetz werden sollte: Die Zwangsehe ist seitdem verboten. Sie ist eine Straftat, auf die sechs Monate bis fünf Jahre Haft steht.

Eigentlich – denn in den sieben versäumten Jahren war noch etwas geschehen: In ihnen gebar die CDU-geführte Bundesregierung unter Federführung des damaligen Innenministers Wolfgang Schäuble die Deutsche Islamkonferenz, die am 27. September 2006 zum ersten Mal im Schloss Charlottenburg in Berlin tagte. Sie sollte ursprünglich dazu dienen, Moslems auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung Deutschlands einzunorden, auch wenn das so unverblümt natürlich niemand formulierte.

Deutsches Recht kapituliert vor islamischer Praxis

Schnell wurde jedoch klar, dass die Islamverbände sie nutzten, um ihre Religion in allen Lebensbereichen Deutschlands durchzudrücken: Islamunterricht an Schulen, mehr Moscheen, Islam-Staatsverträge mit den Bundesländern und schließlich eine Reform des deutschen Personenstandsrechts (PStG). In ihm wurde zum 1. Januar 2009 das „Verbot der religiösen Voraustrauung“ abgeschafft. Es besagte, dass jede Ehe zunächst säkular, also standesamtlich, geschlossen werden muss, ehe es zur kirchlichen Trauung kommt. Wer dagegen verstieß, beging eine Ordnungswidrigkeit.

Nachdem das Verbot aufgehoben war, konnte sich jeder sofort religiös trauen lassen. Was so harmlos klingt, war in Wahrheit eine Kapitulation vor den „Imamehen“: Moslemische Gemeinden in Deutschland pfiffen auf den deutschen Staat, mieden Standesämter und folgten der Scharia, indem sie ihre Ehen – Zwangsehen, Mehrfachehen, Kinderehen – wie im islamischen Recht üblich, ausschließlich per Imam abwickelten.

„Die Erfahrungen haben gezeigt, dass andere in Deutschland vertretene Religionsgemeinschaften trotz wiederholten Hinweises durch verschiedene deutsche Stellen nicht dazu bewegt werden konnten, ihre Eheschließungspraxis nach den Paragrafen 67, 67a PStG auszurichten“, heißt es in einer Stellungnahme der Bundesregierung zum neuen Personenstandsrecht, nachzulesen in der Bundestags-Drucksache 16/1831 vom 5. Juni 2006. Weiter steht dort: „Es sollte daher bei dem Wegfall der im Verhältnis zu den beiden großen Kirchen nicht erforderlichen und sonst offenbar wirkungslosen Vorschrift verbleiben.“ Klartext: Weil Moslems nicht daran denken, sich an deutsches Recht zu halten, wird das deutsche Recht geändert und der islamischen Praxis angepasst.

Ulrich Goll sah die Folgen. „Mit der Abschaffung des Verbots schwächt die Bundesregierung sehenden Auges die Rechtsstellung von Mädchen und jungen Frauen und lässt dadurch von Zwangsheirat Betroffene in unverantwortlicher Weise im Stich“, kritisierte er. „Religiös geprägte Bevölkerungsgruppen könnten sich verstärkt von der Zivilehe abwenden. Vor allem die betroffenen Mädchen und Frauen sind dann schutz- und rechtlos, da religiös geschlossene Ehen zivil- und familienrechtlich keinerlei Wirkungen entfalten.“ Groll weiter: „Ich sehe die Gefahr, dass viele dies als Einladung missverstehen, Ehen nur noch nach den Vorgaben ihrer Religion und Tradition zu schließen. Solche Ehen können zu einer nicht hinnehmbaren, lebenslangen einseitigen Abhängigkeit und zu weitreichender Rechtlosigkeit führen, da diese innerhalb der jeweiligen Gruppe absolut verbindlich sind.“

Golls „Zwangsheirat-Bekämpfungsgesetzes“ scheint wenig daran zu ändern. Das zeigte im März vergangenen Jahres die Antwort des Bundesjustizministeriums auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Seit 2012 gab die Polizei jährlich rund 60 Ermittlungsverfahren zur Zwangsehe an die Staatsanwaltschaften ab; die stellten die Verfahren ein. 2012 und 2013 wurden bundesweit nur zwei Männer wegen Verstoss gegen das Gesetz verurteilt, ein weiterer wurde freigesprochen.

Und so geht das Elend der Zwangsheiraten in Deutschland weiter – dramatisch verschärft durch die Asylflut der letzten Jahre. Ein gruseliges Szenario bewahrheitet sich. Maria Böhmer, von 2005 bis 2013 Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte für Migration und Flüchtlinge, hat es in einer unfreiwilligen Zukunftsvision vor einigen Jahren beschrieben. In einem Nachwort zu der im April 2007 erschienene Studie „Zwangsverheiratung in Deutschland“, herausgegeben vom Familienministerium,

Jährlich 60 Verfahren, nur zwei Verurteilungen

schrieb sie: „Während in Deutschland Zwangsverheiratung vor allem als ein Problem türkischer oder kurdischer Migrantinnen und Migranten wahrgenommen wird, sind in Frankreich vor allem Jugendliche maghrebinischer, zentralafrikanischer und asiatischer Herkunft davon bedroht, in Großbritannien wiederum Mitglieder der südasiatischen Einwandererfamilien aus Indien, Pakistan und Bangladesch. Aus den Niederlanden berichten Hilfsorganisationen, dass vor allem Mädchen und junge Frauen aus der Türkei und Marokko betroffen sind.“

Wie würde Angela Merkel sagen: „Nun sind sie eben alle hier.“

Ulrike Dobberthien



Hochzeit aus freien Stücken? Zwölfjähriges Roma-Mädchen bei ihrer Hochzeitszeremonie in Rumänien Bild: pa

Ehe oder Tod: Wenn die Heirat erzwungen wird

Eine „Zwangsheirat“ droht, wenn mindestens einer der zukünftigen Partner – die Frau, der Mann oder beide – durch körperliche oder psychische Gewalt zur Ehe gezwungen wird. Emotionale Erpressung, Mobbing oder sogar Morddrohungen können im Spiel sein.

Juristen grenzen die Zwangsheirat von einer arrangierten Ehe ab, indem sie prüfen, ob es eine Wahlmöglichkeit gibt: Nur wenn beide Partner die von Drohungen unbelastete Möglichkeit hatten, auch „Nein“ zu sagen, ist eine Ehe aus freien Stücken zu Stande gekommen, auch wenn sie arrangiert wurden. Die Formen der Zwangsheirat reichten von den sogenannten Importbräuten – dabei wird in der Regel eine Cousine des Bräutigams aus ihrem Heimatland nach Deutschland geholt, um hier mit ihrem Cousin verheiratet zu werden – über die „Heiratsverschleppung“ vor allem während der Schulferien ins Heimatland (siehe *PAZ* 35, Seite 5), bis hin zur Zwangsheirat unter in Deutschland lebenden Mitgliedern islamischer, aber auch jesidischer Gemeinden. Nicht unüblich ist die aggressive Nötigung zum Ja-Wort auch in manchen Zigeuner-Familien.

Die Gründe für Zwangsheiraten sind vielfältig: An die Eltern wird Brautgeld bezahlt, Söhne sollen durch die Heirat mit einer „echten“ Moslemin diszipliniert werden, ein Aufenthaltstitel für Deutschland wird benötigt. Auch die Religion spielt eine Rolle. Bis heute gibt es im islamischen Recht, in der Scharia, keine Neigung, gegen diese (Un)Sitte vorzugehen. *UD*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 35 – 1. September 2017

MELDUNGEN

Direktzug nach Königsberg

Königsberg – Die Russische Staatseisenbahn plant die Einrichtung eines direkten Personenzuges von Berlin über Königsberg nach Sankt Petersburg. Der letzte Direktzug zwischen der Bundes- und der ostpreußischen Hauptstadt wurde im Jahr 2003 eingerichtet und nach einer zwischenzeitlichen Unterbrechung nach nur zehn Jahren endgültig aufgehoben, da sich die Auslastung als zu gering erwies. Dem möchte die russische Bahnverwaltung nun mit einer Verlängerung bis an die Newa entgegenwirken, was zurzeit mit den Eisenbahngesellschaften von Polen, Litauen und Lettland im Detail verhandelt wird. *T.W.W.*

Keine Steuern auf Flüge

Königsberg – Bei einem Arbeitsbesuch in Königsberg hat der russische Präsident Wladimir Putin eine Aufhebung der Steuern auf Flugscheine zwischen der ostpreußischen Hauptstadt und Russland versprochen. Nord-Ostpreußen sei – so die neue Lesart – die einzige Exklave des Landes, und ihre Verbindung zum „Mutterland“ müsse man zwingend subventionieren. Aber auch für die „Ausländer“ tut sich etwas: Der Königsberger Flughafen Powunden hat erstmals einen abgetrennten internationalen Bereich erhalten: Das neuerrichtete Terminal dient ab sofort dem Flugverkehr mit dem staatlichen Ausland einschließlich aller nichtrussischen früheren Sowjetrepubliken. Zur bevorstehenden Fußballweltmeisterschaft wurde es in der Tat dringend benötigt. *T.W.W.*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elbląg] – Jazowa, Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Groß Borken [Borki Wielkie] – Sorquitten [Sorkwity], Baustelle. Straße Nr. 16c: Kaplitainen [Kaplityny], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Schönwalde [Szczesne] – Klaukendorf [Klewki], Baustelle; Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 57: Zanderborken [Borki Sedrowskie] – Wusslack [Wozławki], Baustelle. Straße Nr. 59: Friedrichshof [Rozogi], Baustelle. Straße Nr. 63: Angerburg [Węgorzewo], Baustelle. *E.G.*

Königin-Luise-Schule in neuem Glanz

Nur das Relief fehlt noch – Ehemaliges Königsberger Mädchengymnasium wurde restauriert

Im Zuge der Restaurierung historischer Gebäude in Königsberg erhielt auch die Königin-Luise-Schule in der Landhofmeisterstraße ihr historisches Antlitz zurück. Nach einer passenden Vorlage für das Relief der Königin wird derzeit gesucht.

In der ehemaligen Landhofmeisterstraße Nr. 24 (Straße Sergej Tjulenin 6–8) in Königsberg wurde rechtzeitig vor Beginn des neuen Schuljahrs das Gebäude der Schule Nr. 41 grundlegend restauriert. Es gilt als historisches Gebäude, weil dort bis zum Krieg die Königin-Luise-Schule untergebracht war. Das nach der preußischen Königin benannte Mädchengymnasium war 1901 erbaut worden. Von Beginn an hatte es drei Stockwerke. Während der Kämpfe im Zweiten Weltkrieg wurde das Gebäude beschädigt, und bei der Wiedererrichtung hatte man eine vierte Etage aufgestockt.

Durch Beschluss Nr. 132 der Regierung des Königsberger Gebiets vom 23. März 2007 erhielt das Gebäude der Königin-Luise-Schule den Status eines kulturellen Erbes von regionaler Bedeutung.

Bürgermeister Alexander Jaroschuk hat bereits eingestanden, dass die Schule zu einer Touristenattraktion geworden sei: „Ich bin sehr zufrieden mit der Schule Nr. 41. Schon als die Bauarbeiten noch nicht fertig waren, war sie ein Ort geworden, der die Touristen anzieht – sowohl aus Europa als auch aus Russland.“

Einen Großteil des Geldes für die Reparatur der Schule hat der Bauherr investiert, der auch ein Gebäude zwischen dem Haus des TV- und Radiosenders „Kaliningrad“ und dem Gebietsmuseum für Geschichte und Kunst bauen will. Er hat umgerechnet zirka 172 000 Euro aufgewendet. Weitere 86 000 Euro wurden aus dem Haushalt der Stadt zugeteilt. Das ist der zweite Fall, in dem eine Schule zum Großteil auf Kosten eines Privatinvestors restauriert wird. Als erste wurde Schule Nr. 23 mit privaten Mitteln repariert.





Königin-Luise-Schule heute und damals Bilder: J.T./Bildarchiv Ostpreußen



Die Vorbereitungen für das neue Schuljahr laufen auf Hochtouren. Nach Beendigung der Reparatur des Daches und der Fassade der Schule muss noch bestimmt werden, wie die Umgebung des Gebäudes ausgestattet werden soll. Im nächsten Jahr will manMittel auftreiben, um den Sportplatz in Ordnung zu bringen. In der Aula ist die Decke eingestürzt. Sie muss dringend saniert werden.

Doch damit sind die Reparaturen des Gebäudes noch nicht abgeschlossen. An der Fassade soll ein Relief der Königin Luise angebracht werden. Ein Bildnis der Königin hatte die Fassade noch bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs geziert. Nun soll, nachdem die Fassade ihr historisches Aussehen zurückerworben hat, auch das zentrale Stukkelement nicht fehlen.

Das Gebäude der Königin-Luise-Schule bildet gemeinsam mit dem Musikkolleg ein einheitliches architektonisches Ensemble, das nach der Restaurierung ein sehr attraktives Aussehen erworben hat. *Jurij Tschernyschew*

Gotische Fassade statt unterirdischen Tunnels

Ausgrabungen in Pr. Holland förderten viele Gegenstände zutage – Siedlung existierte schon in der Römerzeit

Im Juli dieses Jahres haben archäologische Ausgrabungen in Preußisch Holland begonnen, die darauf abzielten, einen unterirdischen Gang zu finden, der die Burg der Deutschordensritter mit der nahe gelegenen Kirche des heiligen Bartholomäus verbunden haben soll.

Die Ausgrabungen wurden von Wissenschaftlern und Studenten der Kardinal-Stefan-Wyszynski Universität aufgenommen, die mit der Stadt eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet hatten. Den Ausgrabungen waren geophysikalische Forschungen und Probebohrungen im Vorjahr vorausgegangen. 1945 war das Schloss abgerissen worden, und seine Gewölbe wurden bisher nicht untersucht.

Die archäologischen Forschungen in Preußisch Holland wurden am 10. August beendet und das Ergebnis der Studie vorgestellt. Was bei den Untersuchungen im vergangenen Jahr darauf hindeutete, dass es sich tatsächlich um einen unterirdischen Gang handelte, erwies sich als falsch. Überreste eines Tunnels, der das Schloss mit der Kirche verbunden hatte, existieren nicht. Stattdessen fand man eine gotische Mauer, vermutlich aus dem 14. Jahrhundert, welche die Burg von der Stadt getrennt hatte. Anhand dieses Funds wird es möglich sein, die ursprüngliche Form der Schlossumgebung zu rekonstruieren. Die Ausgrabungen förderten über 3000 Gegenstände zutage. Es handelte sich meist um Fragmente keramischer Gefäße und Metallstücke sowie Köcher für Pfeile. Es gab sogar Keramikfragmente, die auf den Einfluss der Römerzeit zurückgehen, was darauf schließen lässt, dass die Siedlung schon vor dem Mittelalter existiert hat.



Bild: UM Pasłęk_CF

In sieben Meter Tiefe: Viele Gegenstände, aber kein Tunnel

Ein mittelalterlicher unterirdischer Gang findet in vielen historischen Schriften Erwähnung. Wäre dieser Tunnel bei den aktuellen Ausgrabungen entdeckt worden, wäre das in der Tat eine archäologische Sensation gewesen. Was das Georadar aufgespürt hatte, war lediglich eine dicke Schicht aus Ziegelsteinen, wie die Archäologen bei der Ausgrabung in sieben Meter Tiefe sahen. Sie gehen davon aus, dass der Burggraben mit Baumüll von verschiedenen Plätzen Preußisch Hollands zugeschüttet worden ist. Die Trümmer schlugen den steilen Hang hinunter und bedeckten den Boden des alten Grabens. Zahlreiche Dachziegel und andere keramische Gegenstände wurden bei Ausgrabungen gefunden. Einige von ihnen wiesen Brandspuren auf. Weil unter der Ziegelschicht Wasser emporstieg, konnten die Archäologen an dieser Stelle nicht weiter graben. Sie weiteten ihre Suche nach Osten aus und entdeckten eine gotische Fassade, die einst das Ordensschloss gegen den Graben abschloss. An der Wand wurden unter anderem zwei mittelalterliche Bolzen von Armbrüsten gefunden. Laut Archäologen ist die Mauer in so gutem Erhaltungszustand, dass sie freigelegt und als touristische Sehenswürdigkeit zugänglich gemacht werden könnte. Die archäologischen Forschungen werden von der lokalen Regierung finanziert. *Leszek Chaburski*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

wenn jemand aus unserem Leserkreis schreibt „vielen, vielen Dank“ und dazu „allerbeste Grüße“ sendet, dann muss er schon Erfreuliches erfahren haben. Und so ist es auch, der Absender ist Herr **Volker Kadow** aus Erfurt, dem wir – wie in der letzten Folge berichtet – einen Informanten über die Königsberger Gartenstadt Westend vermitteln konnten, wie er authentischer nicht sein kann. Schon bald nach der Veröffentlichung seines Wunsches nach Angaben über die kleine Gartenstadt – deren Namen ich alte Königsbergerin in diesem Zusammenhang überhaupt zum ersten Mal gehört hatte – erhielt er fünf Zuschriften, darunter auch die von einer Leserin, die wie seine Mutter in der Webernstraße gewohnt hatte. Da nun noch mit Herrn **Herbert Roesnick** ein weiterer Bewohner der Gartenstadt hinzukam, kann sich Herr Kadow auf verlässliche Zeitzeugen stützen, die wie seine Mutter ihre Kindheit dort verbracht haben. Hinzu kommen noch Berichte aus der heutigen ehemaligen Siedlung mit Hinweisen auf eine von Herrn Kadow geplante Spurensuche vor Ort wie die von Herrn Professor Dr. **Günter Hertel**, über die wir in Folge 30 berichteten. Herr Hertel übersandte ihm sogar eine Aufnahme des Grundstücks Webernstraße 13, der Kinderheimat seiner Mutter. Da kann man verstehen, dass Herr Kadow, der an einer Biografie über seine Mutter arbeitet, sich gefreut hat und seinen Dank mit wenigen, aber herzlichen Worten zum Ausdruck bringt.

Manchmal erfolgt die Resonanz in Raten, und aus ersten Hinweisen schälen sich dann weitere heraus, die verlässlich erscheinen und es dann auch sind. So gerne würde man bereits von Teilerfolgen berichten, aber da muss man vorsichtig sein, um keine falschen Hoffnungen zu erwecken. Und so kann ich nur andeuten, dass wir vielleicht einen großen Erfolg anpeilen, der eine kürzlich von uns veröffentlichte Frage nach dem Verbleib von nächsten Verwandten des Suchenden betrifft. Diesen Suchwunsch erhielten wir sozusagen von außenbords, also nicht aus unserem festen Leserkreis, aus dem aber nun die interessanten Hinweise kamen. Ich hoffe, dass ich schon in der nächsten Folge mehr und sehr Erfreuliches berichten kann.

In Raten hat auch Herr **Joachim Wagner** seinen Dank für die Veröffentlichung seines Wunsches und die darauf folgenden positiven Reaktionen abgestattet, und auch bei ihm ging es um eine Königsberger Kinderheimat, allerdings in diesem Fall um die eigene. Der Diplom-Ingenieur aus Eschbach, 1938 in der Gartenstadt Seligenfeld geboren, verlebte dort seine Kindheit bis zur Flucht. Beim Aufarbeiten seiner Familiengeschichte fehlten ihm aber verschiedene Angaben, von denen einige wesentliche durch unseren Leserkreis gegeben werden konnten. Aber darüber haben wir – ebenfalls in Raten – berichtet, und ich glaubte, dieser Fall sei nun zufriedenstellend abgehakt. Ist er aber nicht, denn jetzt kam ein erneutes Schreiben, indem er uns noch einmal bestätigte, wertvolle Hinweise von Landsleuten erhalten „und mit netten Königsbergern telefoniert“ zu haben, aber es blieben doch noch einige Fragen offen, und diese mögen wir doch wieder unseren so aufgeschlossenen Lesern vermitteln – was ich hiermit gerne und prompt erledige



So sieht es heute aus: Das Grundstück Webernstraße 13 in der Königsberger Gartenstadt Westend Bild: Hertel

Die erste Frage betrifft die Schule in Seligenfeld, in die Joachim Wagner im Herbst 1944 eingeschult wurde: Hatte die wohl nur zweiklassige Schule im Herbst 1944 noch vollen Schulbetrieb? Die nächste Frage lautet: Gibt es einen Ortsplan von Seligenfeld und ein Einwohnerverzeichnis? Frage Nr. 3: Wo befand sich die Boelcke- und Immelmannkaserne, und wie lautete die Postanschrift? Und schließlich: Gibt es diesen Stadtteil heute noch? Das sind die vorgegebenen Fragen von Herrn Wagner, der weiterhin an besonderen Informationen über den an der südlichen Peripherie von Königsberg gelegenen Stadtteil interessiert ist. Hoffentlich ist das Echo ebenso erfreulich wie auf die bisherigen Fragen von Herrn Dipl.-Ing. Joachim Wagner. (Anschrift: Madenburgweg 21 in 76831 Eschbach, Telefon 06345-953277, Fax 06345-407391.)

Mühlhausen rückt wieder in unser Blickfeld – nein, diesmal geht es nicht um den richtigen Geburtsort von Frau **Christel Meurer** aus Lörrach, den es zu finden galt und der dann auch gefunden wurde, sondern um den Wohnort der Großeltern von Frau **Renate Heidenreich** aus Hohen-Neuendorf. Sie ist eine geborene **Kulipps**, so hießen auch ihre Großeltern, über deren Leben sie mehr erfahren möchte, denn seit zwei Jahren beschäftigt sie sich mit Familienforschung. Aber alle Angehörigen, die sie befragen könnte, sind verstorben, Fotos und Dokumente sind auf der Flucht verloren gegangen, eine Spurensuche im heutigen Mühlhausen brachte sie auch nicht viel weiter, und so folgte sie dem Rat eines hilfreichen Lesers unserer Zeitung, sich an unsere Ostpreußische Familie zu wenden. Gefragt sind Bewohner von Mühlhausen, Kreis Pr. Holland nach möglichen Verbindungen zu den Großeltern und ihren drei Kindern, von denen die am 19. Februar 1938 geborene **Ursula Johanna** die Mutter von Renate Heidenreich ist. Da ihre Mutter bereits mit 58 Jahren verstarb und sie über ihre Heimat, aus der sie als Siebenjährige flüchten musste, nie gesprochen hatte, weiß Frau Heidenreich nur das Wenige von ihrer ostpreußischen Familie, was sie nun erst nach intensiver Suche erfahren konnte. Denn auch Großmutter Frieda hatte geschwiegen und nichts von der Flucht mit drei kleinen Kindern erzählt, die schließlich in Oranienburg endete. Geboren wurde sie als **Frieda Reiß** 1915 in Guhsenwalde/Schlobitten, sie soll noch eine Schwester gehabt haben. Sie heiratete den 1912 in Lotinenhof (?) bei Königsberg geborenen **Fritz Albert Kulipps**, mit dem sie zuerst in Schlobitten lebte, wo ihre erste Tochter **Rosemarie** 1935 geboren wurde. Ursula Johanna, die Mutter von Frau Heidenreich, wurde 1938 in Mühlhausen geboren wie auch 1940 ihr Bruder **Fritz**. Die Familie wohnte in Bruneckshof, Bohlenhof 9. Wahrscheinlich war der Vater auf dem dortigen Gut tätig, ehe er eingezogen wurde. Fritz Kulipps gilt seit dem 18. Dezember 1943 als Angehöriger der 1. Kompanie Grenadier Regiment 96 im Kampfgebiet Newel in Russland als vermisst. Frieda ging nach der Flucht eine zweite Ehe ein und hieß dann **Krohne**. Sie verstarb hochbetagt im Jahr 1998 und überlebte damit ihre Tochter Rosemarie, die bereits 1946 an Bauchfelltuberkulose gestorben war. Da auch ihr Sohn Fritz im Jahr 2005 verstarb, lebt anscheinend niemand mehr aus der Familie Kulipps außer Renate Heidenreich, die nach der Heirat ihrer Eltern **Schwarzlose** hieß und jetzt verwitwet ist. Umso größer wäre für sie die Freude, wenn sich doch noch jemand aus der weiteren Verwandtschaft fänden oder sich Nachbarn, Freunde, Bekannte aus dem ehemaligen Umfeld der Familie Kulipps aus Schlobitten/Mühlhausen/Bruneckshof meldeten. Da die älteste Tochter des Ehepaars Kulipps, Rosemarie, zur Zeit der Flucht schon acht Jahre alt war, müsste sie in Mühlhausen eingeschult worden sein. Vielleicht erinnern sich gleichaltrige Schulkinder von damals an ihre Mitschülerin oder auch an ihre drei Jahre jüngere Schwester Ursula Johanna, die wohl sehr helles Haar gehabt hatte, denn sie wurde als Kind immer „Flachskopf“ gerufen. Das sind die Angaben, wie ich sie dem handgeschriebenen langen Brief von Frau Heidenreich entnehmen konnte. In einem Punkt bin ich mit ihr einig: Der Familienname Kulipps ist selten, und deshalb hat er einen hohen Erinnerungswert. (Renate Heidenreich, Feuersteinstraße 11 in 16540 Hohen-Neuendorf.)

Im Nachhinein muss ich aber etwas korrigieren: In dem sehr ausführlichen Schreiben von Frau Heidenreich ist eine Angabe bemerkenswert, weil sich doch ein Bezug zu der dort geborenen Christel Meurer aus Löffenau ergeben könnte, denn diese kam ja am Heiligen Abend 1944 als Flüchtlingskind in Mühlhausen zur Welt. Das leicht zu merkende Datum ist bekannt, aber nicht, wo und unter welchen Umständen die Geburt erfolgte, ob auf einer Entbindungsstation oder in einer Flüchtlingsunterkunft. Nun erwähnt Frau Heidenreich in Bezug auf ihre in Mühlhausen geborene Mutter, dass es ein Entbindungsheim in der Braunsberger Straße 14 gab. Da auch deren Bruder Fritz 1940 dort geboren wurde, war das Entbindungsheim auch während des Krieges existent. Es könnte also durchaus möglich sein, dass „Christkind Christel“ in dem Entbindungsheim zur Welt kam. Vielleicht erinnern sich alte Mühlhausener noch an das Heim, hatten eine Beziehung zu dem Haus, ob als dort Tätige oder als junge Mutter. Frau Meurer wie auch Frau Heidenreich wären sicher interessiert an allen diesbezüglichen Angaben.

Solche Querverbindungen machen ja einen großen Teil der Erfolge unserer Ostpreußischen Familie aus, und so komme ich noch einmal auf das Thema „Das alte Neidenburg“ zurück, das wir in den Folgen 29 und 31 behandelten. Da hatten wir erwähnt, dass Frau **Irmtraut Sigrid Bließner** geborene **Kalwa**, aus Neuss dabei ist, Neidenburg-Fotos aus der Zeit vor der sowjetischen Invasion in ein Internet-Archiv einzuscannen. Das hatte das Interesse von Frau **Marianne Pielka** aus Berlin geweckt, deren Eltern aus Neidenburg stammen. Die Familie konnte Neidenburg-Fotos über Krieg und Flucht bis in die heutige Zeit retten, und Frau Pielka will diese Frau Bießner gerne zur Verfügung stellen. „Für mich ist dieser Kontakt natürlich vielversprechend“, teilte mir Frau Bließner mit und übermittelte uns die Kopie ihres Schreibens an Frau Pielka, aus dem ich einige Informationen hier weitergebe, weil sie auch für andere Leserinnen und Leser interessant sein könnten. Die alten Fotos, die Frau Bießner einscannt, sind zu finden unter www.neidenburg.de, Archiv Bildarchiv Neidenburg. Für Frau Pielka und ihre 92-jährige Mutter wäre besonders die Position „8. Handel und Handwerk“ interessant, denn ihr verstorbener Ehemann war der Fleischermeister **Tonski**. Frau Bießner schreibt über ihre Arbeit: „Ich bin mit dem Einscannen der bereits vorhandenen Fotos noch bis Ende des Jahres beschäftigt. Ich selber, die ich mich ja gar nicht an Neidenburg erinnern kann, habe mich bei einem Besuch vor drei Jahren dort wie zu Hause gefühlt und in Gedanken die polnischen Straßennamen in die alten deutschen Benennungen übertragen können, die ich ja aus der Archivarbeit kannte.“ Da vielleicht jetzt erst so manch ein Leser auf diese Aktion aufmerksam wird, hier die Anschrift der Neidenburg-Archivarin: Frau Dr. Irmtraut Sigrid Bießner, Am Südpark 31 in 41466 Neuss, Telefon (02131) 466306, E-Mail: dr.blessner@arcor.de

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

»Hier haben Sie noch nicht reingeschaut«

In Glogau hat diesen Sommer der Wiederaufbau des Stadttheaters begonnen – Das Rathaus ist bereits rekonstruiert

Wer das Glogauer Museum im alten Stadtschloss besucht, der muss starke Nerven mitbringen. Nicht weil hier wie vielerorts Geschichte im Übermaß verdreht wird, eher weil der Wärter dem Interessierten nicht gestattet, ein Teil der Exponate auszulassen. „Hier haben Sie noch nicht reingeschaut“, baut er sich mit verschränkten Armen an der Treppe auf und weist mit einem Blick zu der geöffneten Tür auf der gegenüberliegender Seite, wenn er auf Besucher trifft, die versuchen, sich nur einen Teil anzuschauen. Viele Deutsche haben derzeit nur die seit dem 15. Oktober 2015 zu sehende Sonderausstellung zur Vertreibung der Deutschen und Neuansiedlung von Polen nach 1945 zum Ziel, die in Zusammenarbeit mit dem Glogauer Heimatbund und dem Schlesischen Museum zu Görlitz entstand und nur Bewunderung auslösen kann. Der Besucher tritt über den historischen Stadtplan zu den Vitrinen oder findet in Lumpen gehüllt eine Gruppe lebensgroßer Puppen, die Vertriebene auf der Flucht darstellen. Selbst der bekannte Sonderbefehl mit den Anweisungen des polnischen Abschnittskommandanten zur Ausweisung aus Bad Salzbrunn findet sich hier vollständig und wortgetreu ins Polnische übersetzt.

Und wieder hat der Wärter einen erwischt, der achtlos an historischen Fotos der Stadt vorbeigeht. „Moment mal. Ihnen ist die Aufnahme unseres wundervollen Theaters entgangen, das wir wieder aufbauen“, sagt er über den zum Kriegsende zerstörten Bau. Das ‚unseren‘ klingt aus seinem Munde gar nicht vereinnahmend, denn bei folgenden Fotos zum Stadtbild spürt man seinen Stolz auf eine Stadt, die er vor 1945 in schillernden Tönen als blühende Stadt präsentiert.

Vielleicht liegt es daran, dass die Stadt überhaupt erst in den 90er Jahren so etwas wie ein historisches Gesicht wiedererhalten hat. Ähnlich wie heute noch Küstrin war die Altstadt Glogaus bis dahin eine Ansammlung überwucherter Steine, die man nur mit viel Phantasie als einstige Stadt ausmachen konnte. Entlang der historischen Straßenzüge wurden neue Häuser errichtet, die in ihrer Größe den einstigen Proportionen entsprechen. Während das historisch getreu rekonstruierte Rathaus wieder die Mitte der Stadt markiert und ein durchaus urbanes Leben Einzug gehalten hat, geben gleich daneben die zerschossenen Grundmauern des Theaters noch einen Eindruck davon, wie das gesamte Areal zuvor ausgesehen hat.



Bild: Zetem

Rekonstruiert: Rathaus mit Turm

Doch auch das gehört nun bald der Vergangenheit an, denn am 28. Juli haben die Arbeiten zum Wiederaufbau des Theaters begonnen. Das Gebäude soll nun nahezu komplett sein ursprüngliches Gesicht wiederbekommen, nachdem es mit der Ruine über die letzten sieben Jahrzehnte stetig abwärts gegangen war. Die Arbeiten hat die Firma Pre-Fabrykat aus Krummhübel [Karpacz] übernommen, die Stadtverwaltung hat bereits fünf Millionen Zloty (mehr als eine Million Euro) zur Verfügung gestellt. Das Gesamtauftragsvolumen soll bei etwa 20 Millionen Zloty (fast 4,7 Millionen Euro) liegen. „Auch das Kultusministerium erkannte, dass das Theater wiederaufgebaut werden muss. Unser Projekt wurde als eines der wichtigsten Kulturvorhaben eingeschätzt. Wir haben also die Chance, weitere Gelder dafür zu bekommen. Wenn wir dies schaffen, wird auch unser Anteil dadurch geringer“, so Stadtpräsident Rafal Rokaszewicz kürzlich auf einer Pressekonferenz. Das wiedererrichtete Theater soll 200 Zuschauern Platz bieten und neben der Bühne auch Konferenzräume beherbergen.

Dass die Zuwendung zum historischen Stadtbild mit schmerzlichen Entdeckungen verbunden sein kann, wurde übrigens nur wenige Tage nach dem Beginn der Bauarbeiten anderenorts in Glogau offenbar. Ein Ehepaar entdeckte, dass sich 16 Gehwegplatten im eigenen Schrebergarten rückseitig als Grabplatten für elf kleine Mädchen und fünf Jungen im Alter von höchstens vier Jahren entpuppten, die während des Krieges starben. Der Verein Glogauer Geschichtsforum (Glogowskie Forum Historyczne) möchte diese und ähnliche Steine in einem Lapidarium zusammenfassen. *Edmund Pander*

Wir gratulieren ...

ZUM 99. GEBURTSTAG

Klimoßek bei Herzfeld, Guste, geb. **Meyer**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 4. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Derlath, Rudi, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 7. September
Ehlers, Maria, geb. **Schlachta**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 7. September
Schäfer, Waltraud, geb. Palluch, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 6. September
Sokoll, Wanda, geb. **Gedak**, aus Wehlau, am 2. September
Warda, Elisabeth, geb. **Wascheszio**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 1. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brügmann, Erna, geb. **Orlowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. September
Großmann, Hedwig, geb. **Kobluhn**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. September
Konrad, Lieselotte, geb. **Galonska**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 4. September
Loerzer, Edith, geb. **Petereit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 7. September
Rose, Charlotte, geb. **Unterhalt**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 6. September
Scheffler, Edith, aus Lyck, Falkstraße 3, am 2. September
Strelski, Günther, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 6. September
Utikal, Thilde, geb. **Dittmann**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 6. September
Walleneit, Christel, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 4. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Funk, Ilse, geb. **Jewan**, aus Layß, Kreis Neidenburg, am 2. September
Hein, Hedwig, geb. **Gebert**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 1. September
Krause, Kurt, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 2. September
Vierzig, Prof. Dr. Siegfried, aus Lötzen, am 5. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Butzko, Willy, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. September
Frotscher, Hilde, geb. **Wiechert**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 1. September
Gaedtke, Dietrich, aus Rosenwalde, Kreis Elchniederung, am 7. September
Gehlhaar, Herta, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. September
Hiemann, Irmgard, geb. **Hecht**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 7. September
Lyhs, Martha, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 5. September
Rembitzki, Helmut, aus Gusken, Kreis Lyck, am 1. September
Sadowski, Ernst, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 16. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Ehrich, Irmgard, aus Lötzen, am 5. September
Grönick, Walter, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 5. September
Heinrich, Gerda, geb. **Wittke**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 6. September
Hüchendorf, Eleonore, geb. **Rimek**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Hundsdörfer, Lydia, geb. **Naujok**, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 6. September
Lange-Birkenhof, Lucia, geb. **Böhnke**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 1. September
Reimer, Lore, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, am 1. September
Schäfer, Meta, aus Keipern, Kreis Lyck, am 6. September
Schuchna, Heinrich, aus Ortelsburg, am 3. September
Schümann, Ella, geb. **Kühnapfel**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, am 5. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Casemir, Ursula, aus Wehlau, am 6. September
Ceranski, Herbert, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 4. September
Grunau, Erna, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 1. September
Hasse, Erna, geb. **Neumann**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 4. September
Kostrewa, Irmgard, aus Martinshagen, Kreis Lötzen, am 2. September
Kunhardt, Günter, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 3. September
Lubs, Magdalene, geb. **Siedler**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 1. September
Schubert, Ursula, aus Insterburg, am 1. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Boenninghausen, Elfriede, aus Lyck, am 1. September
Hahn, Gerhard, aus Güldenboden, Kreis Mohrungen, am 1. September
Hollens, Josefa, aus Preiwils, Preilowen, Kreis Allenstein, am 1. September
Janzik, Alfred, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 7. September
Klitsch, Irmgard, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 1. September
Koenig, Ingrid, geb. **Szonn**, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, am 6. September
Marquard, Herta, geb. **Manzau**, aus Argental, Kreis Elchniederung, am 2. September
Meyer, Irmgard, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 3. September
Neukamm, Ingrid, geb. **Kulz**, aus Rodental, Kreis Lötzen, am 5. September
Plaga, Wolfgang, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 7. September
Pliquett, Ulrich, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 4. September
Poschmann, Maria, Kreis Bartenstein, am 2. September
Reiche, Ella, geb. **Siebert**, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 2. September
Schlüter, Helga, geb. **Daniel**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 1. September
Schmidt, Rotraud, geb. **Christoph**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 6. September
von Hippel, Horst, aus Niehelsdorf, Kreis Königsberg, am 5. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Anuschewski, Horst, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 2. September
Appel, Ruth, geb. **Rutkowski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 7. September
Beck, Adelheid, geb. **Wawrzyn**, aus Walden, Kreis Lyck, am 7. September
Burkandt, Oskar, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 7. September
Czernitzki, Hannes-Siegfried, aus Prostken, Kreis Lyck, am 2. September
Depp, Lieselotte, geb. **Hirth**, aus Ballupönen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 4. September
Draack, Elisabeth, geb. **Zirpin**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 7. September
Fassbender, Elfriede, geb. **Fenske**, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, am 2. September
Hauck, Ruth, geb. **Reisenauer-Bugs**, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 4. September
Jeworrek, Kurt, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 3. September
Josuttis, Hildegard, geb. **Selmikat**, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 5. September
Karkowski, Helmut, aus Neidneburg, am 6. September
Kompa, Werner, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 5. September
Nullmeier, Erika, geb. **Raudies**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 4. September
Pallentin, Herbert, aus Königsdorf und Dösenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 1. September
Paulun, Hans-Jürgen, aus Königsberg, am 2. September
Preuss, Lothar, aus Angerburg, am 5. September
Runge, Horst, aus Norwieden, Kreis Ebenrode, am 1. September
Schwarz, Herta, geb. **Sturm**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 7. September
Strelau, Ruth, geb. **Preuß**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 4. September
Werner Schiemann, aus Neudamm, Kreis Königsberg, am 1. September
Wormuth, Friedel, geb. **Blickmann**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 5. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ahrends, Erika, geb. **Barteit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 5. September
Bubritzki, Hans-Günter, aus Treuburg, am 4. September
Dumas, Sieglinde, geb. **Kuscewski**, aus Lötzen, am 6. September
Eckhardt, Erika, geb. **Goeritz**, aus Oswald, Kreis Elchniederung, am 2. September
Eich, Erich, aus Grünwiese, Kreis Heiligenbeil, am 4. September
Fandrich, Gerhard, aus Partheinen, Mükühnen, Kreis Heiligenbeil, am 2. September
Groß, Waltraut, geb. **Link**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 29. August
Hagan, Edeltraud, geb. **Kwiedor**, aus Kreis Lötzen, am 7. September
Hundesdörfer, Ulrich, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 4. September
Nauke, Brigitte, geb. **Becher**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 5. September
Köpcke, Hannelore, geb. **Potschka**, aus Ibenhorst, Forst, Kreis Elchniederung, am 4. September
Kuberka, Günther, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 3. September
Majewski, Heinz Otte, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 5. September
Mester, Renate, geb. **Sender**, aus Alt Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 1. September
Morgenstern, Dorothea, geb. **Bonacker**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 4. September
Panziera, Ilse, geb. **Kahlau**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 1. September
Redmer, Helga, geb. **Herrmann**, aus Wehlau, am 7. September
Reinhardt, Heinz, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 6. September
Rohmann, Horst, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 3. September
Scheithauer, Ingrid, geb. **Jeworrek**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 3. September
Stäps, Erika, geb. **Mikat**, aus Schiewenau, Kreis Wehlau, am 2. September
Symanowski, Peter, aus Gingen, Kreis Lyck, am 5. September
Techt, Christel, geb. **Galka**, aus Skoppen und Reichenstein, Kreis Lötzen, am 1. September
Waltz, Rüdiger, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. September
Waskow, Christel, geb. **Bajorat**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 4. September
Wunderlich, Inge, geb. **Redetzky**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. September
Wüpper, Regina, geb. **Lorenz**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 3. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Ahrendt, Gisela, geb. **Jandorf**, aus Siemienau, Kreis Neidenburg, am 5. September
Fiedler, Susi, geb. **Nowak**, aus Wehlau, am 2. September
Möller, Regina, geb. **Steinort**, aus Sieslack, Kreis Preußisch Eylau, am 3. September
Möller, Siegrid, geb. **Thorberger**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 7. September
Sadlowski, Bernd, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 3. September
Schernath, Burkhard, aus Sprindlack, Kreis Wehlau, am 7. September

TERMINE DER LO

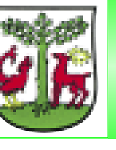
2017
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Jahreskreistreffen

Herzlich lädt die Kreisgemeinschaft vom Sonnabend, 30. September bis Sonntag, 1. Oktober, zum Jahreskreistreffen nach Münster ein. Veranstaltungsort ist die Johanniter-Akademie, Weißenburgstraße 60–64, 48151 Münster. Das Programm:

Sonnabend, 30. September

15 Uhr: Mitgliederversammlung mit Tagesordnung, Begrüßung, Tätigkeitsbericht der Kreisvertreterin Manuela Begett, Kassenbericht der Schatzmeisterin Gertrud Arendt, Bericht der Kassenprüfer, Aussprache zu den Berichten sowie Verschiedenes,

18 Uhr: Abendessen,

19 Uhr: Begegnungen, Gespräche, geselliges Beisammensein.

Sonntag 1. Oktober

8.30 Uhr: Gottesdienst in der Hl.-Geist-Kirche. Zelebrant ist Pfarrer Oskar Müller, Coesfeld,

10.30 Uhr: Festliche Stunde in der Johanniter-Akademie unter Mitgestaltung des Musik-Ensembles Reinhold Kollenberg aus Münster. Programmpunkte:

Begrüßung (Kreisvertreterin),
Totenehrung,
Grußworte,
Festvortrag: Helmut Stange, geb. in Braunsberg, „Ostpreußische Geschichte/n “,
Ostpreußenlied, Deutschlandlied, 3. Strophe,
Empfang durch die Patenstadt Münster,
gemeinsames Mittagessen,

ab 14 Uhr: Ausblick auf die weitere Arbeit – Ausklang des Tages.

Wir freuen uns sehr auf zahlreiche Begegnungen mit Ihnen. Bitte melden Sie sich für Ihre Zimmerreservierung direkt bei der Johanniter-Akademie an. Ansprechpartnerin: Frau Schwarze, Telefon (0251) 97230145. E-Mail: gaestehaus@johanniter.de.

Weitere Auskünfte bei Manuela Begett: E-Mail: manuela.begett@t-online.de oder Telefon (0172) 6814664.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Ostpreußentreffen

Liebe Mitglieder, sehr geehrte Damen und Herren, zum diesjährigen Ostpreußentreffen in Winsen/Luhe, dem Hauptkreistreffen mit der Kreisgemeinschaft Schloßberg sind Sie und mitzubringende Gäste herzlich eingeladen. Wir beginnen diesmal mit einem „Tag der offenen Tür“ in den Heimatstuben in der Rote-Kreuz-Straße 6. Folgendes Programm wird geboten:

Freitag, 1. September

Ab 14 Uhr: Öffnung der Heimatstuben, geselliges Beisammensein, Buchverkauf, Kaffee, Kuchen und Leckeres vom Grill. Ausschank Pillkaller, Glücksrad für unsere kleinen Gäste.

Sonnabend, 2. September

9.30 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Winsener Friedhof mit dem Pfarrer im Ruhestand Kurt Perrey.

Ab 10.30 Uhr: Feierstunde im Schützenhaus unter anderem mit Andacht, Totengedenken, Grußworten und dem Vortrag „Mythos Rominten“ von Christoph Hinkelmann, Ostpreußisches Landesmuseum.

Ab 12 Uhr: Gemeinsames Mittagessen im Schützenhaus.

14 Uhr: Mitgliederversammlung/Kreistagsitzung der Kreisgemeinschaft Schloßberg in der Heimatstube.

14 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Ebenrode in der Stadthalle.

Ab 16 Uhr: Öffnung der Heimatstuben von Ebenrode und Schloßberg.

Der Vorstand bittet um rege Teilnahme und Werbung.

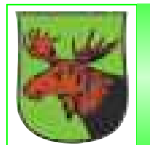
Noreitscher Nachbarschaftstreffen

15. bis 17. September, Brandenburgisches Hauptgestüt, Havelberger Straße 20a, **16845 Neu-**

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

stadt (Dosse): Noreitscher Nachbarschaftstreffen, Kirchspiel Rodebach. Anmeldung und Informationen bei Daniela Wiemer, Telefon (03304) 2069100.



ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen und Versammlung der Mitglieder

Freitag, 1. September bis Sonntag, 3. September, Hotel „Esplanade“, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Kreistreffen und Mitgliederversammlung. Das Programm:

Freitag, 1. September

14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer

14 Uhr: Delegierten-Versammlung im Raum Zürich

16 bis 18 Uhr: Film- und Dia-Vorträge im Raum Luzern (UG)

Sonnabend, 2. September

9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros

9.30 Uhr: Treffen im Restaurant

10 bis 12 Uhr: Lesungen im Raum Luzern (UG)

12 Uhr: Mittagessen

14 Uhr: Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung, verschiedene Grußworte. Im Anschluss Berichte der Kirchspielvertreter sowie Wahlen

Ab 16 Uhr: Gemütliches Beisammensein, plachandern

16 bis 18 Uhr: weitere Bilder, Filme und Bilderfassung im Raum Luzern

Ab 18 Uhr: musikalische Unterhaltung

Sonntag, 3. September

10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Steinhude, Besuch des Agnes-Miegel-Hauses in Bad Nenndorf, Ausklang im Hotel.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de. Besichtigung nach Wunsch.

Kreistreffen

Sonnabend, 16. bis Sonntag, 17. September, Hotel Cap Polonio, Fahltskamp 48, **25421 Pinneberg:** Kreistreffen. Informationen: Geschäftsstelle, Telefon (04101) 22037.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@ kreis-gerdauen.de.

Anderer Zeitplan

Im Programm zum Hauptkreistreffen am 9. und 10. September in Bad Nenndorf gibt es eine zeitliche Änderung. Die Lesung von Benita Junge beginnt am Sonnabend, 9. September, bereits um 14 Uhr (bis 16 Uhr). Dafür rücken die für diese Zeit zunächst vorgesehenen Filme auf den späteren Termin – von 16.30 bis 18 Uhr.

GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Heimattreffen

Zum dreitägigen Heimattreffen bitten die Goldaper in diesem Jahr vom Freitag, 22., bis Sonntag, 24. September, nach Stade. Das Programm

Freitag, 22. September

17.45 Uhr: Bustransfer vom Patenschaftsmuseum zum Schloss Agathenburg,

18.30 Uhr: Empfang im Schloss Agathenburg durch den Landrat des Landkreises Stade aus Anlass des 25-jährigen Kreisvertreter-Dienstjubiläums von Stephan Grigat,

21 Uhr: Bustransfer vom Schloss Agathenburg zum Patenschaftsmuseum.

Sonnabend, 23. September

9 Uhr: Kreistagssitzung (nur für Mitglieder des Kreistages und gewählte Ortsvertreter), Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a, 21680 Stade,

10.30 Uhr: Kreisversammlung (nur für Mitglieder der Kreisgemeinschaft) im Gemeindehaus der Evangelisch-Lutherischen Johannis Kirchengemeinde, Sandersweg 69, 21680 Stade. Anschließend wird ein Imbiss zur Mittagszeit gegen Kostenbeitrag angeboten,

14.30 Uhr: Lesung mit Dr. Christopher Spatz aus seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“, Diskussion mit dem Autor und Zeitzeugengespräche. Ort: Gemeindehaus der Evangelisch-Lutherischen Johannis Kirchengemeinde. Danach Zeit zur freien Verfügung und zum Abendessen in eigener Zuständigkeit,

19.30 Uhr: Ostpreußischer Abend mit gemütlichem Beisammensein und der Filmvorführung „Ein vergessener Landkreis am Rande der Rominter Heide“, Ostpreußen 1991, von Helmut Schröder, Waltraud Schmidt und Stephan Grigat, musikalische Umrahmung. Ort: Gemeindehaus der Evangelisch-Lutherischen Johannis Kirchengemeinde.

Sonntag, 24. September

9.30 Uhr: Bustransfer vom Patenschaftsmuseum zur St. Wilhadi Kirche (weiterer Aufnahmepunkt Hotel zur Einkehr),

10 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Kirche St. Wilhadi mit Pastorin Brandy und Pfarrer Dawid Banach (Goldap),

11 Uhr: Bustransfer von der St.-Wilhadi Kirche zum Mahnmal in den Wallanlagen, Öffnung des Patenschaftsmuseums Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a, 21680 Stade.

11.30 Uhr: Feierstunde am Mahnmal in den Wallanlagen in Stade. Programmpunkte:

– Begrüßung, Stephan Grigat, Kreisvertreter,

– Grußwort der Patenschaftsträger

– Michael Roesberg, Landrat des Landkreises Stade,

– Gedichtvortrag „Es war ein Land“, Gertrud Braumann, Ehrenbürgerin,

– Totenehrung, Stephan Grigat, Kreisvertreter,

– Festansprache, Dr. Gundula Bavendamm, Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung,

– Ostpreußenlied, Nationalhymne, Musikalische Umrahmung: Posaunenchor der Johanniskirche,

12.30 Uhr: Bustransfer vom Mahnmal zum Patenschaftsmuseum,

13 Uhr: Hauptkreistreffen und gemütliches Beisammensein im Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen. Es wird ein kleines Mittagessen gegen Kostenbeitrag angeboten, Ausklang.

Michael Tschierschke ist mit dem aktuellen Verkaufsangebot von Heimatartikeln während aller Veranstaltungen im Patenschaftsmuseum für Sie da.

Stephan Grigat, Kreisvertreter

Kalender

Der Goldap-Kalender 2018 ist ab sofort vorrätig!



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

64. Bundestreffen in Bielefeld

2. bis 3. September, Brenner Hotel, Otto-Brenner-Straße 135, **33607 Bielefeld:** 64. Bundestreffen und 24. Kreisversammlung. Auskunft: Karin Banse, Telefon (05825) 642.

Rohrfelder Treffen in Katzwinkel

10. bis 15. September, Haus Marienberge, Albert-Schmidt-Weg 1, **57581 Katzwinkel-Elkhausen:** 5. Rohrfelder-Treffen. Auskunft: Sigrid Meranke, Telefon (02742) 6022.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, Fax: (035343) 61480. E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen

Sonnabend, 2. und Sonntag, 3. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12 in 31303 Burgdorf bei Hannover. Auch in diesem Jahr freuen wir uns wieder auf unser Kreistreffen in Burgdorf. Diesmal an einem neuen Tagungsort! Das Programm:

Sonnabend, 2. September

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im „Hotel Haase“ in Burgdorf, Lehrter Straße 12

11 Uhr: Gedenkminute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park,

ab 10.45 Uhr fährt ein Bus vom Hotel Haase hin und zurück.

12 Uhr: Öffentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil im „Hotel Haase“,

14 Uhr: Öffnung der Heimatstube und des Archivs in der Wilhelmstraße 3A. Buspendelverkehr vom Hotel Haase zur Heimatstube von 13.45 bis 15.30 Uhr,

16 Uhr: Vortragsveranstaltung

Ab 18.30 Uhr: Gemütliches Beisammensein.

Sonntag, 3. September

9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales im „Hotel Haase“; zirka 10 Uhr: Platzkonzert der Schützenkapelle „Gehrden“

11 Uhr: Feierstunde im Veranstaltungssaal im „Hotel Haase“ mit

– Begrüßung (Elke Ruhnke, Kreisvertreterin),

– Ostpreußenlied,

– Totenehrung (Christian Perbandt, stellvertretender Kreisvertreter),

– Choral von Leuthen (Nun danket alle Gott...),

– Vortrag Ilse Thomann,

– Grußworte,

– Festansprache Dr. Oliver Schulz, Boulogne-Billancourt,

– Instrumentalstück,

– Schlusswort (Elke Ruhnke, Kreisvertreterin),

– Deutschlandlied 3. Strophe

13.30 Uhr: Öffnung der Heimatstube bis 15 Uhr. Es ist ein Buspendelverkehr hin und zurück eingerichtet,

16 Uhr: Offizielles Ende des Hauptkreistreffens.

Änderungen vorbehalten.

Sondertreffen

Sonnabend, 2. September, 15.30 Uhr, Hotel „Haase“, Lehrter Straße 12, **Burgdorf:** Stadtgemeinschaft Zinten.

Sonnabend, 2. und Sonntag, 3. September, während des Kreistreffens, Hotel „Haase“, Lehrter Straße 12, **Burgdorf:** Kirchspiele Brandenburg und Pörschken.

Die Anfahrt

Aufgrund der Lage am westlichen Ortsrand von Burgdorf ist das Hotel Haase problemlos und schnell aus allen Richtungen über die umliegenden Autobahnen zu erreichen. Gäste, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln anreisen möchten, finden in 800 Metern Entfernung den örtlichen Bahnhof mit direktem S-Bahn-Anschluss an den Hauptbahnhof Hannover.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Jahreshaupttreffen

8. September, 15 Uhr, Sitzungssaal C2, Rathaus, **Krefeld:** Jahreshaupt- und Mitgliederversammlung.

9. September, Gemeindesaal, Friedenskirche **Krefeld:** Jahrestreffen.

Treffen der Heimatgruppen

Hamburg – Mittwoch, 6. September, 12 Uhr, Veranstaltungsraum Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg: Videovortrag oder Autorenlesung. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.

Heimatgruppe Sachsen – Sonnabend, 16. September, 14 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau: „Mit dem Fahrrad nach Ostpreußen” – Reisebericht von Dieter Am-Ende aus Johanngeorgenstadt. Informationen: Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.

Heimatgruppe Schwerin – Mittwoch, 13. September, 12 Uhr, Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt: Treffen. Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail hehartig@web.de.

Heimatgruppe Thüringen – Sonntag, 10. September, 14 Uhr, Rigaer Straße 8/17, 99091 Erfurt: Mit-gliedertreffen bei Familie Milbitz. Weitere Informationen: Jürgen Böhlke, Dresdener Straße 5, 99817 Eisenach, Telefon (03691) 211105, E-Mail: fjboehlke@gmail.com.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Kreistagssitzung

Satzungsgemäß ergeht hiermit die Einladung zur Sitzung des Kreistages am Sonnabend, 2. September ab 14 Uhr, und Montag, 4. September von 9 bis 12 Uhr. Am Sonntag, 3. September um 11 Uhr nimmt der gesamte Kreistag am 62. Hauptkreistreffen der Johannisburger teil, Saal 9/10, Kongresszentrum Westfalenhallen, Dortmund. Veranstaltungsort der Kreistagssitzung ist das „Mercure

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

Hotel Dortmund Messe und Kongress. Strobelallee 41, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 1204/245.

Anreise: Sonnabend, 2. September bis 13 Uhr (Hauptbahnhof mit der U-Bahn 45) Abreise: Montag, 4. September (nach der Kreistagssitzung). Anmeldungen mit eventuellen zusätzlichen Tagesordnungspunkten sind bitte zu richten bis zum 15. August an den Ersten Vorsitzenden, Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel. Das Programm:

Sonnabend, 2. September

1. Eröffnung und Begrüßung
1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen und fristgerechten Einladung
1.2 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
1.3 Beschluss der Tagesordnung
1.4 Genehmigung des Protokolls der Kreistagssitzung am 3. und 5. September 2016
2. Totenehrung
3. Entgegennahme des Jahresberichts des Kreisausschusses (Vorstand)
– Aussprache –
4. Bericht des Vereins „Rosch“
– Aussprache –
5. Bericht der Vertreterin des Patenkreises
– Aussprache –
6. Entgegennahme der Jahresabrechnung für das Haushaltsjahr 2016
7. Bericht des Prüfungsausschusses
8. Antrag der Kassenprüfer auf Erteilung der Entlastung des Kreisausschusses
9. Feststellung des Einnahmen- und Ausgabenvoranschlages für das Jahr 2018

Montag, 4. September

10. Neuwahl des Vorstandes
11. Wahl von zwei Kassenprüfern
12. Berichte der Kirchspielvertreter
13. Tagungen und Veranstaltungen
14. Kreistreffen und Kreistagssitzung 2018
15. Aufgaben und Ziele für das Jahr 2018
16. Verschiedenes
17. das Schlusswort des Kreisvertreters.

62. Kreistreffen

Unter dem Leitwort „60 Jahre Einsatz für Menschrechte, Heimat und Verständigung“ treffen sich die Teilnehmer am Sonntag, 3. September, in Saal 9/10, des Dortmubnder Kongresszentrums Westfalenhallen. Einlass ist um 9 Uhr, Beginn um 11 Uhr. Die musikalische Einleitung übernimmt Taisia Fischer, die Begrüßung der Kreisvertreter Manfred Solenski. Es folgen:

– Singen mit musikalischer Begleitung von „Großer Gott wir loben Dich“,
– eine Andacht mit Gerhard Boesler, Stellvertretender Kreisvertreter,
– Glocken der Heimat (Robert Pappert): Chor „Heimatmelodie“ der „Deutschen aus Russland“ unter der Leitung von Taisia Fischer,
– die Grußworte der Gäste,
– der Jahresbericht von Manfred Solenski,
– die Wahl des Kreistages: Wahlleiter N.N.,
– das Singen des Masurenliedes „Meine Heimat ist so schön“. Chor „Heimatmelodie“,
– dass Schlusswort von Manfred Solenski,
– das Singen „Land der dunklen Wälder“ sowie des Deutschlandliedes (dritte Strophe).



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Königsberger Treffen

Sonnabend, 16. September, 10.30 bis 16 Uhr, ehemaliges Museum Stadt Königsberg, Karmelplatz 5, 47051 Duisburg: Königsberger Treffen mit Kulturprogramm und unserer diesjährigen Versammlung (ohne Wahlen). Das Programm:

11 Uhr: Verleihung der Königsberger Bürgermedaille an Dr. Peter Wörster und Vortrag des Geehrten über „Entdeckungen früher Spuren Königsberg 1945 – 48“. Peter Wörster verdanken wir das erste Straßenverzeichnis der Stadt mit den deutschen und russischen Namen. Danach: Mitgliederversammlung der Stadtgemeinschaft Berichte des Vorstandsm Bürgerbrief, Finanzen und Neubau in Lüneburg,

13 Uhr: gemeinsames Mittagessen und Stöbern in Bücherverkauf,

14 Uhr: „Wanderung durch das heutige Kaliningrad unter besonderer Berücksichtigung des Königsberger Baubestands“ – ein Vortrag von Jörn Pekrul (Großphotos). Ferner trägt Friederike Lisken (Cello) Ostpreußisches Liedgut zum Mitsingen und Mitsummen vor.

Um alles besser planen zu können, bitten wir Sie, Ihre Zusage an Frau Fischer durchzugeben: Mo, Mi, Fr, 9 bis 13 Uhr, Telefon (0203) 283-2151, E-Mail: Siehe Bürgerbrief 89. Hinweis: Alle Post, die unseren Bürgerbrief betrifft, erbitten wir zukünftig an unser Patenschaftsbüro. *Lorenz Grimoni, Zweiter Vorsitzender*



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Heimatkreistreffen

Ein spannendes und vielseitiges Programm bietet das Heimatkreistreffen in Otterndorf vom 15. bis 17. September:

Freitag, 15 September

19.30 Uhr: St. Severi-Kirche zu Otterndorf: Muskalische und literarische Reise durch Ostpreußen. Isabelle Kusari und Jun Zhao singen und spielen Lieder aus der Heimat. Vorgetragen werden zudem Gedichte, Begebenheiten und Geschichten. E.T.A. Hoffmann, Agnes Miegel, Joseph von Eichendorff und Ruth Geede sind nur einige Dichter-Namen, die an diesem Abend zu Gehör gebracht werden.

Sonnabend, 16. September

9.30 Uhr: Gedenkfeier am Labiauer Stein „Am Großen Specken

10 Uhr: Offizielle Eröffnung in der Stadthalle, Fröbelweg

11 Uhr: Feierstunde – Unser diesjähriges Thema: Leben an der Küste

Nachmittags: eine Tanzgruppe aus der Wingst

19 bis 22 Uhr: Ein gemütlicher Abend bei Musik und Tanz. Der Eintritt kostet pro Person zehn Euro. Unser Museum Torhaus Otterndorf hat geöffnet, die Zeiten sind in der Stadthalle zu erfragen. Die Bilderausstellung Labiau Stadt und Land, wie es einmal war, wird in der Veranstaltungshalle gezeigt.

Weitere Infos beim Kreistreffen. Anmeldung erbeten, Brigitte Stramm, Telefon (04853) 562.

Sonntag 17. September

Wir erkunden Otterndorf: Mit allen, die am Sonntag noch da sind, wollen wirnoch schöne gemeinsame Stunden verbringen. Wir widmen uns dieses Mal speziell Otterndorf, machen eine gemeinsame Fahrt mit der kleinen Bahn durch den Ort bis zum Strand an der Elbe. Frau Holthausen wird unsere Begleiterin sein und uns Interessantes und Wissenswertes berichten. Denn das diesjährige Motto heißt: „Leben an der Küste.“ Wir knüpfen mit der Fahrt an den Festvortrag von Herrn Auf dem Felde aus Osten an. Anschließend gibt es ein gemeinsames Essen im Restaurant Elbterrassen, direkt auf dem Elbdeich in Otterndorf. Teilnahmekosten Strandexpressfahrt und Essen pro Person 20 Euro. Der Ausflug endet gegen 14 Uhr.

Es wäre sehr schön, wenn Sie sich bereits im Vorfeld zur Teilnahme anmelden würden, damit wir besser planen können, denn die Plätze im Strandexpress sind mit zirka 45 begrenzt. 10.30 Uhr Start an der Kirche.

Wir hoffen auf eine rege Beteiligung und wünschen eine gute Anreise nach Otterndorf

Brigitte Stramm, Kreisvertreterin



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Öffentliche Tagung des Kreistags

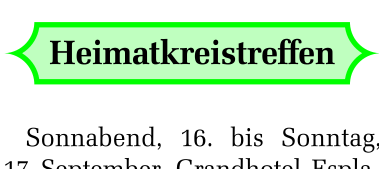
Sonnabend, 16. September, 10.30 bis 13 Uhr, Hotel Esplanade, 31542 Bad Nenndorf: Öffentliche Tagung des Kreistags mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit,
2. Genehmigung der Tagesordnung,
3. Genehmigung des Protokolls der Kreistagssitzung vom 17. September 2016,
4. Bericht des Vorstandes,
5. Kassenbericht über das Haushaltsjahr 2016,
6. Bericht der Kassenprüfer,
7. Entlastung des Schatzmeisters und des Vorstandes,
8. Präzisierung und Abstimmung der Anträge aus Kreisausschuss-Sitzung vom 25. Februar 2017 in Gießen,
9. Vorbereitung und Ablauf der Wahl zum 9. Kreistag in 2018,
a) Satzungsänderung in § 9 – 1. von 15 auf 11. stimmberechtigte Kreistagsmitglieder
b) Termin
c) Wahlausschuss
d) Wahlvorschläge
10. Neue Anträge/Mitteilungen,
11. Haushaltsvoranschlag 2018, inklusiv Zwischenergebnis 2017; Monate 01 bis 08,
12. Anregungen/Anfragen/Verschiedenes

Die Kreistags-Mitglieder haben fristgemäß eine schriftliche Einladung erhalten.

Manfred Solenski, Kreisvertreter

Labiau: Beim Kreistreffen in Otterndorf unterhält die Sängerin Isabell Kusari am Freitag mit einem ostpreußischen Abend Bild: privat



Heimatkreistreffen

Sonnabend, 16. bis Sonntag, 17. September, Grandhotel Esplanade, L' Orangerie, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Heimatkreistreffen. Wir laden Sie herzlich dazu ein und würden uns sehr freuen, viele Landsleute, deren Nachkommen und Heimatfreunde in Bad Nenndorf begrüßen zu dürfen. Sie können Ihre Zimmerbuchungen im Grandhotel Esplanade unter Telefon (05723) 798110 oder per E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de vornehmen. Ebenso ist Ihnen die Tourist-Information unter der Telefon (05723) 748560 oder per E-Mail: tourist-info@badnenndorf.de behilflich. Der Programmablauf:

Sonnabend, 16. September

10.30 bis 13.30 Uhr: Kreistagssitzung, Sitzungsraum Grandhotel Esplanade. Diese Sitzung ist öffentlich.

14 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume mit individueller Begrüßung der Teilnehmer,

15.30 Uhr: Gemeinsames Kaffeetrinken mit netten Gesprächen. Ebenso Möglichkeit zum Erwerb von Aquarellen und Bildern aus dem Kreis Mohrungen,

ab 19.30 Uhr: Gemütliches Beisammensein mit Musik und Überraschungen.

Sonntag, 17. September

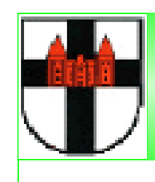
9 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume,

9.30 Uhr: Besuch des Agnes Miegel-Denkmals mit Blumenniederlegung,

10.30 Uhr: Feierstunde – gemeinsamem Gesang „Land der dunklen Wälder“ – Begrüßung der Teilnehmer durch die Kreisvertreterin – Totenehrung durch Elisabeth Krahn, gemeinsam singen wir: „Großer Gott wir loben dich“ – Festrede: „Das 500-jährige Reformationsjubiläum aus ostpreußischer Sicht“ – Schlussworte, danach gemeinsamer Gesang des „Deutschland Liedes“, dritte Strophe,

14.30 Uhr: Versammlung der Mitglieder. Danach ein gemütliches Ausklingen bei Kaffee und Kuchen sowie guten Gesprächen. Schon jetzt bedanken wir uns ganz herzlich für Ihr Kommen zu unserem diesjährigen Heimatkreistreffen!

Bis zum Wiedersehen in Bad Nenndorf grüßt Sie in heimatlicher Verbundenheit der Vorstand der Kreisgemeinschaft Mohrungen



NEIDENBURG

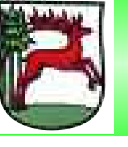
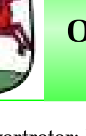
Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Heimattreffen

Zu unserem Heimattreffen am Sonntag, dem 3. September laden wir alle Landsleute und Freunde unserer Kreisgemeinschaft recht herzlich ein. Es findet, wie bereits zum ersten Mal vor zwei Jahren, im Erich-Brühmann-Haus, Kreyenfeldstraße 32, 44894 Bochum-Werne, statt. Dieses Gebäude liegt genau gegenüber unserer Heimatstube, die am 3. September zwischen 13 und 16 Uhr geöffnet sein wird, Einlass in das Brühmann-Haus ist ab 9 Uhr. Die Feierstunde beginnt um 11 Uhr. Ein Grußwort erwarten wir von dem neu gewählten Oberbürgermeister unserer Patenstadt Bochum Thomas Eiskirch.

Die Feierstunde wird umrahmt mit Liedern des Ihnen allen seit Jahrzehnten bekannten Andza-Chors. Ab 12 Uhr heimatliches Beisammensein, Gelegenheit zur Stärkung innerhalb des Veranstaltungslokales. Angeboten werden ein kleines Mittagessen, wie auch Kaffee und Kuchen. Hinzuweisen ist noch darauf, dass bei dieser Zusammenkunft DVDs von Neidenburg, wie auch Landkarten und Stadtpläne zu erhalten sind. Um 17 Uhr wird die Veranstaltung beendet. Über eine große Besucherzahl würde sich der Vorstand freuen und Sie am 3. September herzlich begrüßen.

Jürgen Szepanek

ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Hauptkreistreffen

17. September, Kulturzentrum unserer Patenstadt Herne, 44623 Herne, Willi-Pohlmann-Platz 1: Hauptkreistreffen. Parkmöglichkeiten sind vorhanden in der Tiefgarage des Kulturzentrums und auf dem Marktplatz in der Nähe der Stadtsparkasse. Übernachtungsmöglichkeiten in Nähe des Kulturzentrums bieten in verschiedenen Preisklassen unter anderen das Hotel zur Post, Telefon (02323) 52054, das Hotel B&B, Telefon (02323) 946860 und das Park Hotel, Telefon (02323) 9550.

Anfahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Ab Hauptbahnhof Bochum und ab Bahnhof Herne mit der U-Bahn U 35 bis Herne. Haltestelle: Kreuzkirche / Archäologisches Museum.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit Ihnen in Herne!

Dieter Chilla, Kreisvertreter

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Versammlung der Mitglieder

Im Rahmen des Hauptkreistreffens findet am Sonnabend, 16. September, von 11.15 bis 12.15 Uhr, in der Stadthalle, Osterode (Harz) auch die Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung:

1. Begrüßung,
2. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 17. September 2016,
3. der Jahresbericht des Kreisvertreters,
4. Jahresrechnung 2016,
5. Bericht der Kassenprüfer,
6. Genehmigung des Jahresberichtes des Kreisvertreters und der Jahresrechnung,
7. Entlastung des Vorstandes,
8. Ehrungen,
9. Verschiedenes,

Burghard Gieseler, Kreisvertreter

Hauptkreistreffen

Liebe Ostpreußen, die neuen Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Osterode Burghard Gieseler und Dr. Uwe Dempwolff möchten das nächste Hauptkreistreffen mit für andere Interessierte öffnen. Deshalb haben sie die Schriftstellerin und Regisseurin Freya Klier eingeladen, die aus ihrem Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens" liest. Hier das ganze Programm der Veranstaltung, die am Sonntag, 17. September in der Stadthalle, Osterode am Harz stattfindet:

9.30 Uhr: Einlass,
11 Uhr: Glockengeläut aus der Evangelischen Stadtkirche in Osterode Ostpreußen,
11.05 Uhr: Begrüßung der Teilnehmer durch den Kreisvertreter
11.10 Uhr: Totenehrung,
11.15 Uhr: Ansprache des Kreisvertreters,
11.35 Uhr: Musikbeitrag der Kreismusikschule Göttingen,
11.40 Uhr: Grußworte,
12.10 Uhr: Musikbeitrag der Kreismusikschule Göttingen,
12.15 Uhr: Die Schriftstellerin und Regisseurin Freya Klier liest aus ihrem Buch „Wir letzten Kinder der Ostpreußens",
12.50 Uhr: Musikbeitrag der Kreismusikschule Göttingen,
12.55 Uhr: Schlusswort des Kreisvertreters,
13 Uhr: Ostpreußenlied und Nationalhymne,
13.05 Uhr: Ende der Feier.

Im Anschluss an die Feierstunde ist unsere Heimatstube bis 18 Uhr geöffnet.

Weitere Informationen: Freya Rosan, Ketsche 2, 27339 Riede, Telefon (04294) 4446166, Mobil (0175) 1183753, E-Mail: freya.rosan@ewetel.net



RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Hauptkreistreffen in Neuss

16. bis 17. September, Berufsbildungszentrum, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss: 33. Hauptkreistreffen. Am Sonntag Festgottesdienst in der Kapellen der Augustinerinnen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

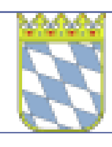
Hauptkreistreffen in Syke

Sonnabend, 9., und Sonntag, 10. September, 15 Uhr, Kreismuseum Syke: Hauptkreistreffen mit Mitgliederversammlung am 10. September, 11 Uhr, Tagungslokal Wessels Hotel, Hauptstraße 33, 28845 Syke.

Ausstellung Kirchenbauten

9. September bis 9. November, Kreismuseum Syke: Sonderausstellung „Evangelische Kirchenbauten im Kreis Wehlau und im nördlichen Ostpreußen. Von der Reformation bis heute." Die Eröffnung findet am 9. September, um 15.30 Uhr im Foyer des Museums statt.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Hof – Sonnabend 9. September, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube: Erntedankfeier. – Donnerstag, 14. September, 19.30 Uhr, Gemeindehaus Michaeliskirche: Vortrag zum Lutherjahr.

Landshut – Dienstag, 5. September: Ausflug mit Privatautos zum Wendelstein. – Dienstag, 19. September, 12 Uhr, „Insel": Königsberger Klopsessen.

München – Freitag, 8. September, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Frauengruppe.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.



Buchen: Einweihung der neugestalteten Gedenkstätte für die Opfer von Flucht und Vertreibung Bild: privat

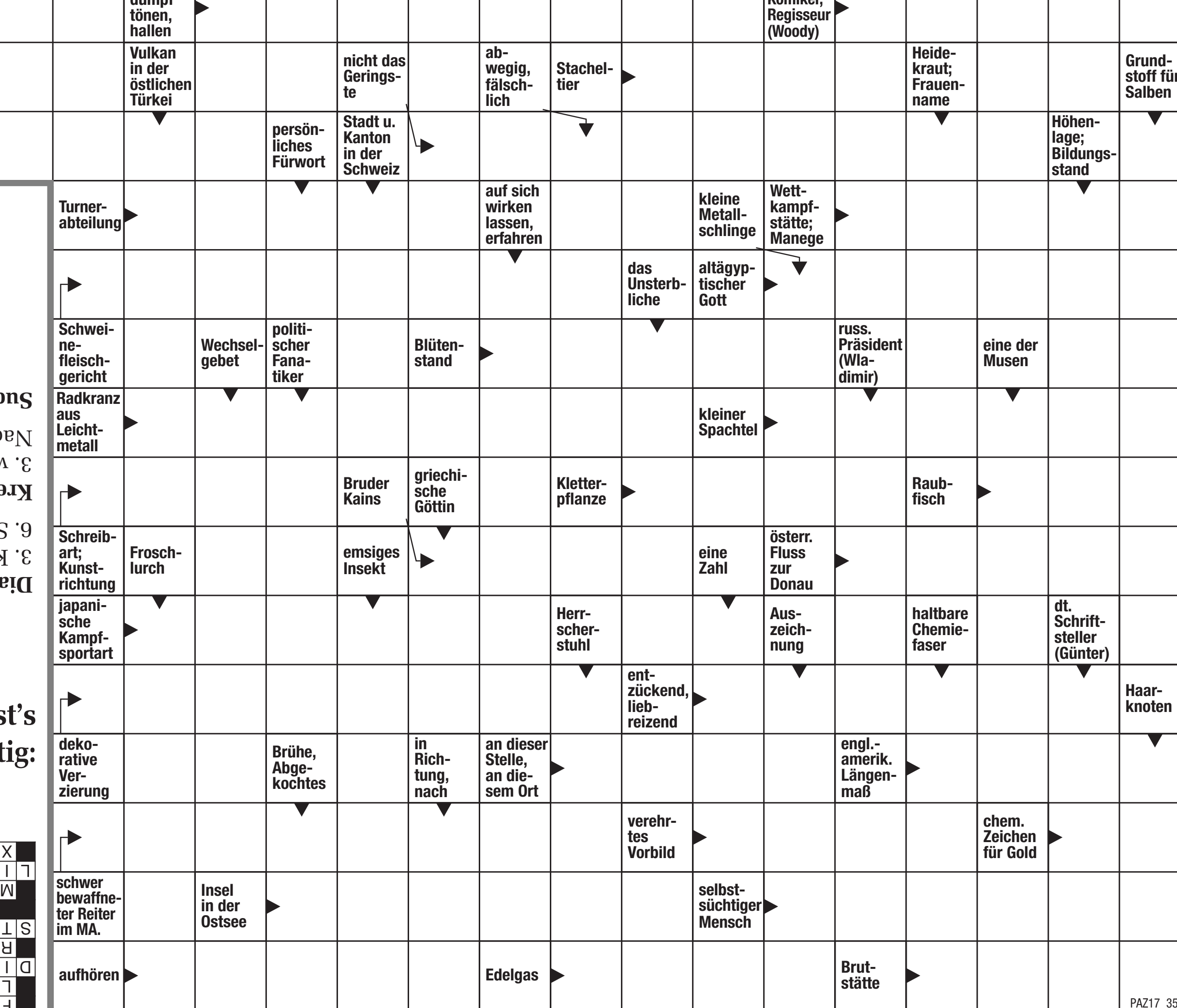
Buchen – In festlichem Rahmen wurde im Buchener Stadtteil Hainstadt am Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung die neugestaltete Gedenkstätte in Erinnerung an die Heimatvertriebenen, ihr Schicksal und ihre Familien eingeweiht.

Der Kirchenchor St. Anna unter Leitung von Dirigent Magnus Balles leitete den Abend mit dem „Ännchen von Tharau" ein. Ortsvorsteher Bernd Rathmann freute sich über das rege Interesse der Bevölkerung und sprach von einer „Stätte der Trauer und Erinnerung, die einem Aufruf zur Humanität darstellt". Für die Kreisgruppe der Westpreußen, Ostpreußen und Pommern übernahm Vorsitzende Rosemarie S. Winkler das Grußwort. „Durch Vertreibung und Flucht endet alles, was bisher behufs Heimat, Kultur und Identität normal erschienen war", erklärte sie. Zwölf Millionen Flüchtlinge wurden nach 1946 aufgenommen – acht davon in der westlichen Besatzungszone, vier Millionen in der damaligen Sowjetzone.

Nach dem Lied „Wenn in stiller Stunde" ging Ortsvorsteher Rathmann vertiefend auf das verwirklichte Projekt ein. „Die Integration der Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich vollzogen", bemerkte er und stellte gleichsam die Frage, ob wirklich „Deutsche zu Deutschen" kamen: So wurden nicht nur Menschen aus den ehemals deutsche Ostgebieten im heutigen Bundesgebiet heimisch – auch Donauschwaben aus Jugoslawien oder Deutschbalten fanden eine neue Heimat. Insgesamt waren es 861000 „Neubürger" allein in Baden-Württemberg, die zumeist ländlichen Gegenden zugewiesen wurden. Nicht alle profitierten jedoch vom Wirtschaftswunder: „Sie hatten die alte Heimat verloren und keine Neue gefunden", betonte Rathmann in seiner nachdenklichen Ansprache. Oft rechneten Vertriebene zudem mit der durch Medien immer wieder in Aussicht gestellten Rückkehr in den Geburtsort, die aber spätestens durch den Eisernen Vorhang zur Illusion verkam. In Hainstadt wurden 1946 bereits 482 Flüchtlinge registriert. „Das Zusammenleben verlief durch die räumliche Enge freilich nicht immer ohne Probleme, doch schrieben 110 Trauungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen Integrationsgeschichte", stellte Bernd Rathmann, dessen Wurzeln selbst in Danzig und Sopot liegen, klar. Auch aufgrund der Herkunft seiner Familie sei es ihm „ein Herzensanliegen" gewesen, das Grabmal zu sanieren. Er dankte vor allem dem von Ewald Gramlich geleiteten Heimatverein Hainstadt, Steinmetz Ralf Drolshagen und den Bauhofmitarbeitern sowie der Kreisgruppe der Westpreußen, Ostpreußen und Pommern, denen künftig die Pflege obliegt.

Mit teils sehr persönlichen Anekdoten gespickte Gedanken zur alten Heimat kamen von Christa Nuß (Ostpreußen), Maria Mayer (Oberschlesien), Annemarie Gärt-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

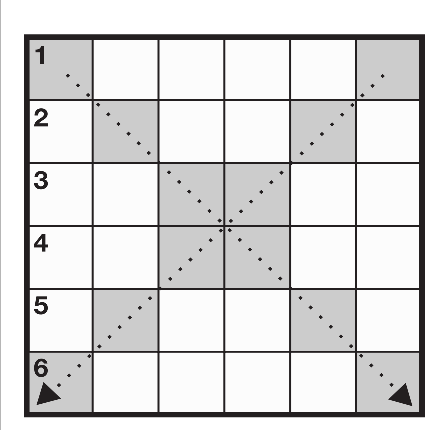


Sudoku

2	9	6			3			
	3		6	1		2		9
		7	8					
	7				6			
	5	2				7	8	
			7				3	
					8	5		
5		3		6	2		7	
			4			1	2	8

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



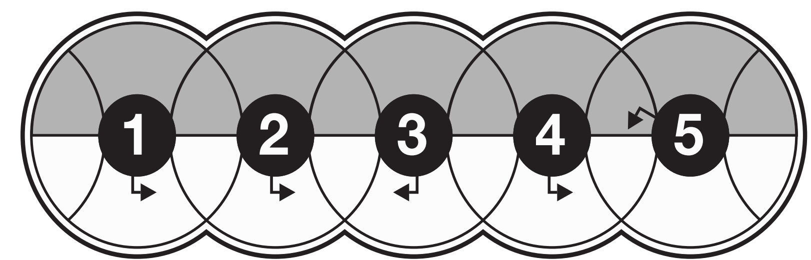
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Früchte.

1 spanisch-ital. Adelsgeschlecht
2 Gewährsmann, Bürge
3 Staat in Nordamerika
4 später, hinterher
5 Wartezeit, Sperrfrist
6 Getreidekornhülse

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Nähutensil.

1 des Weiteren, außerdem, 2 spanische Stadt am Tajo, 3 bezogen, bedeckt (Himmel), 4 aufgesprungen, brüchig, 5 akustisches Alarmgerät



So ist's richtig:



Diagonalrätsel: 1. Borgia, 2. Garant, 3. Kanada, 4. danach, 5. Karenz, 6. Spelze – Banane, Ananas

Kreiskette: 1. sodann, 2. Toledo, 3. wolkig, 4. rissig, 5. Sirene – Nadelkissen

Sudoku:

PAZ17_35

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

ner (Pommern), Irmgard Hauck (Westpreußen) und Georg A. Winkler (Nordmähren). Aus der Sicht Einheimischer sprach die mit einem gebürtigen Ostpreußen verheiratete Gabriele Stobe (Walldürn/Buchen) über die Situation im Deutschland der direkten Nachkriegszeit: „Die vielen Hochzeiten zwischen Alteingesessenen und Vertriebenen sind ein Zeichen dafür, wie aus Fremden Freunde wurden, die sich lieben lernten“, blickte sie zurück.

Pfarrerin Irmtraud Fischer sprach im Namen beider Buchener Kirchen von einem Mahnmal, das seinen Beitrag dazu leisten möge, Flucht und Vertreibung begünstigende Zustände nie wieder erleben zu müssen. Nach einem Gebet erhoffte Rosemarie Winkler „ein gutes Miteinander auch in Zukunft“, ehe ein besonderes „Miteinander“ in Form des im Chor angestimmten Volksliedes „Kein schöner Land“ die Gedenkstunde beschloss.

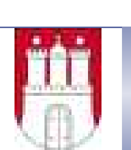


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



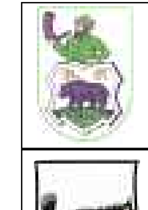
Frauengruppe – Mittwoch, 13. September, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin: Treffen mit dem Thema „Reiseberichte“. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

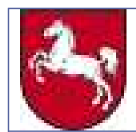
Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 2. September, 14.30 Uhr, Waldfriedhof, Darmstadt: Tag der Heimat, Gedenkstunde mit Kranzniederlegung. Die Sprecher der Gruppe würden sich sehr über eine rege Beteiligung freuen.

Kassel – Donnerstag, 7. September, 14.30 Uhr, AWO-Altenzentrum, Am Wehrturm 3: Vortrag von Gerhard Schröder „Überlebt im Nachkriegschaos – zwischen Pobethen und Königsberg (1945-1947).

Wetzlar – Montag, 11. September, 19 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen mit Vortrag von Roland Virnich „Die preußische Ostbahn – Lebensader für West- und Ostpreußen“. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Sonnabend, 2. September, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Feststunde des BdV-Kreisverbandes zu Tag der Heimat. Ansprache: Staatsminister Axel Wintermeyer. – Dienstag, 12. September, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Frauengruppe. – Donnerstag, 14. September, 12 Uhr, „Haus Waldlust“, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Falscher Hase

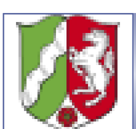
Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 8. September bei Frau Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. ESWE-Busverbindung: Linie 16, Haltestelle Ostpreußenstraße. – Sonntag, 17. September, 11 Uhr, Biebricher Schloss: 4. Hessischer Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation und „Zentraler Tag der Heimat“. Platzkonzert ab 10.30 Uhr. Festakt mit anschließendem Empfang.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Mittwoch, 13. September, 15 Uhr, Stadthotel Eversten, Hauptstraße 38, Oldenburg: Treffen mit Vortrag von Dr. Jörg Barfod, Kustos des Ostpreußischen Landesmuseums, Lüneburg, „Cadiner Majolika - Gebrauchs- und Kunstkeramik aus Cadinen, Westpreußen.“ Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bonn – Mittwoch, 6. September, 18.30 Uhr, Parksaal, Godesberger Stadthalle: Bonner Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat mit dem Leitwort „60 Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung“. – Sonntag, 17. September, 11 Uhr, Münsterplatz: Ostdeutscher Markttag zum Tag der Heimat.

Dortmund – Montag, 18. September, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Zusammenkunft der LO-Kreisgruppe.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 9: Chorprobe der Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland. –Mittwoch, 6. September, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Freitag, 8. September, 18 Uhr, Restaurant „Lauren's“, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Sonnabend, 9. September, 11 Uhr, GHH, Konferenzraum, Bismarckstraße 90: Tag der Heimat. – Dienstag, 12. September, 19 Uhr, GHH: Dokumentarfilm „Wir sind Juden aus Breslau“, 108 Minuten, Regie: Karin Kaper und Dirk Szuszies. – Mittwoch, 13. September, 19 Uhr, GHH: Film, 2013, 86 Minuten, Regie: Helena Trestikova – Freitag, 15. September, GHH: Ausstellung „Briefmarkenmotive – Deutschland zwischen Besatzungszonen und Zwei-Staaten-Lösung (1945-57)“. – Sonnabend, 16. September, 11 Uhr, Infostand Hauptbahnhof Düsseldorf: Wandertreff. - Dienstag, 19. September, 19 Uhr, GHH: Lesung mit Autor Jiri Hajicek „Der Regenstab“. – Mittwoch, 20. September, 15 Uhr, GHH: Leseinspirationen aus der Bibliothek, Bücher zum Thema „Martin Luther und die Reformation“.

Neuss – Sonnabend, 9. September, 14 Uhr, Ostdeutscher Gedenkstein, Oberstraße: Gedenkfeier. Im Anschluss findet im Marienhaus, Kapitelstraße 36 eine Feierstunde statt. Es gibt einen Bustransfer vom Gedenkstein zum Marienhaus. Veranstalter ist der BdV-Kreisverband Neuss. – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe.

Viersen-Dülken – Sonnabend, 9. September, 14 Uhr, evangelische Gemeindehaus, Jakob-Krebs-Straße 121, Viersen: Tag der Heimat. Das Leitwort spricht Renate Tippmann. Die Gedenkstunde beginnt mit einer ökumenischen Andacht und wird mit Liedern, Mundartgedichten und einer gemeinsamen Kaffeetafel abgerundet. Es wirken wieder mit: Die Leddschesweäver aus Anrath unter Leitung von Dr. Christoph Carlhoff, Friedrich Kluth und Else Tresp mit Mundartvorträgen, ferner die Original Flöthbachtaler Musikanten Anrath unter der Leitung von Rolf Jansen.

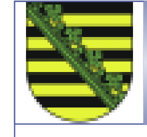
Witten – Montag, 18. September, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Vorträge und Gedichte unserer Landsleute und Gäste.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

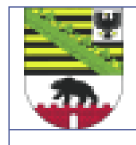
Mainz – Sonnabend, 2. September, 12 Uhr, Urania, An der Urania 17, Berlin: Tag der Heimat in Berlin. Leitwort „60 Jahre Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung“. 15 Uhr, Theodor-Heuss-Platz, Berlin: Kranzniederlegung. – Donnerstag, 14. September, 15 Uhr, Mundus Residenz, Große Bleiche 44: Schabbernachmittag.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

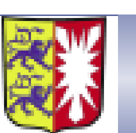
Limbach-Oberfrohna – Sonntag, 10. September: 4. Gedenktag für Vertriebene in Dresden.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Dienstag, 5. September, 13 Uhr, Immermannstraße 19: Treffen der Stickerchen. – Sonntag, 10. September, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Tag der Heimat, anschließend: Vorstandssitzung. – Freitag, 8. September, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singkreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg – Dienstag, 12. September, 15 Uhr, „Haus im Stadtpark“ in Burg: Monatstreff der Landsmannschaft. Nach Beendigung der Sommerpause wird beim Treffen der Landsmannschaft „Ost,- Westpreußen und Danzig“ Ekkehard Schmidt aus Eckernförde über Theodor Storm, der in diesem Jahr seinen 200. Geburtstag feiert, berichten. Gäste sind herzlich willkommen.

Flensburg – Donnerstag, 14. September, 15 Uhr, TSB-Gaststätte: Tag der Heimat mit Kaffeetafel.

Neumünster – Mittwoch, 13. September, 12 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Gemeinsamen Mittagessen. Anschließend hören wir die ostpreußische Marjell Gerda Heykena mit „Kriemelchen“ aus ihrem neuen Programm. Anmeldungen bitte bis zum 6. September unter Telefon (04321) 82314.

Pinneberg – Donnerstag, 14. September, 15 Uhr, „Mondea“, Mühlenstraße 70d: Film über Ostpreußen.

Uetersen – Freitag, 8. September, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: „Die Stekkrübe, letzte Rettung vor dem Verhungern. Weltkriegswinter 1916/17 und wieder 30 Jahre danach 1946/47“ von Dr. Manuel Ruoff, PAZ. – Sonntag, 10. September, 11 Uhr, Gedenkstein der Deutschen, Tantaus Allee: Tag der Heimat, Kranzniederlegung und Gedenken.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 231414.

Landesgruppe – Donnerstag, 7. September, 14 Uhr, Vereinshaus, Naumburger Straße: Herbstfest „25 Jahre Ortsverband Hermsdorf e.V.“ – Donnerstag, 7. September, 14 Uhr, Klub der Volkssolidarität, Rötweg 6: Heimatnachmittag der Gruppe „Immanuel Kant“. – Sonnabend, 16. September, 11 bis 16 Uhr, „Zur Schenke“, Erfurt: Tag der Heimat.

Unverschämte Forderungen

Zu: Wenn Warschau zündelt (Nr. 32)

Liest man den Artikel, in welchem der Autor zu Recht die unverschämten polnischen Forderungen nach weiteren Reparationen durch Deutschland tadelt, so könnte man zu der Auffassung gelangen, alle Vertriebenen hätten auf ihre Ansprüche im Deutschen Osten verzichtet. Dies aber ist keineswegs der Fall, und die Vertriebenenverbände haben kein Recht, für ihre Klientel oder auch für nichtorganisierte Flüchtlinge und deren Nachkommen auf Wiedergutmachung zu verzichten. Auch erinnere ich mich an keine Umfrage unter den Vertriebenen, die einen Verzicht auf Wiedergutmachung bestätigen würde. Vermutlich stimmen die meisten einem Gewaltverzicht zu.

Auch Völkerrechtler wie Alfred de Zayas sind der Auffassung, dass der durch die Vertreibung verursachte Bruch des Völkerrechts eine Wiedergutmachung erfordert.

Überhaupt ist es fragwürdig, dass Polen, welches sich überaus kriegstreiberisch betätigte, von Deutschland Reparationen erhielt, nachdem es sich große Landflächen und das Hab und Gut der Deutschen oft auf brutale Art angeeignet hatte. Wie hoch sind diese Verluste anzurechnen, die Polen als Kriegsgewinn zuflossen? **Brigitte Bean-Keiffenheim, 60320 Frankfurt**

Merkels schlecht gespielte »Mutti«-Rolle

Zu: Ein „Mordsweib" (Nr. 29)

Ungesund und fatal ist die Beziehung der Deutschen zu ihrer Kanzlerin? Der Deutschen? Ich bezweifle stark, dass man wirklich von „den Deutschen" sprechen kann. Zu ihrer Kanzlerin? Auch das ist stark zu bezweifeln. Was bedeutet es schon, wenn sich die „Zeit" freut, dass Merkel so beliebt ist? Nichts.

Umfragen, wie die von Infas, haben keinen großen Stellenwert. Andere kommen zu einem anderen Wert. Man muss doch nur das, was ich wissen will, in die richtige Richtung leiten. Und schon steht das gewünschte Ergebnis fest. Es gibt den Spruch, „glaube keiner Statistik, die du nicht selber gefälscht hast".

Hoffentlich bleiben alle, die Kanzlerin Angela Merkel als „Mordsweib" bezeichnen, ihr im Falle eines Wahlsieges auch dann bei der „Stange", wenn es mit ihr bergab geht.

„Eine Mutter kann nicht abgewählt werden", hat Psychoanalytiker Hans-J. Maaz festgestellt. Irrtum! Heute werden nicht nur Mütter abgewählt, sondern auch Eltern. Wenn es Menschen gibt, die Merkel Mütterlichkeit zuschreiben, dann ist festzustellen, dass jene nie wahre Mütterlichkeit erfahren haben. Merkel ist keine Mutter, sie spielt eine Rolle. Und diese spielt sie auch noch schlecht. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

»Herz« für Kinder

Zu: Späte Anerkennung für Wolfskinder (Nr. 34)

Das ist wieder mal typisch für die Bundesregierung vor den Wahlen: Da wird gesucht, wie die Wähler „glücklich und zufriedengestellt" werden. Nach 70 Jahren fällt ihnen ein, dass es auch ehemalige „Wolfskinder" gab, obwohl sie wissen, dass viele nicht mehr leben oder sonst irgendwo verschollen sind. Hauptsache es wird bewiesen, dass sie auf einmal ihr „Herz" für Kinder entdeckt haben (obwohl oft darüber berichtet wurde), die nach dem Krieg schwer körperlich und seelisch gelitten haben.

Diejenigen Wolfskinder, die noch am Leben sind, werden die Staatskassen nicht allzu viel belasten, denn sie sind in der Minderheit, im Gegensatz zu den „Flüchtlingen". Frei nach dem Motto, es werde genügend „dumme" Wähler geben, die vor lauter „Herzlichkeit" ihre Stimme für Merkels Partei geben. Das alles ist vor der Wahl nur Augenwischerei.

Ich hoffe und wünsche, dass die ehemaligen Ostpreußenkinder dementsprechend entschädigt werden. **Viktor Kurztusch, Geestland**



Aus der Mode gekommen: Hybridautos tauchen nur selten im Straßenverkehr auf, seitdem sich jeder auf reine Elektromobilität fokussiert. Dabei könnten sie in Zeiten des Dieselskandals eine preiswerte Übergangslösung bilden Bild: Mauritius

Hohe Staatskunst

Zu: Wie Frankreich heute den Krieg von 70/71 sieht (Nr. 27)

Wer Frankreichs Großmachtpolitik gebührend einschätzen will, sollte den Bogen der historischen Entwicklung nicht erst mit den Hegemonieansprüchen unter Napoleon I. beginnen lassen, sondern mit Franz I. (1494–1547), um dann über die Territorial- und Machtgewinne Frankreichs im Dreißigjährigen Krieg, die Raubkriege Ludwigs XIV., Napoleon I., Napoleon III., den Ersten Weltkrieg und den Vertrag von Versailles, die Ruhrbesetzung von 1923 bis zum Saarstatut von 1954 zu kommen.

Außerdem hat die „Große Nation" gleich zweimal ein weltweites Kolonialreich gegründet, was auch nur mit Blut und Eisen zu schaffen war. Sie war immer auf Expansion bedacht. Sie war nie saturiert, sondern hat sich stets auf Kosten anderer Völker ausgebreitet.

Natürlich war Frankreich auch im Krieg von 1870/71 „nur" das arme Opfer des preußischen Militarismus und des kriegslüsternen Bismarck, selbst wenn feststeht, das Napoleon III. am 19. Juli 1870 unter frecher Verfälschung der Tatsachen Preußen den Krieg erklärt hat. Übrigens unter großem Jubel der Öffentlichkeit, die von einem Spaziergang nach Berlin träumte. Freilich brauchte der Kaiser wie sein Onkel als Usurpator zur Festigung seiner Herrschaft neben wirtschaftlichen vor allem militärische Erfolge. Insofern war seine Position tatsächlich schwach. Daher waren seine Rothosen auf der Krim (1854–1856), in China (1857–1860), in Vietnam (1859–1862), in Italien (Magenta und Solferino 1859) sowie in Mexiko (1862) im Einsatz. Im Vergleich dazu war Preußen geradezu ein Hort des Friedens.

Die regulären französischen Truppen waren somit kriegsgewohnt, motiviert, tapfer, zahlreich und gut bewaffnet. Ihr Chassepotgewehr, ein Hinterlader, schoss weiter und schneller als das preußische Zündnadelgewehr. Die „Mitrailleuse", ein Vorläufer des Maschinengewehrs, war gegen auf freiem Feld dicht formierte Truppen ein verheerendes Mordwerkzeug. Die Überlegenheit der Krupp'schen Hinterlader-Gussstahlgeschütze war zwar gegeben, wird aber von der französischen Seite zur Bemäntelung der Niederlage stark übertrieben.

„Gott war mit uns", las ich unlängst auf einem Obelisken, den Kriegsteilnehmer von 1870/1871 aus einem Moseldörfchen nach ihrer glücklichen Heimkehr errichtet hatten. Sie hätten hinzusetzen sollen: „Moltke und Bismarck waren auch mit uns."

Moltke war ein Meister der Planung, Organisation und der Gewichtung von Chancen und Risiken. Bismarck hingegen hatte Napoleon III. im Irrtum über die Haltung der süddeutschen Staaten im Konfliktfall gelassen, die Neutralität der anderen Großmächte gesichert und so einen raschen und vorteilhaften Frieden erzielt. Das war nicht Intrige, sondern hohe Staatskunst. **Adolf Frerk, Geldern**

Eine Totalblockade

Zu: Die große Ablenkung (Nr. 33)

Wenn eine demokratische Regierung nicht in der Lage ist, den zugelassenen Parteien die gleichen Rechte zuzusichern, dann besteht die Gefahr, dass eine Wahl von vornherein für ungültig erklärt werden kann und muss.

Es darf nicht sein, dass organisierte antidemokratische Wahlstörer eine Wahlinformation nicht zulassen, indem sie den Zugang zu den Andersdenkenden-Treffen gewaltsam blockieren, Wahlplakate abreißen, den Zugang zu den Medien verhindern, das Anmieten von Räumen und Sälen unmöglich machen. Da muss der Rechtsstaat eingreifen. Argumentative Auseinandersetzung statt Totalblockade.

Mit Hilfe von Außenminister Gabriel und Kanzlerin Merkel konnte sich der Politiker Steinmeier aus dem Staub machen. Jetzt könnte er als Bundespräsident zeigen, dass er das angekratzte Ansehen des höchsten Amtes im Staat wiederherstellt. Noch sind wir keine Bananenrepublik. **Ernst Reiner Langenfeld, Wuppertal**

Die Hybrid-Alternative

Zu: Kampf um Fahrverbote (Nr. 30)

Deutschland droht zur Dritten Welt des Autoverkehrs zu werden. Bereits im Jahr 1900 wurde von Ferdinand Porsche das erste Auto mit Elektroantrieb und Verbrennungsmotor konstruiert. Als 1973 die erste Ölkrise kam, hat die damalige sozialliberale Koalition beschlossen, an der Technischen Universität in Aachen die weitere Erforschung von Hybridfahrzeugen zu intensivieren. Nach der Ölkrise wurde das Projekt dann aber vonseiten der damaligen Bundesregierung nicht weiter unterstützt. Die TU Aachen forschte aber mit verminderter Kraft weiter an den Hybridsystemen.

1978 hat der Toyota-Konzern die Erforschung von Hybridfahrzeugen aufgenommen und fortgeführt. Im Jahre 2000 hat Toyota es geschafft, die Hybridfahrzeuge zur Serienreife zu bringen. Zum angeblichen Schutz der heimischen Autoindustrie hat 2002 die damalige rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder Toyota untersagt, Hybridfahrzeuge in Deutschland zu verkaufen.

Dank einiger Urteile des Europäischen Gerichtshofes der EU wurde es 2007 erlaubt, die Hybridfahrzeuge auch in Deutschland zu verkaufen und zuzulassen. Den Toyota-Händlern wurde aber damals trotzdem untersagt, Probefahrten für die Kunden vorzuhalten.

So habe ich im Jahr 2008 im benachbarten Ausland, in den Niederlanden, meine ersten Probefahrten mit einem Toyota-Hybridfahrzeug, dem Prius, gemacht. Beim deutschen Toyota-Händler habe ich dann solch einen Toyota-Prius gekauft. Wie ich durch das Toyota-Magazin erfahren konnte, hat Toyota im Jahre 2008 weltweit etwa eine Million Mal den Toyota-Prius mit Hybridantrieb verkauft, in Deutschland aber nur 711-mal. Heute sind viele Hybridmodelle vom Toyota-Konzern und auch von anderen Herstellern auf dem Markt.

Im Jahre 2016 habe ich in meiner Heimatstadt Lyck in Ostpreußen Urlaub gemacht und konnte dort erstaunt feststellen, dass beim dortigen Toyota-Händler der Prius genauso teuer ist wie in Deutschland, der Toyota Yaris aber nur 60 000 Zloty, gleich 15 000 Euro, kostet. Denn in Deutschland kostet der Hybrid-Yaris etwa 20 000 Euro. Ich frage mich, warum?

Wenn die deutsche Regierung mit ihrem Wahlkampf-Dieselgipfel wirklich etwas für uns Autofahrer tun wollte, hätte sie dafür sorgen können, dass der Yaris auch hier für 15 000 Euro angeboten und dann noch die Elektro-Hybrid-Prämie von 3000 Euro in Abzug gebracht wird, sodass dann jeder Autokäufer für etwa 12 000 Euro ein neues schadstoffarmes und wenig Treibstoff verbrauchendes Fahrzeug sich leisten könnte. **Ullrich Dzikonski, Schüttorf**

Keine Legende

Zu: Die Legende vom Insektensterben (Nr. 30)

Leider ist das Insektensterben bei uns – Raum Hamburg – keine Legende, sondern Tatsache. Vor vier bis fünf Jahren saßen bei uns im Sommerflieder um diese Zeit 40 und mehr Schmetterlinge. Heute sind es maximal sieben. Der unverkennbare Rückgang von Vögeln vieler Arten sowie der Fledermäuse ist sicherlich auf den Rückgang der Insekten zurückzuführen. **Horst Aschmann, Ahrensburg**

Deutschland wird sprachlich entmündigt

Zu: Die Sprach-Rempler (Nr. 33)

Der „Duden – Die deutsche Rechtschreibung" ist in 27. Auflage gerade mit zirka 5000 neuen Wörtern erschienen. Unter den Neueinträgen gehören viele Wörter eher in ein englisches Wörterbuch als in ein deutsches. Voreilige Eintragungen der Dudenredaktion haben die Bildung einer deutschsprachigen Entsprechung unterbunden. Hätte man vor 100 Jahren schon derart der Anglomanie gefrönt, hätte das Flugzeug von Anfang an „plane", der Hubschrauber „helicopter", das Auto „car" geheißen. „Lufthansa" und „Volkswagen" waren zum Glück vor unserer Zeitenwende schon etabliert.

Somit hat der Dudenverlag erneut bewiesen, den Sprachpreis „Sprachpanscher des Jahres" zu Recht erhalten zu haben, und zwar schon 2013 vom Verein Deutsche Sprache in Dortmund.

Ein bekannter togolesischer Sänger und Kabarettist aus Düsseldorf schilderte mir neulich, wie gefährdet die Stammessprachen durch den Druck des Französischen in seiner Heimat sind, und dass nun seit Jahren intensiv dagegen etwas getan wird. Bei aller Anerkennung und Unverzichtbarkeit des Englischen heutzutage gilt es mehr denn je, Sprache, Identität und Kultur von 110 Millionen Deutschsprechenden zu schützen. Das liegt an uns selbst und ist mehr denn je zu einem Politikum geworden, vor allem in Brüssel bei der EU. Vielleicht lässt sich zur Wahl damit bei uns hier im Herbst punkten.

Es kann nicht sein, dass eine politisch und wirtschaftlich einflussreiche Mittelmacht sprachlich entmündigt dasteht – mit allen wirtschaftlichen Nachteilen –, sich sogar selbst ständig untergräbt und eine sprachliche Rangordnung wie Kroatisch oder Estnisch einnimmt.

Warum sollen Zuwanderer noch Deutsch lernen, wenn wir es in 30 Jahren abgeschafft haben werden? Es grüßen: die „chicken wings", „potatoes", „sale", „back stage", „equipment", das „public viewing" und der „beetle" – früher VW-Käfer. Happy birthday to you! **Wolfgang Saurenbach, Krefeld**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Fatale Bewertung

Zum Leserbrief: Ein Freifahrtschein für Richard von Weizsäcker (Nr. 28)

Zu dem früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (1920–2015) wäre außer dem Widerspruch, das ganze deutsche Volk sei in Sippenhaftung für die NS-Verbrechen zu nehmen – denn jeder konnte, ja musste es sozusagen wissen –, aber seinen Vater davon auszunehmen, der die Transporte in die Konzentrationslager paraphiert, also freigegeben hatte, weil er sie für Urlaubsfahrten hielt – also zu ihm wäre seine Wertung des 8. Mai 1945 nachzutragen, mit der er diesen Tag auch einen „Tag der Befreiung" bezeichnete.

Starben hierfür etwa viele Millionen deutscher Soldaten, Zivilisten, Frauen und Kinder, um zu einer Kolonie der Gegner zu werden? **Walter Köhler, Feldkirchen-Westerham**

Das Malerparadies von der Ostsee

Ahrenshoop feiert das 125. Gründungsjubiläum seiner Künstlerkolonie – Zahlreiche Veranstaltungen mit malenden Insulanern

Ahrenshoop – das klingt nach Sehnsucht und Meer. Seit 125 Jahren zieht es Künstler und Kunstfreunde in den Ort an der Ostseeküste auf der Halbinsel Fischland-Darß. In diesem Jahr feiert die Künstlerkolonie Jubiläum.

Die Ostsee auf der einen Seite, der Bodden auf der anderen, dazwischen das kleine Fischerdorf Ahrenshoop mit seinen reetgedeckten Katen, und über allem die Weite des Himmels: Diese besondere Kombination faszinierte schon Ende des 19. Jahrhunderts viele Künstler. Heute ist das Seebad auf der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst sowohl für Gäste, die zum Badeurlaub kommen, als auch für Kunstfreunde ein interessantes Ziel.

In diesem Jahr feiert Ahrenshoop das 125. Gründungsjubiläum seiner Künstlerkolonie unter dem Motto „Tradition bewahren – im Zeitgeist leben" mit zahlreichen Ausstellungen und Kunstprojekten. Ein neu angelegter Kunstpfad mit zehn Stationen führt Besucher zu Stellen, an denen Gemälde entstanden sind, und informiert über Maler und Werk.

Die Geschichte des Künstlerortes Ahrenshoop begann am Hohen Ufer auf dem Fischland, wo die Maler Paul Müller-Kaempff und Oskar Frenzel 1889 ihr märchenhaftes „Powerdörp" zum ersten Mal erblickten. Vom Meer zum Bodden benötigt man hier nur wenige Schritte. Und doch grenzt jedes der beiden Ufer an eine andere Welt. Die Maler der damaligen Jahrhundertwende waren fasziniert von der wilden Vielfalt des Spärlichen in der Natur um Ahrenshoop. „Entzückt" blicken sie „auf dieses Bild des Friedens und der Einsamkeit", notierte Müller-Kaempff später.

Die Künstler „kolonisierten" die Gegend und siedelten sich an. Müller-Kaempff baute 1892 in der Dorfstraße 18 in Ahrenshoop ein Atelier- und Wohnhaus. Das heutige Künstlerhaus Lukas, 1894 erbaut, betrieb er erfolgreich als Pension und Malschule. „Sein Einfluss auf die Infrastruktur des anzunähern. Der 1909 von Müller-Kaempff und Theobald Schorn gegründete Kunstkaten – die erste Galerie Ahrenshoops – demonstrierte das neue Verständnis der Künstler für die Bautradition auf Fischland und Darß. Andere Künstler folgten ihm nach, bauten Häuser mit Ateliers



Inspiration für viele Künstler: Die Düne am Darßer Weststrand von Fischland-Darß-Zingst — Bild: Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern

Ortes und die zahlreichen Malschülerinnen, die er nach Ahrenshoop holte, lassen Müller-Kaempff als Gründer der Künstlerkolonie gelten", sagt die künstlerische Leiterin des Kunstmuseums Ahrenshoop, Katrin Arrieta.

Mit den Jahren entwickelten die Künstler das Bedürfnis, ihre Häuser an die ortstypische Bauweise sowie Galerien und machten den Ort bekannt. Später kamen auch Schriftsteller und fanden dort Inspiration. Mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges mussten viele Maler ihre Häuser aufgeben. Ihnen folgte die zweite Generation der Ahrenshooper Künstler. „In den turbulenten Zeiten nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich der Dichter Johannes R. Becher dafür ein, aus Ahrenshoop ein ‚Bad der Kulturschaffenden' werden zu lassen", so Arrieta.

Nicht nur anerkannten Künstlern bot Ahrenshoop Raum, sondern auch so manchen unangepassten. Edmund Kesting, während der NS-Zeit verfemt, blieb in der DDR ein künstlerischer Außenseiter. In Ahrenshoop fand er einen Rückzugsort für sein weiteres Schaffen. Zahlreiche Künstler fast aller wichtigen Strömungen moderner Kunst nahmen das Flair des Ortes auf, bereicherten es mit ihrer Anwesenheit und trugen es bis in die Gegenwart weiter. Ahrenshoop ist heute ein offener Künstler- und Begegnungsort, der mit einer Vielzahl an Kunsthäusern, Galerien und Ateliers Gestaltungsraum für Kreative aller Sparten bietet.

Das vielfältige kulturelle Angebot ist ein Markenzeichen Ahrenshoops geblieben. Galerien und Kunstausstellungen prägen den Ort. Heute leben in Ahrenshoop 638 Einwohner, die jedes Jahr zehntausende Touristen empfangen. Mittelpunkt ist seit 2013 das Kunstmuseum mit mehr als 800 Exponaten an Arbeiten von Künstlern aus der Region – von der Gründergeneration bis zur Gegenwart. Es zeichnet die Entwicklung der Künstlerkolonie nach und präsentiert wechselnde Ausstellungen. Sehenswert sind außerdem der Kunstkaten, die Klanggalerie und die Bunte Stube. In Malkursen können Besucher selbst kreativ werden. Kursleiter sind professionelle Maler.

Wer mehr über Ahrenshoops Gegenwart und Vergangenheit als Künstlerkolonie erfahren möchte, kann sich einer der Führungen durch den Ort anschließen. So zeigt der literarische Rundgang, dass dort auch Schriftsteller häufig zu Gast waren. Die Tour führt zu Häusern, in denen Autoren wie Bertold Brecht, Anna Seghers oder Uwe Johnson während ihrer Aufenthalte in Ahrenshoop wohnten. Teilnehmer erfahren Anekdoten über die bekannten Gäste und können Zitaten aus ihren Werken lauschen. Jeden Mittwoch lädt die Kurverwaltung außerdem zu einem allgemeinen Rundgang durch den Ort ein.

Auch für Aktivurlauber ist Ahrenshoop ein attraktives Ziel: Ein gut ausgebautes Netz von Wander-, Rad-, Reit- und Kutschwegen durchzieht die Halbinsel und den fast 50 Quadratkilometer großen, weitgehend naturbelassenen Darßer Urwald.

Zum Jubiläum der Künstlerkolonie werden im Kunstmuseum rund 90 Gemälde von 16 Künstlern aus den frühen Jahren bis zum Ersten Weltkrieg gezeigt. Auf die längste Geschichte, auch als Veranstaltungshaus, blickt der Kunstkaten zurück. Während dessen Ausstellungen meist die Tradition pflegen, widmet sich das Neue Kunsthaus der Gegenwartskunst. Im Künstlerhaus Lukas arbeiten weiterhin Stipendiaten, zusätzlich tragen private Galerien zur künstlerischen Vielfalt Ahrenshoops bei. *Andreas Guballa*

www.ostseebad-ahrenshoop.de

Lila Augenweide

Naturpark und Wanderparadies – Die Heide von Kyritz-Ruppin

Früher kreisten Kampfflugzeuge, heute Seeadler: Die Kyritz-Ruppiner Heide im Landkreis Ostprignitz-Ruppin wurde jahrelang als Truppenübungsplatz genutzt. Jetzt steht die Heide im Nordwesten von Brandenburg, zwischen Neuruppin, Rheinsberg, Wittstock und Kyritz gelegen, in voller Blüte und lockt bis Ende September mit einem lilafarbenen Farbenmeer.

Heidelandschaften waren früher in Europa weit verbreitet. Heute gibt es nur noch wenige große Heideflächen. Weithin bekannt ist die Lüneburger Heide, die traditionell auch dieses Jahr wieder in voller Blüte steht. Selbst nur wenige Naturfreunde aber kennen ihre neue Mitbewerberin: die Kyritz-Ruppiner Heide. Mit knapp 12000 Hektar ist sie eine der größten zusammenhängenden Heidegebiete mit Callunaheide in Europa.



In voller Blüte: Die Kyritz-Ruppiner Heide — Bild: Bildarchiv Tourismusverband Prignitz/Juergen Paul

Das neue „Naturwunder" ist eine Spätfolge der deutschen Einheit. Das Gebiet der Wittstock-Ruppiner-Heide wurde als Truppenübungsplatz Wittstock, im Volksmund Bombodrom, bis 2011 militärisch genutzt. Von 1952 bis 1993 durch die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, anschließend von der Bundeswehr. Pläne der Bundeswehr, den Truppenübungsplatz als Luftboden-Schießplatz zu nutzen, wurden 2009 endgültig verworfen. 2011 wurde der Truppenübungsplatz aufgegeben.

Durch die militärische Nutzung konnte sich eine beeindruckende Vegetation mit vielen seltenen und stark gefährdeten Tier- und Pflanzenarten entwickeln. Mehr als 9000 Hektar der Heide unterstehen zudem unter der Bezeichnung „Wittstock-Ruppiner Heide" der Richtlinie des Fauna-Flora-Habitats (FFH). 4000 Hektar des FFH-Gebiets wurden in das Nationale Naturerbe aufgenommen und stehen damit unter dauerhaftem Naturschutz. Mehr als 2000 Hektar im Norden der Heide wurden zudem als Landschaftsschutzgebiet und Naturpark deklariert.

Da es in weiten Teilen der Heide noch Munitionsreste gibt, sind nicht alle Bereiche für Besucher offen. Doch die sogenannte Südspange des ehemaligen Truppenübungsplatzes ist seit 2016 für Wander- und Trekkingtouren innerhalb der Wegemarkierungen auf eigene Faust freigegeben worden, wie der Tourismusverband Prignitz erklärt. Besonders spektakulär ist der Ausblick über die Heide von dem nach dem in Ostpreußen aufgewachsenen Tierfilmer benannten Sielmann-Hügel aus. Die freigegebenen Wege der Südroute sind in der im Verlag Dr. Barthel erst kürzlich neu erschienenen „Radwander- und Wanderkarte Kyritz-Ruppiner Heide" dargestellt, die man unter anderem in den Touristeninformationen von Wittstock und Kyritz für 4,90 Euro erwerben kann.

Die friedliche Nutzung begleitet ein wachsendes Freizeitangebot. Wer die Heide nicht alleine erkunden will, für den stehen sieben zertifizierte Natur- und Landschaftsführer bereit. Eine Neuheit ist das sogenannte Fatbiken mit Günter Lutz, der neben Radauch Wandertouren anbietet. Beim Fatbiken handelt es sich um Geländefahrräder mit extra dicken 4-Zoll-Reifen, die sich für das Fahren auf sandigen Böden eignen und damit ideal sind für Touren durch und um das Heidegebiet. *Helga Schnehagen*

Touren-Angebote im Internet unter: www.dieprignitz.de im Unterpunkt „Natur erleben".

Stadt der Äpfel

Obstfeste und singende Nachtwächter – Ebeltoft in Jütland

Geschützt in einer Bucht liegt die kleine dänische Hafenstadt Ebeltoft. Hier im Süden der Halbinsel Djursland im Kattegat, der „Nase" Jütlands in der Ostsee, ist das Ufer flach, hier finden Urlauber Entspannung an weißen Sandstränden und bei Spaziergängen in der hügeligen Landschaft.

Ebeltoft ist bekannt für sein gemütliches Kleinstadtmilieu und profitiert von den Ferienhaussiedlungen der Gegend. Besucher kommen auch aus dem 30 Kilometer entfernten Aarhus, der zweitgrößten Stadt Dänemarks. Sie kommen zum Einkaufen, Ausgehen und wegen der Kultur. Mit seinem Museum für moderne, internationale Glaskunst und der historischen Dampf-Fregatte „Jylland" besitzt Ebeltoft zwei hochkarätige Sehenswürdigkeiten.

In dem auf einer Anhöhe gelegenen pittoresken Ortskern scheint die Zeit stehen geblieben zu sein. Bereits 1301 erhielt Ebeltoft die Privilegien einer Handelsstadt. Die kleinen Fachwerkhäuser und verwinkelten Gassen mit Kopfsteinpflaster spiegeln ein Stück dänische Geschichte wider, blühende Kletterrosen und Rosenstöcke erfreuen das Auge. Hoch über die mit roten Schindeln gedeckten Dächer ragt der Turm der romanisch-frühgotischen Kirche.

Am Marktplatz steht das angeblich kleinste Rathaus der Welt („Det gamle Rådhus"), dessen Gefangenenkeller für Besichtigungen offen steht. Das Ebeltoft Museum dahinter beherbergt eine originelle Sammlung von Exponaten aus dem alten Siam, dem heutigen Thailand. Abends gehen Nachtwächter zur Unterhaltung der Touristen durch die Gassen und singen Wachtlieder.

Ebeltoft hat eine schöne Fußgängerzone mit Kaufhäusern, vielen Geschäften, Kunsthandwerk und exzellente Restaurants. Neben dem Tourismus ist der Fischerei- und Jachthafen wirtschaftlicher Motor des Ortes. Hier herrscht im Sommer ein reges Treiben. Im alten Zollgebäude am Strandvejen öffnete 1986 das Glasmuseum seine Tore. Die Glasbläserei hat eine lange örtliche Tradition, die von den hier ansässigen Kunsthandwerkern fortgeführt wird. Im Garten des Museums demonstrieren Glasbläser bis in den September hinein ihr Handwerk vor Besuchern.



Markt vor dem alten Rathaus — Bild: VisitDenmark/Kim Wyon

Nicht weit davon entfernt liegt das Museumsschiff „Jylland" im Trockendock, das zum materiellen Bestand von Dänemarks maritimem Erbe gehört. Seine Mannschaftsräume sowie Offiziersmesse und Kombüse wurden originalgetreu hergerichtet. Dank der nachgestellten Szenen mit Wachsfiguren sucht dieses Seefahrtsdenkmal seinesgleichen.

Die Schrauben-Fregatte „Jylland" wurde 1856 bis 1860 aus Eichenholz gebaut und mit 44 Vorderladerkanonen bestückt. Am 9. Mai 1864 nahm der Dampfsegler am Gefecht bei Helgoland teil, das im Zuge des deutsch-dänischen Krieges um Schleswig-Holstein stattfand. Mit 71 Metern Länge ist das Kriegsschiff eines der größten dieses nur selten gebauten Typs.

Da man den Namen Ebeltoft darauf zurückführt, dass auf dem Stadthügel vor der Entstehung der ersten Siedlung Apfelbäume wuchsen, wird hier Mitte Oktober das Apfelfest zur Ehrung der dänischen Nationalfrucht veranstaltet. Mit dem „Ebelfestival" endet jedes Jahr die touristische Hauptsaison. *D. Jestrzemski*

Deutschsprachige Internetseite: de.ebeltoftby.dk

Ererbte Symptome

Trauma-Therapeut beschreibt die Leiden der Kriegsenkel

Die in der Psychotherapie entwickelte These von den familiär vererbten Kriegstraumata war lange umstritten. 2009 konnte erstmals in einer Studie nachgewiesen werden, dass Kriegskinder tatsächlich weit häufiger unter seelischen Störungen leiden als der Bevölkerungsdurchschnitt. Weiter belegte die Studie, dass noch deren Kinder, die sogenannten Kriegsenkel, die selbst weder Bombenhagel noch Flucht und Vertreibung erfahren haben, in erhöhtem Maße von psychischen Belastungen betroffen sind. In seinem Buch „Traumakinder. Warum der Krieg immer noch in unseren Seelen wirkt“ bezeichnet der Arzt und Trauma-Therapeut Jens-Michael Wüstel dieses Phänomen als gesamtdeutsches Erinnerungserbe, dessen Spuren er immer wieder in seiner Praxisarbeit begegnet sei.

Wüstel beruft sich auf seine jahrzehntelange Erfahrung als Therapeut. Mit seinen Fallgeschichten kann er einen schlüssigen Beweis für „ererbte Symptome“ erbringen.

Erstaunlicherweise wussten einige seiner Patienten zunächst gar nichts von den traumatischen Erfahrungen ihrer Eltern oder auch Großeltern, die als Kinder die Schrecken des Zweiten Weltkriegs, mitunter sogar des Ersten Weltkriegs, erlebt hatten. Erst aufgrund von Nachforschungen kam dieser Hintergrund zutage. Wüstel ermuntert im Selbsthilfe-Teil des Buches auch seine Leser, sich mit der eigenen Familiengeschichte zu beschäftigen, weil damit oft schon ein erster Schritt zur Befreiung aus einer bedrückenden Gefühlslage getan werde.

Gefühle als Schwächezeichen

Unerklärliche Wutausbrüche, das Gefühl von Entwurzelung, Leistungszwang, Bindungsängste und mangelnde Selbstfürsorge bezeichnet Wüstel als typische Symptome von Menschen, die in den ersten Jahren und Jahrzehnten nach 1945 geboren wurden. Für ihre Eltern, die Kriegskinder also und damit für eine ganze Generation, hatte sich während der Aufbaujahre nach dem Krieg kaum eine Chance zur Aufarbeitung ihrer traumatischen Erfahrungen ergeben. In den Familien und Schulen sprach man nur noch wenig über den Krieg. Unbeachtet blieb auch die Wirkung verstörender Bilder, die im Unbewussten von kleinen Kindern ihre Wirkung entfalten. War der Vater nicht aus dem Krieg heimgekehrt, fehlte dem männlichen Nachwuchs die „väterliche Initiation“ und damit eine entscheidende Hilfestellung für das Erwachsenwerden. Millionen von Menschen, auch Kindern und Jugendlichen, schlug zusätzlich der Heimatverlust schwer auf das Gemüt.

Im Allgemeinen verinnerlichten die Menschen die Maxime, dass man Gefühle besser nicht zeigt, da Gefühle als Schwäche galten. Hinsichtlich erneuter Verletzungen reagierten die Kriegskinder überempfindlich. Im Erwachsenenalter betrieben sie eine Abschottung gegen weitere Unsicherheiten im Leben, so Wüstel. Damit einher ging eine „kalte Erziehung“ ihrer Kinder. Dabei bezieht er sich auf die Schilderungen der Trauma-Erben, die ihr Elternhaus vielfach als „emotionsfreien Raum“ beschreiben. Sie erlebten Druck und ein Übermaß an Pflicht- und Ordnungsbewusstsein.

Therapeuten sehen sich in ihren Erkenntnissen durch neue Forschungsergebnisse aus der Epigenetik bestärkt, wodurch nun gesichert scheint, dass schockierende oder lang andauernde extreme Erfahrungen das menschliche Gehirn markieren. Demnach werden kulturelle Einflüsse und Erfahrungen biologisch vererbt. Darauf gestützt, liefert Wüstel mit seinem leicht verständlichen Buch eine überzeugende Erklärung dafür, warum so viele Menschen bis heute in das vom Krieg herrührende Erinnerungserbe eingebunden sind und warum es in der Nachkriegsgeneration so viele unsicher gebundene Personen gibt: „Schon hiermit umzugehen ist für die Kriegsenkel ein schweres Erbe. Zusätzlich übernehmen viele von ihnen auch noch die Trauma-Folgen ihrer Eltern. Hier spielen neben Lernerfahrungen auch Veränderungen der Erbinformation eine bedeutende Rolle.“ Das ist faszinierend und spannend zu lesen.

Dagmar Jestrzemski

Jens-Michael Wüstel: „Traumakinder. Warum der Krieg immer noch in unseren Seelen wirkt“*, Bastei Lübbe Verlag, Köln 2017, gebunden, 336 Seiten, 20 Euro*

Folge der Kolonialzeit?

Historiker zu IS-Entstehung

Seit dem Auftauchen des Islamischen Staates (IS) versuchen tatsächliche oder vermeintliche Experten zu erklären, wie es zur Entstehung der Terrormiliz und deren Siegeszug kommen konnte.

So nun auch der französische Historiker Pierre-Jean Luizard in seinem Buch „Die Falle des Kalifats“, das vom Hamburger Institut für Sozialforschung herausgegeben wurde.

Kalifat nutzt alte Feindschaften

Das Werk propagiert die These, dass der IS letztlich eine Folge der europäischen Kolonialpolitik und der US-Intervention im Irak sei. Damit gehört Luizard zu all jenen, welche dem Westen die Hauptschuld an dem Phänomen „Islamischer Staat“ geben – und damit falsch liegen! Denn das „Kalifat“ machte sich in ganz wesentlichem Maße den traditionellen Gegensatz zwischen Schiiten und Sunniten beziehungsweise Alewiten sowie die jahrhundertealte Feindschaft unter den verschiedenen Arabergruppen im Nahen Osten zunutze.

Ebenso ist höchst fraglich, ob der Westen tatsächlich in eine Falle tappt, wenn er dem IS militärisch zu Leibe rückt und hierdurch – wie der Autor behauptet – an frühere koloniale Praktiken erinnert. Natürlich bringen Interventionen von außen weiteres Leid und weitere Zerstörung.

Nichtsdestotrotz dürften aber die wenigsten Menschen im Irak und Syrien die Ansichten von Luizard teilen, der in der Terrormiliz des Kalifen al-Baghdadi ein „funktionales Staatsprojekt“ sieht, „das den krisengeschüttelten Bevölkerungen eine gewisse Stabilität und eine greifbare Zukunftsperspektive zu bieten scheint“, die jenseits der verhassten „postkolonialen Ordnung“ liege. Solche Behauptungen in den Raum zu stellen, läuft auf die massive Verharmlosung des Schreckensregimes der Dschihadisten hinaus, welches bekanntlich selbst konservative Muslime abstößt.

Wolfgang Kaufmann

Pierre-Jean Luizard: „Die Falle des Kalifats. Der Islamische Staat und die Rückkehr der Geschichte“*, Hamburger Edition, Hamburg 2017, gebunden, 150 Seiten, 20 Euro*

Russland zwischen Angst und Hoffnung

Der Journalist Thomas Franke beschreibt in elf Reportagen das Alltagsleben unter Putin



Die Journalistin Gabriele Krone-Schmalz hat viele Jahre für die ARD aus Moskau berichtet, noch zu Sowjetzeiten und auch danach. Vor einiger Zeit hatte sie ein Buch über das Russland unter Jelzin und Putin veröffentlicht, das in der Öffentlichkeit kritisch aufgenommen wurde. Es sei, so wurde ihr vorgehalten, zu sehr von einem Wohlwollen für Russland, von einem Verständnis für die Politik eines Putin und Medwedjew geprägt.

Der Journalist Thomas Franke hat ebenfalls lange in Russland gelebt und von dort für mehrere deutsche Sender und Zeitungen berichtet. Sein Buch ist das genaue Gegenteil. Ein tiefer Pessimismus – Franke würde wohl korrigieren: ein genauer Realismus – durchzieht das Buch. Seine Grundthese: Wie zu Sowjetzeiten herrscht auch heute wieder in der Bevölkerung eine unbestimmte Angst vor der Obrigkeit, eine Angst, die dazu führt, möglichst nirgends anzuecken, sich nicht öffentlich zu äußern, keinesfalls frei zu reden, was man denkt, allenfalls zu Hause, beim Gespräch in der Küche mit wenigen Vertrauten und engsten Freunden.

Franke hat elf Reportagen aus den letzten fünf Jahren seiner Moskauer Korrespondententätigkeit zusammengefasst. Er beobachtet das Leben in Moskau vor und nach den so wichtigen Wahlen von 2011/2012, analysiert die Auswirkung von immer schärfer gefassten Gesetzen etwa gegen angebliche „Agenten“ aus dem Ausland und zeigt das zunehmend intoleranter werdende innenpolitische Klima an einigen markanten Einzelbeispielen. Am Baikalsee in Sibirien erlebt er, wie der guten alten Zeit nachgetrauert wird. In Wolgograd ist er dabei, wie die Stadt am Tag des Sieges am 9. Mai für einen Tag wieder Stalingrad heißt und wie leicht sich das fürchterliche Geschehen von damals heute für eine nationalistische Politik instrumentalisieren lässt. Die Olympischen Spiele in Sotschi werden zur Plattform unverhüllter russisch-nationalistischer Propaganda. Andersdenkende, etwa aus der Homosexuellen- oder Lesbenbewegung, sehen sich brutalen Einschüchterungen ausgesetzt. Und schließlich die „Heimholung“ der Krim, was die allermeisten Russen begrüßten. Franke: „Es ist die Rückkehr des bewaffneten Imperialismus.“

Kritiker geben oft resigniert auf

Der Vorwurf, Franke zeichne ein geradezu apokalyptisches Bild, kann nicht gelten. Zu nah ist der Autor in allen Reportagen an der Bevölkerung, an Menschen, die Putin unkritisch in den Himmel heben und an solchen, die sich nach bitteren Erfahrungen mit willkürlicher staatlicher Gewalt resigniert zurückgezogen haben. Russland steht, so seine These, wieder unter der Macht des Geheimdienstes: „Eine ehemalige Geheimdienstclique kujoniert eine ganze Bevölkerung.“ Die Folge: „eine Kombination aus Paranoia und Kontrollwahn – nennen wir es Angst.“

Es ist ein notwendiges, aber auch düsteres Buch, allenfalls mit dem etwas freundlicheren Ausblick, dass fern von Moskau das Leben etwas leichter ist. Wie der Westen mit diesem Russland umgehen soll, wird immer umstritten bleiben, solange das Land sich so ostentativ von ihm abkehrt und im Innern eine antiwestliche Hysterie schürt. Der Leser beendet die Lektüre mit großer Bewunderung für diejenigen Menschen, die dem Autor erklärten, trotz aller Unbilden und Schikanen im Lande bleiben und ausharren zu wollen. Halt gibt ihnen vielleicht die Erinnerung an die 1980er Jahre, als auch unverhofft das Eis zu schmelzen begann.

Dirk Klose

Thomas Franke: „Russian Angst. Einblicke in die postsowjetische Seele“*, edition Körber-Stiftung, Hamburg 2017, 256 Seiten, 18 Euro*

Ein Fisch namens Sprotte

Eigentlich müsste der kleine Fisch Eckernförder statt Kieler Sprotte heißen, denn im 19. Jahrhundert, der Hoch-Zeit der Fischverarbeitung an der Kieler Förde, wurde die Stadt Kiel durch die Produktion aus Ellerbek und Eckernförde versorgt. Die Neuauflage des Buchs „Kieler Sprotten“ erzählt die Geschichte des Fischfangs in Schleswig-Holstein und zeigt die Arbeits- und Lebensbedingungen der Fischerfamilien. Zahlreiche historische Bilder lockern das Bändchen auf.

MRK



Karin Szadkowski: „Kieler Sprotten. Kulturgeschichte eines kleinen Fisches“*, Husum Verlag, Husum 2017, broschiert, 64 Seiten, 7,95 Euro*

Funk-Krieg zwischen Ost und West

Armin Müller hat die Einsätze deutscher Spione gegen die Ostblockstaaten im Kalten Krieg untersucht



Armin Müllers „Wellenkrieg“ ist die Dissertation des Autors, die zu den Veröffentlichungen der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes (BND) gehört. Eine wichtige Quelle stellen Memoiren dar, wozu diejenigen der CIA und andererseits Spione der DDR und der UdSSR zu zählen sind. Müller verschweigt keineswegs Fehler und Schwächen des BND sowie die Differenzen mit den amerikanischen und britischen Spionagediensten sowie dem Zuständigkeitsgewirr zwischen dem Verfassungsschutz und der Bun-deswehr.

Der BND entstand aus der „Fremde Heere Ost", der Wehrmachteinrichtung über die Beschaffung von Informationen über die Sowjetunion, und begann 1946 als „Organisation Gehlen“ mit westlichen Spionagediensten in ihrer Abschätzung der militärischen Bedrohung die Sowjet-Streitkräfte in der DDR zu beobachten. Der erste Sitz der BND-Stelle lag in Oberursel und umfasste anfangs 40 Personen für Agentenfunk und Funk-aufklärung. 1968 war ihre Zahl auf 1900 angestiegen, 1100 stammten noch aus der Wehrmacht und waren mit dem Funkverfahren der Sowjets sehr vertraut.

Der kürzeste Übermittlungsweg von im Osten gewonnenen Nachrichten zur BND-Zentrale in Pullach war der Funk, auch als „Afu“ (Agentenfunk) bezeichnet. Eine Funkausbildung benötigt bis zu vier Monaten. Bereit waren dazu vier Personen über 60 Jahre und Körperbehinderte, die im Kriegsfalle nicht zur NVA eingezogen würden. Sie begann im Herbst 1946 mit geheimen Mitarbeitern in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und Österreichs sowie in der Ukraine. Die Funkgeräte, die hinter den Eisernen Vorhang geschmuggelt werden mussten, wurden in viele kleine Teile zerlegt und hatten die Größe einer Zigarrenkiste. Häufig benutzte man Benzinkanister, in denen die Geräte versteckt waren. Vorliegende Unterlagen dokumentieren bis 1952 insgesamt 146 Funkgeräte, davon 51 für Afu-Einsätze. Natürlich mussten die Spionage-Mitteilungen aus dem Osten verschlüsselt werden. Als Schlüssel wurden beim Agenten unauffälliges Schrifttum – oft SED-Propagandabroschüren – benutzt.

Dass diese Tätigkeit im Osten eine hohe psychologische Belastung bedeutete, wurde oft unterschätzt. Im Mai 1950 wurden vom DDR-Staatssicherheitsdienst fünf Funker enttarnt und zum Tode verurteilt. Zehn Jahre später kam der BND-Funkverkehr durch den Verrat des KGB-Spions Felfe im BND fast völlig zum Erliegen.

Der Volksaufstand vom 17. Juni kam für Pullach überraschend. Trotz der dort bekannten Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung hatte man damit nicht gerechnet. Andererseits wurde durch die Funkaufklärung sehr früh der sowjetische Aufmarsch gegen den „Prager Frühling“ 1968 erkannt. Ein Jahr zuvor gelang es dem Bundesnachrichtendienst, in den Richtfunkverkehr des ZK der SED in Ost-Berlin und einer SED-Bezirksleitung einzubrechen und damit eine Fülle von Informationen aus dem DDR-Innenleben sowie viele Namen von Systemträgern gerade in den Streitkräften zu erfahren.

Eine wichtige Aufgabe Pullachs bestand in der Funkabwehr des Agentenfunks Ost-Berlins und Moskaus. Sie sollte die Gegenseite erkennen, beobachten, ausschalten oder für den BND „umdrehen“. Bereits 1952 hatten seine Horchfunker und Peilkommandos drei sowjetische Funklinien enttarnt und nach dem Autor „weitreichende Einblicke in Funknetze und Verfahren“ erzielt.

Was bis heute kaum bekannt ist: Ab 1949 führten deutsche Schnellboote unter britischer Flagge in Zusammenarbeit mit der Organisation Gehlen mit deutscher Besatzung Funkaufklärung im Baltikum durch. Sie waren mit Kurzwellenfunkgeräten ausgestattet und sollten ein möglichst lückenloses Bild der polnischen und sowjetischen Radarstellungen entlang der gesamten Ostseeküste erarbeiten. Hinzu kamen bald Einsätze zur Erfassung des sowjetischen Funkverkehrs. Bis 1955 wurden insgesamt 52 Personen in das Baltikum eingeschleust und 18 zurückgeholt. Über Schicksal der anderen kann man Vermutungen anstellen. 1963 wurden solche Einsätze beendet. Die technische Abwehr Moskaus machte ein unbemerktes Eindringen kaum noch möglich. Ansonsten ging der Funk-Krieg zwischen Ost und West weiter – bis zum Ende der DDR und der Sowjetunion.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Armin Müller: „Wellenkrieg“*, Ch.Links-Verlag, Berlin 2017, gebunden, 416 Seiten, 45 Euro*

MELDUNGEN

390 000 dürfen Familie holen

Berlin – Laut „Bild“-Zeitung dürfen ab Februar 2018 insgesamt 390 000 Syrer ihre Familien nachholen. Einer früher von dem Boulevardblatt veröffentlichen Berechnung zufolge schätzen Experten, dass mit vier bis acht nachziehenden Verwandten pro Person zu rechnen ist, also mit bis zu drei Millionen Menschen. Das setzt allerdings voraus, dass alle Berechtigten vom Familiennachzug Gebrauch machen. *H.H.*

Russen lässt der Wodka kalt

Moskau – Russland ist auch nicht mehr, was es einmal war: Laut einer Umfrage des russischen Meinungsforschungsinstituts WZIOM verzichten fast 40 Prozent der Russen vollständig auf Alkohol. Bei den gerade Volljährigen im Alter von 18 bis 24 Jahren gilt dies sogar für fast jeden Zweiten. Lediglich vier Prozent trinken mehr als drei Mal im Monat Alkohol. Insgesamt ist der Konsum alkoholischer Getränke in Russland seit Jahren stark rückläufig. *T.W.W.*

ZUM GEDENKEN

Ikone nationaler Wehrhaftigkeit

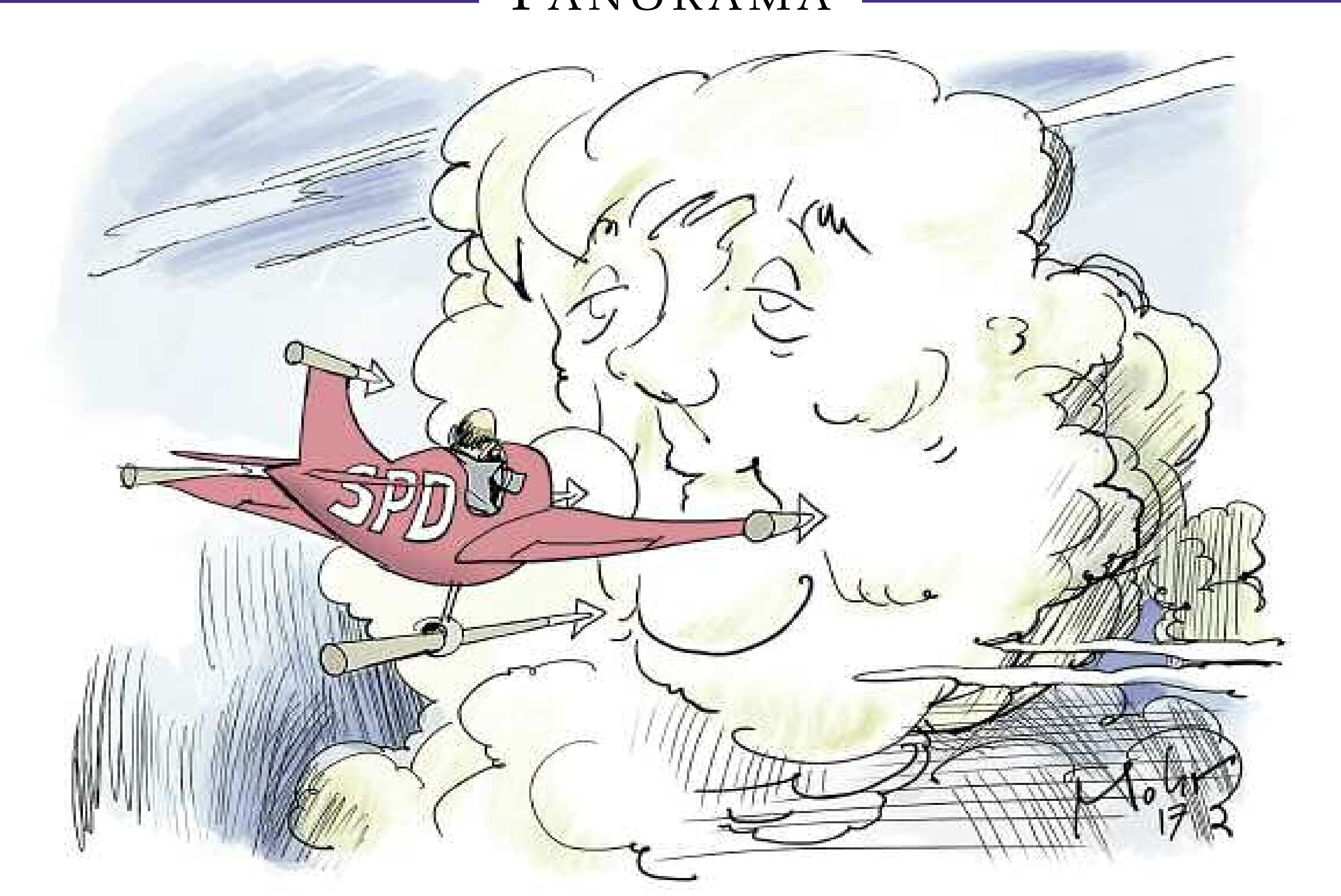
Über viele Jahre rottete ein Flugzeug auf einem brasilianischen Flugplatz vor sich hin, das so etwas wie die Personifizierung des Deutschen Herbstes ist. Die „**Landshut**“, die vor 40 Jahren entführt wurde, ehe die GSG 9 sie in Mogadischu erfolgreich erstürmen und alle 91 Geiseln aus den Händen der Terroristen befreien konnte (siehe Seite 10), kehrt zurück nach Deutschland.

Für einen Schnäppchenpreis von 20 000 Euro erwarb die Bundesregierung diese schrottreife Boeing 737, die zuletzt bis 2008 einem kleinen brasilianischen Luftfahrtunternehmen gehört hatte. Der 1970 in Dienst gestellte Passagierjet flog nach den dramatischen Ereignissen von 1977 noch bis 1985 im Liniendienst für die Lufthansa, ehe er für sechs andere Gesellschaften im Einsatz war und die Brasilianer ihn nach 38 Betriebsjahren stilllegten.



Jetzt soll die „Landshut“ nach Friedrichshafen kommen, wo sie renoviert und als Museumsmaschine hergerichtet werden soll. In der „FAZ“ befürchtet der Schriftsteller Friedrich Christian Delius, dass die „Landshut“ am Bodensee zur „nationalen Ikone“ verklärt werden soll. Was ist schlimm daran? Die „Landshut“ steht für eine Wehrhaftigkeit, die heutige Politiker oft vermissen lassen.

Kanzler Helmut Schmidt verknüpfte damals sein persönliches und politisches Schicksal mit dem Ausgang der Geiselaffäre der „Landshut“. Diese persönliche Verantwortung für das mögliche Scheitern einer Mission würde man sich von Angela Merkel angesichts der Massenimmigration wünschen. Von daher erinnert die „Landshut“ an längst vergessene politische Tugenden. *H. Tews*



Kampfflieger mit Wolke

Sprengt Washington!

Warum der US-Gründungspräsident weg muss, wieso wir Deutsche nicht richtig mitspielen dürfen, und wen man ruhig »entsorgen« darf / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Endlich werden Nägel mit Köpfen gemacht! Engagierte US-Bürgerrechtler gehen bei ihrer Ausmerzung des verseuchten historischen Erbes der Vereinigten Staaten konsequent voran. Sie fordern, dass die Hauptstadt Washington umbenannt wird ebenso wie das „Weiße Haus“, das überdies einen bunten Anstrich erhalten müsse.

Auslöser der neuen Säuberungswelle waren die Unruhen von Charlottesville, die sich an der Demontage des Denkmals von Südstaaten-General Robert E. Lee entzündet hatten. Der Mann habe für die Sklavenhalterstaaten im Süden der heutigen USA gekämpft. Damit sei er untragbar.

Damals schon merkten aufmerksame Geister an, dass US-Gründungspräsident George Washington wie auch sein Weggefährte und Nach-Nachfolger Thomas Jefferson Sklaven auf ihren Feldern schuften ließen. Also muss sein Name getilgt werden, genauso wie alle Denkmäler. Mount Rushmore, wo die Köpfe von Washington und Jefferson neben denen von Abraham Lincoln und Theodore Roosevelt überlebensgroß in Stein gemeißelt sind, ist zur Hälfte zu sprengen.

Beim Weißen Haus störe nicht nur die rassistische Farbe, meinen die Bürgerrechtler. Es sei auch mithilfe von Sklaven errichtet worden. Wie US-Medien zu entnehmen ist, sollen die armen Kerle zumindest in dem Steinbruch geschunden worden sein, aus dem das Baumaterial kam. All das hat jahrhundertelang niemanden interessiert. Das allein ist ein Skandal, eine Schande.

Für die US-Hauptstadt muss ein neuer Name her. Wie nennen wir sie am besten und saubersten? „Martin Luther King“ wäre eine geschmackvolle Idee. Nur ist der König der Schwarzenbewegung seinerseits nach einem Mann benannt, der erstens Deutscher war (schon mal an sich verdächtig) und über den wir übrigens sagen, dass er Antisemit gewesen sei. Außerdem hat King immerzu von „Negern“ („Negros“) gesprochen, was ihn in den Augen fortschrittlicher weißer Bürgerrechtler völlig disqualifizieren dürfte. Es ist zum Haareraufen.

Was sagen Sie? „Neger“ sei damals, in den 50er und 60er Jahren, eine ganz normale Bezeichnung für Schwarze gewesen? Jetzt kommen Sie mal nicht mit sowas. Was früher „normal“ gewesen sein darf und was nicht, das bestimmen ausschließlich wir, die Zeitgenossen von heute! Denn nie stand die Menschheit moralisch höher als mit uns.

Eigentlich würden gerade wir hier in Deutschland unseren amerikanischen Genossen bei der Sklavenhalter-Ausrottung allzu gern nacheifern. Schließlich haben wir beim Abschrauben von Straßenschildern, dem Abhängen von Bildern oder der Umbenennung von Kasernen schon große Übung.

> Leider kaum Stoff für Selbstanklage: Bei uns wurde die Sklaverei schon im Mittelalter verboten

Leider fällt die Beute bei der Jagd auf deutsche Sklavenbarone bedrückend mager aus. Wenn es überhaupt welche gab, dann übten sie ihr schmutziges Geschäft unter dem Banner nichtdeutscher Herrscher aus, wie etwa des Königs von Dänemark. Wir mögen es nicht, wenn „deutsche Schuld“ durch ausländische Dreingaben verwässert wird.

Dass wir Deutsche Zaungäste bei der Sklaverei blieben, während andere Europäer so gierig zuschlugen, hat tiefe historische Ursachen. Der norddeutsche „Sachsenspiegel“ aus dem frühen 13. Jahrhundert war laut dem Althistoriker Egon Flaig die erste niedergeschriebene Gesetzessammlung der Menschheitsgeschichte, welche die Sklaverei in jeder Form verbot.

Damit hätten die Deutschen, so Flaig, nebenbei sogar die Menschenrechte erfunden, auch wenn das Wort erst Jahrhunderte später aufkam. Menschenrechte unterscheiden sich von anderen Rechten ja dadurch, dass sie „unveräußerlich“ sind. Man darf sie nicht einmal hergeben, selbst wenn man es will – etwa durch die Selbstversklavung zum Begleichen von Schulden, die über Jahrtausende gang und gäbe war.

Wie bitte? Die Deutschen haben die Menschenrechte ... ? So können wir das nicht hinnehmen. Wenn, dann war das höchstens einer von uns, nämlich Eike von Repgow, jener weise Mann, der den „Sachsenspiegel“ zusammengetragen hat.

Also nichts da mit „die“ Deutschen, denn „die“ Deutschen heißt es nur, wenn es um etwas Böses geht. „Die“ Deutschen haben die Gaskammern gebaut oder die Hereros gejagt, aber nie und nimmer das Auto erfunden oder die Götter der klassischen Musik hervorgebracht, das waren einzelne. Nur das Schlimme haben immer alle Deutschen zu verantworten. Auf diese Feinheit ist zu achten, sonst wird der gesamte volkspädagogische Lehrplan von tieferer Erkenntnis unterspült.

Wozu dient überhaupt die ganze Mühe, die in den USA ebenso wie hierzulande darauf verwendet wird, das Andenken der Nation in möglichst trübes Licht zu tauchen? Warum werden die Leute mit solchem Eifer auf Distanz zu ihren eigenen Vorfahren, ihren Traditionslinien gebracht?

Die Antwort hierauf kann ebenfalls in der Geschichte nachgelesen werden: Forscher wollen gemessen haben, dass nie in Deutschlands Vergangenheit in so kurzer Zeit so viele Traditionen gekappt worden seien wie in den zwölf Jahren NS-Herrschaft. Mao zermalmte in der „Kulturrevolution“ die Träger des alten chinesischen Erbes, Ulbrichts Mannen machten die märkischen Landhäuser massenhaft platt.

Schlussfolgerung: Totalitäre Diktatoren haben etwas gegen Tradition. Warum? Nun, wenn man den Menschen ihre Geschichte und ihre Tradition nimmt, raubt man ihnen die Orientierung, dadurch werden sie leichter lenkbar. Wer dagegen seine eigene Linie in die Vergangenheit ziehen kann, der hat auch einen eigenen Kurs in die Zukunft. Also weg mit der Tradition und Bahn frei für die totale Gegenwart mit einem von oben verordneten Bild der Geschichte, das die überlieferte Erinnerung beseitigt!

Es ist daher sicher kein Zufall, dass sich Allmachtsphantasien à la Kommunismus unter den linken Denkmalstürmern überdurchschnittlicher Beliebtheit erfreuen. Deren eifernde Gründlichkeit fordert bisweilen kuriose Opfer. Ein Rundfunkmoderator darf nicht das heutige Footballspiel in Charlottesville moderieren, weil sein Name Robert Lee lautet, fast wie der denkmalgestürzte Südstaatengeneral Robert E. Lee. Der Name könne zu Irritationen führen, stammeln die Verantwortlichen.

Pikant: Moderator Lee ist asiatischer Herkunft, „Lee“, in der deutschen Umschrift „Li“, ist ein verbreiteter Familienname in China. Pekings amtierender Regierungschef heißt auch so. Zahllose US-Chinesen laufen Gefahr, wegen ihres Namens vom „antirassistischen“ Furor überrollt zu werden.

Was soll’s, wo gehobelt wird, da fallen eben Späne. Die Späne verteilen sich dabei allerdings recht ungleichmäßig. Politiker der Bundestagsparteien rutschten teilweise tief in die Gosse der Fäkalsprache, um ihrer Empörung über Alexander Gauland Luft zu machen. Der hatte empfohlen, Integrationsministerin Aydan Özoguz (SPD) in Anatolien zu „entsorgen“, weil sie die deutsche Kultur verbal entsorgt hatte („nicht zu identifizieren“, wir hatten davon berichtet). „Widerlich“, „rassistisch“ oder „Schande“ sind noch die harmlosen Anwürfe gegen Gauland.

Der konterte, dass der prominente SPD-Politiker Johannes Kahrs vor der Bundestagswahl 2013 geschrieben habe, man wolle Merkel „entsorgen“, worüber sich damals niemand aufgeregt hatte. Jetzt ist das plötzlich „Hetze“. Das erinnert an die Sache mit Trump und Sanders, die wir hier neulich beim Wickel hatten: gleiche Äußerung, aber völlig entgegengesetzte Bewertung.

Pech: Selbst wenn man uns die deutsche Geschichte vielleicht schon herausgewaschen hat. So ein paar Monate oder Jahre können wir trotzdem noch zurückblicken. Aber nicht mal das trauen uns die „Empörten“ noch zu, sonst hätten sie sich ihr Empörungsschauspiel gespart.

MEINUNGEN

In der Züricher „Weltwoche“ (23. August) weist ***Roger Köppel*** *darauf hin, wie* ***unterschiedlich*** *große Medien mit* ***Opfern*** *umgehen:*

„Anders als im Sommer 2015, als die ikonenhafte, wenn auch mutmaßlich inszenierte Fotografie des ertrunkenen Buben Aylan Kurdi weltweit zum herzerschütternden Sinnbild einer angeblich mörderischen Migrationspolitik auf den Zeitungstitelseiten schon fast drohend hochstilisiert wurde, fehlten die von den Islamisten ermordeten Kinder diesmal auffällig im Bildteil der Medien … Die Medien messen mit unterschiedlichen Ellen.“

Der „Spiegel“ (26. August) zitiert den früheren ZDF-Chefredakteur ***Nikolaus Brender****, der sich darüber ärgert, wie Angela Merkel dem Sender wegen des* ***TV-Duells*** *am Sonntag die* ***Pistole auf die Brust*** *gesetzt habe:*

„Die Einigung ist unter Erpressung durch das Kanzleramt zustandegekommen. Solche Vereinbarungen nennt man sittenwidrig. Das Kanzleramt verlangt ein Korsett für die Kanzlerin, in dem sie sich nicht bewegen muss. Und zugleich eines für Schulz, in dem er sich nicht bewegen darf. Als Fernsehformat ist das eine Missgeburt.“

Michael Klonovsky *erklärt im Finanzportal „MMnews“ (29. August), warum* ***Martin Schulz keine Chance*** *hat:*

„Schulz’ Problem ist, dass er Merkel von links nicht kritisieren kann und von rechts nicht darf. Der gesamte Flurschaden, den diese Frau angerichtet hat – der Verfall der inneren Sicherheit, die Isolation Deutschlands in Europa, die Spannungen sowohl mit Putin als auch mit Trump, die Verschwendung von jährlich mindestens zweistelligen Milliardensummen für sogenannte Flüchtlinge und Asylforderer, für eine utopische, von praktisch allen Experten für gescheitert erklärte Energiewende sowie für die Alimentierung südeuropäischer Pleitestaaten –, all das hat die SPD als Koalitionspartner ja munter mitgetragen. Wie soll sich der Konkurrent da von Merkel absetzen?“

Hirnforscher ***Gerald Wolf*** *äußert auf „achgut.de“ (26. August) eine Idee, warum* ***„postfaktisch“*** *so verfemt ist:*

„Bei Verwendung von ‚postfaktisch‘ kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, das Wort werde hierzulande lediglich gebraucht, um jene als gefühlsduselige Dummerjane abzuqualifizieren, die eine andere Wahrheit für wahr halten und diese auch noch zu verteidigen trachten.“

Die diesjährige Kasseler ***„Documenta“*** *erscheint wie ein Panoptikum festgefrorener linker* ***Polit-Parolen****.* ***Alexander Kissler*** *nimmt den öden Zirkus im „Cicero“ (24. August) auseinander:*

„Das ewigselbe Stück gibt man in identischer Besetzung vor dem immergleichen Auditorium, tagein, tagaus, en suite. Kunst soll Neugier sein, Irritationsbereitschaft, Offenheit. Heute ist sie an vielen Stellen ein Klassentreffen der zornigen Kinder von vorgestern, der konservierte Zorn derer, die es sich leisten können, nicht mehr fragen zu müssen. So wird sie zur Mumie ihrer eigenen Ansprüche. Und zum Grabmal der Gegenwart.“